Deutscher Bundestag

Stenographischer Bericht

48. Sitzung

Bonn, Freitag, den 25. Juni 1999

Inhalt:

Anlage 3

(A) (C)

48. Sitzung

Bonn, Freitag, den 25. Juni 1999

Beginn: 9.00 Uhr

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms: Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Sitzung ist eröffnet.

Heute feiern zwei Kollegen ihren 60. Geburtstag. Ich gratuliere dem Kollegen **Gerhard Neumann** (Gotha**)** und dem Kollegen **Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker** im Namen des Hauses sehr herzlich zum Geburtstag.

(Beifall)

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 17 auf:

Debatte zur Errichtung eines Holocaust-Mahnmals

(B)

Beratung der Beschlußempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Kultur und Medien (23. Ausschuß)

– zu dem Antrag der Abgeordneten Renate Jäger, Dr. Mathias Schubert, Ernst Bahr, weiterer Abgeordneter der Fraktion der SPD, der Abgeordneten Norbert Barthle, Dr. Sabine Bergmann-Pohl, Dirk Fischer (Hamburg), weiterer Abgeordneter der Fraktion der CDU/CSU, sowie der Abgeordneten Ulrich Heinrich und Dr. Edzard Schmidt-Jortzig

Errichtung eines Mahnmals für die ermordeten Juden Europas

– zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Elke Leonhard, Andrea Nahles, Dr. Eckhart Pick, weiterer Abgeordneter der Fraktion der SPD, der Abgeordneten Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Dr. Wolfgang Gerhardt, Dr. Hermann Otto Solms, weiterer Abgeordneter der Fraktion der F.D.P., sowie der Abgeordneten Dr. Gregor Gysi, Petra Bläss, Heinrich Fink, weiterer Abgeordneter der Fraktion der PDS

Errichtung eines Denkmals für die ermordeten Juden Europas

– zu dem Antrag der Abgeordneten Gert Weisskirchen (Wiesloch), Eckhardt Barthel (Berlin), Hans-Werner Bertl, weiterer Abgeordneter der Fraktion der SPD, der Abgeordneten Dr. Rita Süssmuth, der Abgeordneten Volker Beck (Köln), Gila Altmann (Aurich), Marieluise Beck (Bremen), weiterer Abgeordneter der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sowie der Abgeordneten Sabine Leutheusser-Schnarrenberger

Errichtung eines Denkmals für die ermordeten Juden Europas

– zu dem Antrag der Abgeordneten Michael Roth (Heringen), Karin Kortmann, Nina Hauer, weiterer Abgeordneter der SPD sowie der Abgeordneten Dr. Antje Vollmer, Cem Özdemir, Dr. Uschi Eid, weiterer Abgeordneter der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

(D)

Errichtung eines Denkmals für die ermordeten Juden Europas und eines „Hauses der Erinnerung“

– zu dem Antrag der Abgeordneten Annette Widmann-Mauz, Dr. Martina Krogmann, Ursula Heinen und weiterer Abgeordneter der Fraktion der CDU/CSU

Errichtung eines Mahnmals für die Opfer der nationalsozialistischen Verbrechen gegen die Menschlichkeit

– zu dem Antrag der Abgeordneten Wilhelm-Josef Sebastian, Hans-Otto Wilhelm (Mainz), Dr. Gerd Müller und weiterer Abgeordneter der Fraktion der CDU/CSU

Errichtung eines zentralen Mahnmals

– Drucksachen 14/941, 14/942, 14/943, 14/944, 14/965, 14/981, 14/1238 –

Berichterstattung:
Abgeordnete Gert Weisskirchen (Wiesloch)
Dr. Norbert Lammert
Dr. Antje Vollmer
Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
Dr. Heinrich Fink

Es liegen mehrere Änderungsanträge vor.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms

Ich weise darauf hin, daß wir nach der Aussprache eine Reihe namentlicher Abstimmungen durchführen werden.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache drei Stunden vorgesehen. Außerdem ist vereinbart, daß Erklärungen zur Abstimmung nach § 31 der Geschäftsordnung nicht länger als drei Minuten dauern sollen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Als erster Redner hat das Wort unser Kollege Wolfgang Thierse.

Wolfgang Thierse (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir müssen heute über die Frage entscheiden: Wollen wir nach zehnjähriger Debatte ein Denkmal für die ermordeten Juden Europas errichten?

Immer wieder höre ich, alle Argumente seien ausgetauscht. Aber ich höre auch, wir, die Deutschen, und wir, der Deutsche Bundestag, seien gar nicht mehr frei in unserer Entscheidung. Der öffentliche und auch der internationale Erwartungsdruck sei so hoch, daß die Entscheidung letztlich präjudiziert sei. Dennoch sage ich: Dies ist unsere ureigene Entscheidung, die wir aus eigener Verantwortung mit Blick auf unsere Geschichte und die Bedingungen ihres Erinnerns zu treffen haben.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der F.D.P. und der PDS)

Aber schon das Wie unserer heutigen Entscheidungsfindung – diese Debatte eingeschlossen – und die Würde, mit der wir uns des Themas annehmen, wird Auskunft darüber geben, ob wir Deutsche uns mit Anstand aus diesem schlimmen Jahrhundert verabschieden. Es gibt Stimmen, die gerne einen Schlußstrich unter das düsterste Kapitel der deutschen Vergangenheit ziehen möchten. Ich glaube, daß wir das mit Ernst und Leidenschaft abzulehnen haben.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der PDS sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der F.D.P.)

Es gibt aber auch sehr achtenswerte Argumente auf der Seite derjenigen, die einem solchen Denkmal grundsätzlich skeptisch gegenüberstehen. Immerhin berührt der Holocaust die „Grenze unseres Verstehens“, wie es Hanno Loewy treffend ausgedrückt hat. Die mehrfachen Auslobungsverfahren bezeugen ja die Schwierigkeit, einen künstlerischen Ausdruck für das Unfaßbare, für die Monstrosität der nationalsozialistischen Gewaltverbrechen und für den **Genozid** an den europäischen Juden zu finden. Kann deshalb die Antwort heißen, heute auf die Entscheidung zugunsten eines Denkmals zu verzichten? Ich sage ganz entschieden: Nein!

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der PDS sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der F.D.P.)

Natürlich stimmt es, wenn Ignatz Bubis sagt, er brauche ein solches Denkmal eigentlich nicht; das wahre Denkmal sei in seinem Herzen. Aber was für den deutschen Juden Ignatz Bubis gilt, das kann und darf für uns, die Nachkommen der Täter, nicht in gleichem Maße gelten; denn nicht für die Juden – ob deutsche oder andere – bauen wir dieses Denkmal, sondern für uns, als unser ureigenes Bekenntnis zu einem politischen Selbstverständnis,

> … in das die Tat – das im Nationalsozialismus begangene und geduldete Menschheitsverbrechen – und damit die Erschütterung über das Unsagbare, das den Opfern angetan worden ist, als persistierende Beunruhigung und Mahnung eingebrannt ist …

wie es Jürgen Habermas ausgedrückt hat. Vor diesem Denkmal dürfen Wegsehen und Gleichgültigkeit keinen Bestand haben.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der PDS sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der F.D.P.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen heute entscheiden: Wollen wir dieses Denkmal den ermordeten europäischen Juden oder allen vom Nationalsozialismus verfolgten und ermordeten Opfern widmen? Diese Entscheidung fällt mir nicht leicht. Reinhard Kosellecks eindringlicher Appell, wir dürften uns als Täter nicht anmaßen, eine **Hierarchie der Opfer** festzuschreiben, ist von Gewicht. Schärfer noch fügt er hinzu:

> Wer dies tut, bedient sich weiterhin jener Kategorien, mit denen die SS ihre Opfer definiert hat, um sie zu vernichten.

Wenn ich dennoch vehement für die Eingrenzung der Widmung auf die ermordeten europäischen Juden plädiere, dann geschieht das vor dem Hintergrund der Zentralität des organisierten Massenmordes an der jüdischen Bevölkerung für den nationalsozialistischen Rassenwahn. Auschwitz symbolisiert den „Höhepunkt des jahrtausendealten Judenhasses“. Vor diesem Hintergrund sollen und müssen wir unsere heutige Entscheidung treffen, die keinerlei Geringschätzung der anderen Opfergruppen – der Sinti und Roma, der politisch Verfolgten, der Homosexuellen und der geistig Behinderten – darstellt. Wir bleiben in der Pflicht, für ein würdiges Gedenken ihrer jeweiligen Schicksale zu sorgen.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der F.D.P. und der PDS sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen heute entscheiden: Wollen wir dieses Denkmal in der Form des von **Peter Eisenman** entworfenen Stelenfeldes oder als biblische Mahnung „Du sollst nicht morden“? Der von Richard Schröder wieder aufgegriffene Vorschlag eines früheren Wettbewerbsentwurfs hat etwas bestechend Einfaches und Einleuchtendes: Er stellt das Denkmal in den Zusammenhang der jüdisch-christlichen Geistestradition und erinnert uns an die Ursprungsidee der universellen Menschenpflichten. Zudem entgeht er den vielfach vorgetragenen Vorwürfen der Monumentalität auf der einen und der unvermittelten Sprachlosigkeit auf der anderen Seite. Denn auch darin liegt eines der Probleme unserer Entscheidung: Viele befürchten,

Wolfgang Thierse

(A) daß der Monstrosität der Verbrechen durch eine Monumentalität des Gedenkortes begegnet werden soll.

Die Gründe, warum ich gleichwohl **Richard Schröders** Vorschlag nicht folge, hat der jüdisch-amerikanische Holocaustforscher Raul Hilberg auf eine fast erschreckend einfache Weise zum Ausdruck gebracht. Er sagt:

> Der Satz „Du sollst nicht morden“ ist … einer über die deutsche Vergangenheit. Heutzutage fürchtet keiner, daß die Deutschen wieder ein Volk ermorden werden. Die Mahnung ist also überflüssig. Wenn ich einen Satz für das geplante Denkmal formulieren müßte, so lautete er: Du sollst nicht zuschauen.

Das ist richtig: Gemordet hat nicht die Mehrzahl der Deutschen. Aber allzu viele haben – sei es aus Angst, sei es aus Desinteresse, sei es aus heimlicher oder offener Sympathie – zugeschaut, als ihre jüdischen Nachbarn abgeholt und auf Todesmärsche und Todesfahrten geschickt wurden.

Aber auch wenn gute Gründe gegen diesen Vorschlag sprechen: Erfüllt das von Peter Eisenman konzipierte Stelenfeld schon unsere komplexen Erwartungen, das künstlerisch auszudrücken, was in unserer Vorstellungskraft in die Kategorie des Unvorstellbaren fällt? Sicher werden Zweifel bleiben. Sie treiben mich im übrigen bis heute um. Denn ein solches Mahnmal darf nicht zu einer ins Abstrakte tendierenden Pathosformel werden, sondern muß zur emotionalen und intellektuellen Erinnerungsarbeit herausfordern. Harry Pross hat recht, wenn

(B) er sagt:

> Ob das Hinsehen erschüttert, ob es erinnert, was erinnert werden soll, hängt vom Betrachter ab. Verordnet werden kann es nicht, auch nicht, daß das Hinsehen weh tun sollte.

Ich setzte darauf, daß sich bei diesem Mahnmal das einstellt, was sich sein Gestalter selbst davon erhofft, nämlich daß es einen – wie er drastisch sagt – „Terror der Einsamkeit“ entfaltet. Ein Nebeneinanderlaufen zwischen den Stelen gibt es nicht; es gibt keinen Eingang, keinen Ausgang, kein Zentrum. So widersprüchlich es klingen mag: Auf diese Weise wird es denkbar, daß sich bei dem Besucher ein Verständnis des Unvorstellbaren einstellt. Auf diese Weise kommt es am ehesten dem nahe, was Jürgen Habermas die „geeignete Sprache“ einer kompromißlosen Kunst für ein solches Denkmal genannt hat, ausgedrückt in einem „unaufdringlichen Pathos des Negativen“.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen heute entscheiden: Wollen wir es bei einem reinen Denkmal ohne jeden Zusatz belassen oder es durch einen **Ort der Information** ergänzen? Ich gestehe ein, daß meine langgehegten Zweifel gerade damit zu tun hatten, daß ich die Formensprache eines reinen Denkmals für nicht ausreichend hielt, gerade mit Blick auf die nachgeborenen Generationen. Denn Erinnern und Gedenken sind beides sehr komplexe Vorgänge – sie sind aber nicht identisch. Historische Aufklärung kann politisches Bewußtsein schaffen und das Geschehene in Erinnerung

(C) bringen. Aber Trauer um die Toten, Empathie mit den Opfern stellt sich dadurch noch nicht von selbst ein. Orte des Gedenkens hingegen zielen auf Empathie. Sie entwickeln, so sie gelungen sind, eine begriffslose Ausdruckskraft, eine geradezu sinnliche Wucht. Auf diese Weise stellt sich Erkenntnis ein – aber nicht durch Lernerfahrung, sondern durch Evokation.

Ich frage diejenigen, die das Denkmal in seiner reinen, durch nichts ergänzten Form verwirklichen wollen: Können wir uns für die nachfolgenden Generationen sicher sein hinsichtlich der vorausgesetzten geschichtlichen Erinnerung, die evoziert werden soll und werden kann? Nur das leiseste Nein drängt uns zu einer Antwort, die wenigstens in der allervorsichtigsten Form nach einer Kombination von Erinnern und Gedenken suchen lassen sollte. Das meint ausdrücklich nicht den Vorschlag eines „Denkmals plus Volkshochschule“, wie es ein Kollege kürzlich bewußt überspitzt ausdrückte. Aber es meint den Versuch, das historisch bestimmte Erinnern immer neu als Movens des Gedenkens mit einzubeziehen.

Dies ist noch aus einem anderen Grunde notwendig. Feinfühligkeit und Empfindsamkeit sind nicht dauerhaft verfügbare Ressourcen. Tut das Hinsehen weh, wendet sich der Blick ab. Ein Denkmal, das im positiven Sinne anstößig ist, das weh tut, braucht die kommunikative Hinführung und die Auseinandersetzungsmöglichkeit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen heute entscheiden: Wollen wir die Entscheidung über die konkreten ästhetisch-künstlerischen Gestaltungsfragen, über die Ausgestaltung des Ortes der Information einer **Stiftung** übertragen, oder soll die Bundesregierung diesen (D) Auftrag bekommen? Die Initiative für ein nationales Denkmal für die ermordeten Juden Europas ist im besten Sinne des Wortes als bürgergesellschaftliche Initiative entstanden. Ich möchte dafür – ich hoffe in Ihrer aller Namen – dem Förderkreis und stellvertretend für ihn **Leah Rosh** und **Eberhard Jäckel** meinen herzlichen Dank aussprechen.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der F.D.P. und der PDS sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ohne ihr unermüdliches Engagement wären wir heute nicht in der Lage, unsere Entscheidungen zu treffen. Weil dem so ist, halte ich die Stiftungslösung für alternativlos.

Das Denkmal, über das wir heute entscheiden, richtet sich an die zukünftigen Generationen mit der Botschaft: Scham ist ein Moment unserer menschlichen Würde. Aus dem politisch-praktischen Gedenken unserer mit unfaßbarem Unrecht verknüpften Geschichte erwächst moralische Gegenwartsverpflichtung und Zukunftsfähigkeit. Darum geht es.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der PDS sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms: Das Wort hat jetzt der Kollege Dr. Norbert Lammert.

Dr. Norbert Lammert (CDU/CSU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Je länger die Debatte über die Errichtung eines Mahnmals in Berlin dauert und je ungewisser ihr Ergebnis scheint, desto häufiger wird die Vermutung vorgetragen, das eigentliche Mahnmal sei diese Debatte. Darin kommt eine richtige Einsicht und eine verborgene Resignation zum Ausdruck. Tatsächlich muß sich niemand dafür entschuldigen, daß wir Deutschen uns mit diesem Thema außerordentlich schwer tun und es trotzdem und gerade deswegen immer wieder neu behandeln. Eben weil diese notwendige Auseinandersetzung nicht ein und für allemal ein Ende haben kann und soll, ist sie auch durch ein Mahnmal nicht zu ersetzen.

Die heutige Debatte des Bundestages muß wohl mit der Einsicht beginnen, daß es kaum noch etwas Neues zu sagen gibt, wohl aber Notwendiges entschieden werden muß. Die geplante Entscheidung des Deutschen Bundestages über ein zentrales Mahnmal in der deutschen Hauptstadt Berlin ist eine der anspruchsvollsten und zugleich schwierigsten Entscheidungen dieser Legislaturperiode. Der Bundestag hat sich um diese Entscheidung nicht beworben, aber sehr bemüht. Deshalb wäre als Grundlage der heutigen Beratung auch eine andere **Beschlußempfehlung** zu wünschen gewesen, die den Eindruck einer durch Partei- oder Koalitionsinteressen geprägten Entscheidung sorgfältiger vermieden hätte.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der SPD und der PDS)

Eine solche Beschlußempfehlung wäre auch möglich gewesen, wenn das Interesse an einem möglichst breiten Konsens nicht weniger stark gewesen wäre als die verständliche Sorge einer Mehrheit um das mögliche Ergebnis einer nicht gesteuerten, völlig offenen Abstimmung über die eingebrachten Alternativvorschläge.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Der Deutsche Bundestag nimmt heute die Initiative einer Gruppe von Publizisten und Wissenschaftlern zur Errichtung eines Denkmals in Berlin auf, die noch vor dem Fall der Mauer gegründet wurde und kurz danach ihren entscheidenden politischen Impuls durch die Zusage des damaligen Bundeskanzlers Helmut Kohl erhalten hatte, an zentraler Stelle in Berlin ein Mahnmal für die ermordeten Juden Europas als **nationale Stätte der Erinnerung** zu errichten. Über viele Jahre hinweg haben sich viele Bürgerinnen und Bürger – Künstler, Wissenschaftler, Historiker, Politiker und Publizisten – in einer außergewöhnlich engagierten Weise um dieses Projekt bemüht, denen ich für ihre Vorschläge wie für ihre Einwände im Namen meiner Fraktion unseren Respekt und Dank aussprechen möchte.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der PDS)

Leider ist es nach aufwendigem Wettbewerbsverfahren und gründlicher fachlicher und politischer Diskussion nicht mehr zu einer endgültigen Entscheidung vor Ablauf der letzten Legislaturperiode des Deutschen Bundestages gekommen. Dazu trug neben den früh vorgetragenen Einwänden des Regierenden Bürgermeisters von Berlin gegen den favorisierten Entwurf und seine schwierige städtebauliche Einfügung auf einem riesigen Gelände insbesondere die mitten im Wahlkampf vom damals designierten **Kulturbeauftragten** der SPD öffentlich vorgetragene kategorische Ablehnung dieses Konzepts bei, mit der der angestrebte breite Konsens gänzlich torpediert war. Die Geschmacklosigkeit, den Entwurf Peter Eisenmans mit der monumentalen Architektur Albert Speers für Hitlers Berliner Renommierbauten zu vergleichen, disqualifiziert freilich nicht den amerikanischen Architekten, sondern das eigene ästhetische Urteilsvermögen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der PDS)

Ich will über Ihre Motivationen, Herr Staatsminister, keine Vermutungen anstellen. Aber was die Wirkung Ihrer verschiedenartigen und widersprüchlichen Interventionen zur Mahnmal-Debatte

(Dr. Wolfgang Gerhardt [F.D.P.]: Das ist wohl wahr!)

in den letzten Monaten betrifft, läßt sich nicht übersehen, daß sie für den angestrebten breiten Konsens verheerend gewesen sind.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Die von Bundesregierung, Berliner Senat und Abgeordnetenhaus nun vom Bundestag erwartete Entscheidung ist ganz gewiß mehr als eine Verlegenheitslösung. Sie gehört hierhin, ganz besonders zu einem Zeitpunkt, da sich Parlament wie Regierung in der alten und neuen Hauptstadt gewissermaßen neu konstituieren. Es gibt gute, wenn nicht zwingende Gründe, die Entscheidung über dieses nationale Mahnmal wegen ihrer besonderen Bedeutung und Wirkung nach innen wie nach außen im deutschen Parlament zu treffen. Dabei muß allerdings sorgfältig der Eindruck vermieden werden, als wolle sich der Deutsche Bundestag zur obersten Kunst- und Kulturkommission der Bundesrepublik Deutschland erklären.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU sowie des Abg. Jürgen Koppelin [F.D.P.])

Er darf sich auch nicht in eine solche Situation hineinmanövrieren lassen. Der Deutsche Bundestag hat vielmehr politisch zu entscheiden, ob und wo ein Mahnmal und gegebenenfalls – falls überhaupt – mit welcher Ergänzung errichtet werden soll. Dabei ist der Bundestag – darauf hat der Präsident zu Recht hingewiesen – in seiner Entscheidung souverän und muß sich durch niemanden präjudizieren lassen.

Es ist ein Gebot intellektueller Redlichkeit und politischen Anstandes, einzuräumen, daß alle drei Grundsatzfragen – ob überhaupt und wo und in welcher Form ein solches Mahnmal errichtet werden soll – mit jeweils beachtlichen Argumenten sehr unterschiedlich beantwortet werden können. Deshalb sollten die Befürworter eines Mahnmals, zu denen ich gehöre, für ihre Position auch keine höhere **moralische Legitimation** in Anspruch nehmen.

Dr. Norbert Lammert

(A) Mich hat im übrigen ganz persönlich die Selbstsicherheit irritiert, mit der manche das Ergebnis ihres eigenen Nachdenkens gelegentlich als die vermeintlich einzig mögliche Lösung ausgegeben haben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Es gibt nicht die einzige richtige Lösung, und nach meiner Überzeugung gibt es auch kein Denkmal, das ein beispielloses Verbrechen und ein unvorstellbares Geschehen der deutschen Geschichte in einer angemessenen Form zum Ausdruck bringen könnte. Deshalb ist für mich die grundsätzliche Entscheidung, daß ein solches Denkmal gebaut wird, mit Abstand wichtiger als die Festlegung, welche Gestaltungsform es haben soll.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Etwas zu tun, was nicht wirklich gelingen kann: das ist die ungeheure Zumutung, vor der die Bundestagsabgeordneten stehen.

In diesem Kommentar einer großen Berliner Tageszeitung habe ich meine eigenen Empfindungen über die von mir erwartete Entscheidung sehr zutreffend beschrieben gefunden.

Unter den grundsätzlichen Einwendungen verdienen zwei Aspekte besondere Abwägung: zum einen die Zweifel an der Möglichkeit eines angemessenen künstlerischen Ausdrucks zur Erinnerung an einen **staatlich organisierten Massenmord** und zum anderen das Mißverständnis, es solle ein Denkmal für die Verbrechen der eigenen Nation errichtet werden.

(B)

Auch die Einwände gegen die Größe und Eignung des Grundstücks in exponierter städtebaulicher Lage zwischen Brandenburger Tor und Potsdamer Platz müssen ernst genommen werden. Aber „ein Platz, zu dem man gerne geht“, wie Sie, Herr Bundeskanzler, das in einem Interview einmal öffentlich eingefordert haben, muß diese Erinnerungsstätte ganz gewiß nicht sein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der F.D.P.)

Dieses Mahnmal muß stören; sonst ist es überflüssig.

(Dr. Wolfgang Gerhardt [F.D.P.]: So ist es! – Zuruf von der CDU/CSU: Richtig!)

Wenn überhaupt, gehört dieses Mahnmal gerade deshalb in die Mitte von Berlin, weil dort deutsche und jüdische Mitbürger über Jahrzehnte zusammengelebt und zusammengearbeitet haben, bevor das Unvorstellbare Wirklichkeit geworden ist. Deshalb muß sich das Denkmal nach meiner persönlichen Überzeugung auch nicht organisch in das Stadtbild einfügen, so wenig, wie die Ereignisse, an die es erinnern soll, sich in die deutsche Geschichte einfügen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der F.D.P. und der PDS)

(C) Zwischen dem wiederaufgebauten **Reichstag** mit der glänzenden Kuppel als Symbol einer wiederaufgebauten selbstbewußten Demokratie und dem **Potsdamer Platz** als neugestaltetem Zentrum pulsierenden städtischen Lebens – ein irritierender Platz, ein Ort der Irritation: Das hat für mich einen tiefen Sinn als Ausdruck der Brüche und Verirrungen in der Geschichte dieser Stadt und dieses Landes.

Allerdings gewinnt das zu errichtende Mahnmal weder an Wirkung noch an öffentlicher Akzeptanz, wenn es durch seine heute zu beschließende Widmung nur einer – zweifellos zu Recht herausgehobenen – Opfergruppe zugeeignet wird. Deshalb trete ich mit Nachdruck dafür ein, dieses Mahnmal den ermordeten Juden Europas und allen Opfern der nationalsozialistischen Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu widmen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Auf diese Weise können Zusammenhänge verdeutlicht werden, ohne auf angemessene Differenzierungen zu verzichten. Zugleich wird durch eine solche Widmung für ein zentrales Mahnmal in Berlin vermieden, daß die heutige Debatte und Entscheidung der Beginn einer Serie von Folgeentscheidungen für die Errichtung weiterer Denkmäler für andere Opfergruppen und damit verbundenen unvermeidlichen Auseinandersetzungen über Ort, Größe und Gestaltung wird.

Im Kern, liebe Kolleginnen und Kollegen, geht es heute um die Entscheidung des Deutschen Bundestages, im Jahre des Umzuges von Parlament und Regierung von Bonn in die alte und neue Hauptstadt ein unübersehbares Zeichen der Entschlossenheit des wiedervereinigten Deutschlands zu setzen, sich seiner eigenen Geschichte in diesem Jahrhundert bewußt zu sein und die besondere Verantwortung wahrzunehmen, die sich daraus für die Zukunft ergibt.

(D)

Es hat in diesem 20. Jahrhundert, das in wenigen Monaten zu Ende geht, gerade in Deutschland viele bemerkenswerte Ereignisse gegeben, großartige und niederschmetternde. Manche davon haben in Denkmälern ihren Ausdruck der Erinnerung gefunden.

Robert Musil verdanken wir den Hinweis, die besondere Eigenschaft von Denkmälern bestehe darin, daß sie das, woran sie gedenken sollen, vergessen machen. Dieses Ereignis, der **Holocaust,** ist beispiellos. Er ist in dem monströsen Verbrechen industrieller Massenvernichtung von Mitbürgern mitten in Deutschland und Europa nicht anders zu bezeichnen als ein Zivilisationsbruch. Dieses Ereignis darf nie vergessen werden. Ein solches Verbrechen darf sich nie wiederholen.

(Beifall im ganzen Hause)

Die Deutschen haben mehr als jedes andere Volk in der Welt diese Erinnerung zu wahren und diese Entschlossenheit zu verdeutlichen.

Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, ich will eine sehr persönliche Bemerkung zum Schluß machen. Ich bin 1948 geboren und damit fast genauso alt wie diese zweite deutsche Republik. Ich bin stolz auf das Land, in dem ich lebe – nicht, weil es die

Dr. Norbert Lammert

beste aller Welten ist, aber weil es sich im Vergleich zu seiner Vergangenheit und im übrigen auch zu den gegenwärtigen Verhältnissen in vielen anderen Ländern dieser Welt durch ein hohes Maß an Freiheit, an Toleranz, an Demokratie und Rechtsstaatlichkeit auszeichnet.

Für mich als einen Angehörigen der Generation nach diesem schrecklichen Krieg gehört der Holocaust zu den Gründungsdaten dieser Republik, die in ihrer Verfassung, in ihrem Selbstverständnis und in ihrer gesellschaftlichen Entwicklung anders wäre, als sie es ist, wenn es dieses Geschehen nicht gegeben hätte. Diesem Verständnis unseres Landes und seiner Geschichte sollten wir in unserer Hauptstadt ein Denkmal setzen, mindestens so sehr für uns selbst und für künftige Generationen wie für die Opfer, an die wir erinnern wollen.

Gerade deshalb ist die Debatte ganz sicher ein wichtiger und unverzichtbarer Bestandteil der selbstbewußten und selbstkritischen Auseinandersetzung Deutschlands mit seiner Geschichte in diesem Jahrhundert. Ein Mahnmal allein ersetzt diese Verständigung nicht. Aber die Verständigung ersetzt auch nicht das Mahnmal.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der PDS)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms: Als nächste Rednerin hat jetzt die Kollegin Dr. Antje Vollmer das Wort.

Dr. Antje Vollmer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Lammert, wir, die wir heute über dieses Mahnmal zu entscheiden haben, teilen vermutlich alle das Gefühl, daß wir etwas tun, was nicht wirklich im vollen Wortsinn gelingen kann. Das ist ja gerade das Irritierende, und das bringt auch den Ernst in diese Debatte.

Das Bewußtsein, vor einer Gestaltungsaufgabe versagen zu müssen, ist diesem Mahnmal seinem Wesen nach immanent, und trotzdem – das spüren wir auch – ist dies eine der wichtigsten Debatten dieser Legislaturperiode. Nicht nur wir wissen, auch alle erwarten von uns: Es muß heute eine Entscheidung fallen, die auch wirklich gilt.

Diesen Auftrag haben wir uns nicht selbst gesucht, sondern er ist uns in einem langen Prozeß aus der Gesellschaft selbst zugewachsen. Joseph Beuys hätte so etwas eine „soziale Skulptur“ genannt. Da sucht eine ganze Gesellschaft eine Form, um ihre eigene Identität und ihr Verhältnis zu ihrer Vergangenheit zu klären, und arbeitet damit doch auch an sich selbst und an ihrem eigenen Wesen.

Es beginnt mit der Überzeugung und mit der Arbeit einer kleinen Gruppe, der auch ich meinen Respekt ausdrücken möchte. Daß das Thema längst vom Feuilleton-Teil der Zeitungen in die politischen Spalten gerückt ist, daß sich so viele wichtige Stimmen aus unserer Gesellschaft mit einer solchen Leidenschaft am Pro und Kontra beteiligt haben, und dies nach diversen Wettbewerben mit einer regelrechten Bürgerinitiative von künstlerischen Vorschlägen, daß wir nach vielen Kontroversen heute eine hoffentlich gültige Entscheidung treffen, das läßt die Republik in ihrem Selbstverständnis und auch in ihrer historischen Verortung nicht unverändert. Auch ich finde, es ist kein Zufall, daß dieser Prozeß die Phase der politischen Einigung unseres Landes, der Debatten um die neue Rolle Deutschlands in einem sich verändernden Europa immer begleitet haben. Die Debatte über Form und Bedeutung dieses Mahnmals hat deswegen immer zu tun mit der Debatte über Form, Maß, Rolle, historische Wurzeln und historische Verantwortung dieser ganzen Republik.

Warum bauen wir dieses Mahnmal und für wen? György Konrad hat uns gesagt: „Wir Juden brauchen dieses Mahnmal nicht.“ Und noch deutlicher: „Es wäre komisch, sollten die Juden den Wunsch hegen, dies, das Ereignis der Vernichtung, in einem sich an die ganze Welt richtenden Monument zu verewigen.“ Er hat recht. Wir Deutschen bauen das Mahnmal an diesem zentralen Ort, um uns etwas in Erinnerung zu rufen, vor allem einen unwiederbringlichen, schmerzlichen Verlust.

Zu der Bedeutung dieses Mahnmals und der ganzen Debatte habe ich ein wunderbares Zitat aus dem Talmud gefunden, das ich Ihnen vorlesen möchte:

> Zweieinhalb Jahre – nur zweieinhalb Jahre! – diskutierten die Schule der Shammai und die Schule des Hillel miteinander. Die erste sagte, es wäre besser, der Mensch wäre nicht erschaffen worden. Die letztere sagte, es ist besser, daß der Mensch erschaffen ist, als er wäre nicht erschaffen worden. Sie schlossen mit dem gemeinsamen Satz: Es wäre besser, der Mensch wäre nicht erschaffen worden, jetzt, wo er erschaffen ist, laß ihn seine vergangenen Taten bedenken. Einige aber sagen: Laß ihn seine zukünftigen Taten bedenken.

Wir bauen das Mahnmal im Land der Täter, der Mitläufer und der Zuseher, von denen man wünschen würde, es hätte sie nie gegeben. Das unterscheidet dieses Mahnmal in diesem Land deutlich zum Beispiel von der Tradition der großen Memorials in Washington. In jener amerikanischen Avenue der Mahnmale ist vorherrschend das stolze Moment der großen Tradition des eigenen Landes, seiner historischen Mission und Aufgabe, seines Patriotismus. Unser Mahnmal hat auch mit der Identität der Deutschen zu tun, vor allen Dingen mit ihrer **historischen Verantwortung.** Diese Tradition läßt sich nur begreifen – und so wird es immer wieder ausgedrückt – als ein abgrundtiefer barbarischer Bruch mit allen Regeln der Zivilisation und mit jenen Werten der Humanität, Mitmenschlichkeit und Nächstenliebe, die einmal an der Wiege Europas gestanden haben.

Wir leben mit dieser Geschichte des Holocaust in dem Wissen, es wäre besser, es hätte sie nicht gegeben. Aber es hat sie gegeben. Und jetzt, wo es sie gegeben hat, müssen wir dieser vergangenen Taten gedenken, um wirklich besser auf die Zukunft vorbereitet zu sein. Wir müssen wissen, woher wir kommen und wohin wir wollen. In dieser unauslöschbaren Spannung befindet sich dieses Mahnmal. Das – das spüren wir hier alle – übersteigt das, was Ästhetik allein leisten kann.

Dr. Antje Vollmer

(A) Auschwitz, das nicht vergehen will, paßt in kein Gedicht und in keine Skulptur, und seien sie noch so schön wie die Gedichte von Paul Celan oder die Skulpturen von Peter Eisenman. „Mein Mahnmal ist ein Ort des Nichts“, so hat Eisenman es ausgedrückt. Wenn ich seinen Entwurf sehe, spüre ich etwas von dieser trostlosen Verlorenheit. Aber gerade in diesem grandiosen, faszinierenden, ästhetischen Entwurf liegt doch auch eine Gefahr der Selbstbezogenheit, ja des Selbstmitleids.

Deswegen bin ich für jenen Entwurf, der neben dieser stillen Steinwüste des Stelenfeldes einen anderen Ort stellt, an dem die Besucher zu den wirklichen Quellen und zu den wirklichen Zeugen vorstoßen können. Wir haben uns in vielen Gesprächen im Kulturausschuß festgelegt. Dieser **Ort der Informationen** wird das Konzept, den Rahmen und auch die Kosten des Eisenman-Entwurfes nicht verlassen. Er wird klein, und er kann auch bescheiden sein. Aber er ist eine Ergänzung, eine Brücke zu den historischen Quellen. Wir diskutieren darüber ja zu einer Zeit, in der die einzig zureichenden Quellen des Wissens, die Stimmen der überlebenden Zeitzeugen, sehr leise und sehr selten werden. Es gehört mit zu unserer Schuld, daß wir sie früher so wenig haben hören wollen.

Als ich 1964 das erste Mal in Auschwitz war, wurde ich von einem Überlebenden des Lagers Birkenau geführt. Ich habe das mein ganzes Leben lang nicht vergessen. Unsere Kinder werden solche Begleiter und Zeugen nicht mehr haben. Sie werden ohne solche Begleitung im Stelenfeld von Eisenman sehr allein sein. Wir sollten ihnen wenigstens an einer Stelle die Chance (B) geben, für ihre fassungslosen Fragen ein Wissen über das vorzufinden, was wirklich geschehen ist.

Deswegen spreche ich mich für den Kompromißentwurf aus. Er kommt dem Versuch am nächsten, im Gedenken an das unfaßbar Vergangene die authentischen Stimmen der Opfer und Zeugen sowie die authentischen Stätten ihres Leidens mitten in Deutschland und mitten in Europa gerade noch wahrnehmbar zu machen.

Am Schluß meiner Rede habe ich an Sie, Herr Regierender Bürgermeister, eine herzliche Bitte: Was immer wir heute entscheiden, bitte übernehmen Sie das in Berlin. Ich glaube, die letzten Schritte dieser Entscheidung müssen die demokratischen Institutionen dieses Landes gemeinsam in Akzeptanz tun.

Danke schön.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der PDS)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms: Als nächster Redner hat das Wort der Kollege Dr. Wolfgang Gerhardt.

Dr. Wolfgang Gerhardt (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir alle haben eine langjährige Debatte mit vielen Varianten und dem Austausch zahlreicher Argumente erlebt. Manchmal geriet sie in die Gefahr, eine verlegenheitspolitische Endlosdebatte zu werden. Viele haben sich daran nach Kräften beteiligt. Zu gewissen Zeiten wurden nahezu täglich Varianten zu Protokoll gegeben. (C)

Wir, der Deutsche Bundestag, müssen es heute auf den Punkt bringen. All das, worüber diskutiert worden ist – Institute, Bibliotheken, Forschungs- und Ausstellungsmöglichkeiten –, gibt es an vielen Stellen der Bundesrepublik Deutschland. Dazu gibt es überall Plätze. Das ist eine ständige Aufgabe. Da muß geforscht, da muß durchdrungen, da muß sich auseinandergesetzt werden. Aber auf dem vorgesehenen Platz in Berlin besteht nun wirklich nicht die Aufgabe, ein Institut, eine Bibliothek, eine Forschungsstätte oder eine Ausstellungsmöglichkeit zu schaffen, auch nicht in verkleinerter Form.

Auf diesem Platz geht es um etwas ganz anderes. Auf diesem Platz geht es – es ist richtig, daß wir das heute vor unserer Rückkehr nach Berlin und dem wirklichen Beginn der Arbeiten des Parlaments und der Regierung entscheiden – um die **gestalterische und künstlerische Bewältigung** dieses **dunklen Abschnitts deutscher Geschichte.** Gefragt ist nicht ein Institut, eine Ausstellungshalle oder irgendeine volkspädagogische Ergänzung. Gefragt ist im Kern die Kunst des Hervorbringens dieses Dramas in der deutschen Geschichte in künstlerischer Gestalt – nichts anderes, nicht mehr, aber auch nicht weniger.

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Auf diesem Platz ist also eine Gestaltung gefordert, (D) die sich in der Tiefe ihrer Symbolik ausweist. Selbstverständlich kann jeder über Geschmack und Ästhetik streiten. Es gibt keine Deutungsmonopole, und es dürfen sich nicht nur die zu dem Mahnmal äußern, die ein kunsthistorisches Studium hinter sich gebracht haben. Niemand kann seine persönliche ästhetische Empfindung leugnen. Die Bemerkung des Bundeskanzlers, die vorhin schon zitiert worden ist – „ein Mahnmal, zu dem man gerne hingeht“ –, fordert heraus, zu sagen: Die Ästhetik dieses Mahnmals kann nicht die des Angenehmen sein, sie muß die des Angemessenen sein. Darauf kommt es an.

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Jeder Besucher wird seine ganz eigene Anstrengung unternehmen müssen. Gestatten Sie mir die Bemerkung: Wenn dort ein Informationshaus aufgestellt würde – auch für zukünftige Generationen –, würde das einen Fehler verdeutlichen, den sich die Gesellschaft zudiktieren müßte; denn es würde zeigen, daß sie vorher nicht das bearbeitet hat, was Besucher wissen müssen, wenn sie da stehen.

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wenn man die individuelle Annäherung an den **Eisenman-Entwurf** wirklich für zu schwierig hält, wenn man gar glaubt, für künftige Generationen werde das noch schwieriger und es bedürfe begleitender Maßnahmen, wenn man also der persönlichen Überzeugung ist,

Dr. Wolfgang Gerhardt

die Besucher würden mit diesem Mahnmal wirklich nicht fertig, dann darf man es nicht auf diesen Platz setzen; dann muß man es unterlassen. Es gehört schon ein Zutrauen dazu, diesen Platz so zu gestalten. Er muß einen gestalterischen Fingerzeig haben, der gelingt und der Wirkweise entfaltet, oder wir können das Projekt nicht machen. Wir kommen um die Kernpunkte sehr persönlicher Entscheidungen nicht herum.

Der **Vorschlag von Richard Schröder,** das biblische Gebot „Du sollst nicht morden" auf einen einfachen Gedenkstein zu bringen, ist ein respektabler Vorschlag. Er stammt von einem respektablen Mann. Man muß sich mit diesem Vorschlag auseinandersetzen. Manchmal allerdings – die Bemerkung darf ich mir gestatten – erscheint es mir, als würde er in einem Teil der öffentlichen Diskussion im Vergleich zu dem Entwurf Eisenman II, der so anstößig ist, als etwas bequemlicher empfunden. Das kann aber nicht die Entscheidungsgrundlage sein. Wenn es ein respektables Argument gegen den respektablen Vorschlag von Richard Schröder gibt, dann muß man ihm sagen, daß sein Vorschlag das dramatische Ereignis des Zivilisationsbruchs in der deutschen Geschichte nicht ausreichend in künstlerischer Form bearbeitet. Er knüpft an ein Stück Geschichte an, das im Dritten Reich dramatisch unterbrochen worden ist. Darum geht es auf diesem Platz: die Diskontinuität, den Bruch und die Dramatik auszudrücken. Ohne diesen wirklichen Anstoß in seiner vielfältigen Bedeutung kommen wir auf diesem Platz nicht weiter und um den Platz auch nicht herum.

Der zweite Entwurf von Peter Eisenman verleiht nach meiner Überzeugung diesem Gedanken die besondere künstlerische Form. Er bringt ihn auf den Punkt. Deshalb gebe ich persönlich ihm den Vorzug vor dem Vorschlag von Richard Schröder. Das ist der Kern der Gestaltung auf diesem Platz.

(Beifall bei Abgeordneten der F.D.P.)

Die Überarbeitung des ersten Entwurfs von Eisenman, die Rücknahme der Mächtigkeit, der Zahl der Stelen, die Einpassung in die Topographie, zeigt doch auch die Einsicht, daß das Drama nicht allein monumental bewältigt werden kann. Das Stelenfeld berührt aber nach meiner Überzeugung jeden, der sich berühren lassen will. Es zwingt zur Auseinandersetzung. Es bringt an manchen Stellen Einsamkeit mit sich, es gibt aber auch bemerkenswerte Blicke frei, wenn man sie suchen will. Der Eisenman-Entwurf ist aus meiner Sicht ein Entwurf, der für sich spricht, indem er alle, die sich ihm nähern wollen, die dieses Risiko eingehen wollen, durch die Eigenheit seiner Gestaltung mahnt und erinnert. Man muß dieses Erlebnis wollen. Ich hoffe, daß man sich ihm, wenn man den Platz betritt, auch nicht mehr verweigern kann, weil nichts arrondiert, weil es da steht, weil man ihm nicht ausweichen kann: ohne jede Zugabe. Ich bin für diesen Entwurf, solitär und klar, auf diesem Platz im Zentrum der Hauptstadt Berlin.

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich sage auch: Weder wir als Besucher Berlins, die wir in Zukunft öfter in Berlin sein werden, noch die Bürger der Stadt selbst sollten ihm ausweichen. Ich glaube sogar, daß dieser Entwurf, wenn wir ihn realisieren, ein gutes Zeichen eines notwendigen, aber zugleich auch klaren und damit im wahrsten Sinne des Wortes souveränen Umgangs mit der deutschen Geschichte wäre, diese Dramatik dort in künstlerischer Form hervorzubringen.

Denn es ist ja die Kunst des Hervorbringens, um die es geht. Das ist kein Ausweichen, sondern das zeigt die Fähigkeit des Deutschen Bundestages, sich diesem Teil der Geschichte so zu stellen und diese schwierige Entscheidung im wahrsten Sinne des Wortes zu riskieren.

Wir sollten – das ist meine Überzeugung – dieses Mahnmal den ermordeten **Juden** widmen. Das ist ebenfalls ganz klar. Wir wissen, daß viele ermordet worden sind, aber gerade bei dieser Klarheit kann uns niemand vorwerfen, daß wir andere übersehen; denn die Dimension spricht für sich.

Es gibt, verehrte Kolleginnen und Kollegen, in solchen Fragen keine Entscheidungen ohne Risiko und ohne kritische Einwände. Diese werden uns auch weiterhin begleiten, wenn entschieden worden ist. Aber ich glaube, wir können nicht nur in Eisenmans Werk vertrauen, sondern auch auf die Wirkungsweise des Werks auf diesem Platz setzen. Diese wird am Ende darüber Auskunft geben, ob unsere Entscheidung gelungen ist.

Ich meine, das Wagnis lohnt sich. Die Sache muß aber heute endlich auf den Punkt gebracht werden, sonst gerät sie nicht.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der PDS)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms: Das Wort hat jetzt der Kollege Dr. Gregor Gysi.

Dr. Gregor Gysi (PDS): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit 11 Jahren findet die Diskussion über die Notwendigkeit oder Nichtnotwendigkeit dieses Mahnmals für die ermordeten Juden Europas statt. Das verdanken wir Frau Rosh, Herrn Jäckel und anderen. Ich glaube, es war eine wichtige Diskussion, und sie wird das auch bleiben.

(Zustimmung bei der PDS)

Es gab und gibt rechte Gegner und linke Bedenkenträger. Auch ich hatte meine Bedenken. Käme ein solches Mahnmal nicht vielleicht 50 Jahre zu spät, fragte ich mich. Immer wieder wurde gefragt: Wie kann man ein Mahnmal im Land der Täter, Schweigenden und Zusehenden gestalten? Schon diese Charakterisierung finde ich falsch; denn in diesem Land gab es auch Opfer, viele, zu viele. Auf die Frauen und Männer, die gegen Hitler Widerstand leisteten, sollten wir stolz sein und sie bei der Charakterisierung des Landes und seiner Geschichte nicht regelmäßig ausblenden.

(Beifall bei der PDS sowie bei Abgeordneten der SPD)

Dr. Gregor Gysi

(A) Die jahrelangen Diskussionen, die zum Teil sehr heftig geführt wurden, und der verstärkt aufkommende Rechtsextremismus in einem Teil unserer Jugend haben mich überzeugt: Wir brauchen das Mahnmal für uns und für kommende Generationen. Ich kann mir eine günstigere Entscheidung des Bundestages im Zusammenhang mit dem Umzug von Bonn nach Berlin als die, die wir heute treffen, gar nicht vorstellen. Wenn es denn Symbolik gibt, dann macht genau diese Symbolik Sinn.

(Beifall bei der PDS sowie bei Abgeordneten der SPD und der F.D.P.)

Es ist völlig legitim, die Frage aufzuwerfen, ob man ein solches Mahnmal auf die ermordeten Juden beschränken soll oder ob man nicht zugleich auch der anderen **Opfer des Naziterrors** gedenken muß. Aber der Vorschlag, der hier unterbreitet worden ist, ist meines Erachtens nicht akzeptabel; denn er würde bedeuten, die anderen Opfer in ihrer Verschiedenheit praktisch unter der Rubrik „und andere“ zu erfassen. Das wird ihnen nicht gerecht. Ich bin für das, was in der Beschlußempfehlung steht, nämlich dafür, daß wir den anderen Opfern eigene Stätten des Gedenkens widmen. Diese Verpflichtung aber müssen wir auch erfüllen.

(Beifall bei der PDS sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Dabei meine ich wirklich alle. Ich denke an die Homosexuellen, ich denke an die Zeugen Jehovas, ich denke an die Sinti und Roma, ich denke an die Frauen und Männer des bürgerlichen Widerstands, ich denke an Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, ich denke an Kommunistinnen und Kommunisten, ich denke an Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter aus allen Ländern Europas, an Kriegsgefangene und all jene, die der Mordmaschine zum Opfer fielen. Ihnen allen steht eine würdige Form des Gedenkens zu. Sie gehören nicht in die Rubrik „und andere“.

(B)

(Beifall bei der PDS sowie bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der F.D.P.)

Die viel kompliziertere Frage ist die der Gestaltung, und zwar schon allein deshalb, weil sie das **Verhältnis von Politik und Kunst** berührt. Sie wissen, daß ich aus einem Land komme, in dem sich Politik ständig in Kunst eingemischt hat. Das war übrigens nicht nur verheerend für die Kunst, sondern auch für die Politik.

(Beifall des Abg. Hans-Joachim Otto [Frankfurt] [F.D.P.])

Es handelte sich um eine Anmaßung, die die Kulturgeschichte in extremer Form negativ beeinflußt hat. Das ändert übrigens nichts daran, daß dennoch beachtenswerte Kunst und Kultur in der DDR entstanden ist.

(Zustimmung bei der PDS)

Durch dieses Verhältnis sind wir in besonderer Weise geprägt.

Deshalb mahne ich zur Vorsicht, wenn Politik – durch welche Umstände auch immer – gezwungen ist, über Kunst zu entscheiden. Allein schon diese Vorsicht gebietet, das Ergebnis eines Wettbewerbs so, wie es vorliegt, zu akzeptieren und sich jetzt nicht von seiten der Politik selbst Ergänzungen und alles mögliche auszudenken. Wir haben uns in die Gestaltung eines architektonischen Kunstwerks genausowenig einzumischen wie in die eines Bildes oder eines Musikstückes, und zwar auch nicht durch die Vornahme von Ergänzungen.

(C)

(Beifall bei der PDS sowie bei Abgeordneten der SPD, der CDU/CSU und der F.D.P.)

Deshalb bin ich froh, daß es die beiden Wettbewerbe gab und daß es ein Ergebnis gibt, auf das wir uns hier bei unserer Entscheidung stützen können. Wir sollten davon nicht abweichen.

Gestatten Sie mir eine Bemerkung zu dem **Vorschlag** des Theologen Professor **Dr. Schröder:** Morde gab es vor der NS-Zeit, Morde gab und gibt es nach der NS-Zeit, Morde gab und gibt es in jeder Gesellschaft. Das, was gemäß diesem Vorschlag auf dem Mahnmal stehen soll, wird dem, um das es hier geht, nicht gerecht. Die systematische Ausrottung eines 2000 Jahre verfolgten Volkes durch ein Regime in ganz Europa, wo auch immer man der Jüdinnen und Juden habhaft werden konnte, ist viel mehr als das, was man unter dem Begriff Mord versteht. Deshalb reicht das einfach nicht aus, um dem Rechnung zu tragen, worum es uns gehen sollte.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS, der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der F.D.P.)

Gestatten Sie mir, Frau Dr. Vollmer, noch eine Bemerkung: Ich verstehe alles, was Sie zur Frage der **Information und Dokumentation** gesagt haben. Man darf aber doch das Mahnmal nicht gesondert sehen. Es liegt in einer Stadt mit vielen Gedenkstätten, mit vielen Dokumentations- und Informationszentren. Sie gibt es in ganz Deutschland und soll es auch in ganz Deutschland geben. Wir dürfen nicht versuchen, aus diesem Mahnmal ein Zentrum zu machen, wo wir all das wiederfinden, was es auch sonstwo in diesem Lande gibt. Es tut mir leid, aber das ist mir eine Idee zu pädagogisch.

(D)

(Beifall bei Abgeordneten der F.D.P.)

Es ist ein bißchen zu sehr deutsch, zu sagen: Man kann nicht einfach etwas hinstellen, bei dem sich die Menschen etwas denken sollen, sondern man muß ihnen noch erklären, was sie sich denken sollen. Verzichten wir doch einfach einmal darauf!

(Beifall bei Abgeordneten der PDS, der CDU/CSU und der F.D.P.)

Deshalb spreche ich mich – Sie haben das aus dem Änderungsantrag ersehen können – für das Ergebnis des Wettbewerbs aus, nämlich für Eisenman II pur. Es wäre eine sehr wichtige politische Entscheidung, wenn wir sagen, wir wollen das Mahnmal, und gleichzeitig sagen, wir mischen uns so wenig wie irgend möglich in Kunst ein, und deshalb die Zurückhaltung üben, die der Politik in einer solchen Frage gebührt. Wir bleiben in der Verpflichtung, aller Opfer des Holocaust zu gedenken. Ich habe leider noch viele vergessen; ich denke etwa an die

Dr. Gregor Gysi

(A) Opfer der Euthanasie, die einer eigenen Würdigung bedürften, und an viele andere mehr. Es fällt so schwer, alle zu nennen. Das NS-Regime hatte so viele Opfer, daß man gar nicht in der Lage ist, sie alle auf einmal aufzuzählen. Deshalb, glaube ich, bleiben wir hier in einer großen Verpflichtung.

Lassen Sie uns den politischen Start in Berlin mit diesem Mahnmal beginnen! Es ist ein Bekenntnis zur Geschichte und zugleich eine Auseinandersetzung mit der Geschichte. Lassen Sie uns dabei immer daran denken, daß wir in diesem Land alles hatten: Wir hatten Täter, wir hatten Zuschauende, wir hatten Wegsehende, aber wir hatten auch Opfer. Auch die gehören zu unserer Geschichte. Auch daran sollten wir mit diesem Mahnmal zumindest indirekt erinnern.

Vielen Dank.

(Beifall bei der PDS und der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms: Als nächster Redner hat der Staatsminister Dr. Michael Naumann das Wort.

Dr. Michael Naumann, Staatsminister beim Bundeskanzler: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Jeder Mensch lebt kraft seiner Fähigkeit, sich zu erinnern. Das Leben in reiner Gegenwart gibt es nicht. Eine Gesellschaft, die sich ihrer eigenen Geschichte verweigert, vergißt sich selbst. Sie schließt vor der Welt die Augen, sie wird blind. Vergangenheitslos blieben ihr als Trost nur die Heilsversprechungen einer strahlenden Zukunft. Aber solche haltlosen Entwürfe haben unser ideologisches Jahrhundert geprägt und blutig enttäuscht.

(B)

Zukunftsmythen von der rassischen Reinheit des Volkes, Fiktionen von unbegrenzter Weltherrschaft im global gewordenen deutschen Lebensraum wurden mit polizeilicher und militärischer Gewalt gegen die deutsche Demokratietradition durchgesetzt. Es war, als wollte Deutschland nach 1933 mit bislang unvorstellbaren Mitteln von verstaatlichtem Mord aus der Zivilisationsgeschichte der Menschheit austreten.

Das 20. Jahrhundert liegt hinter uns. Wir alle, auch die Mitglieder dieses Hohen Hauses, sind immer wieder der Versuchung ausgeliefert, uns zurückzuziehen ins Vergessen; denn das Vergangene – das wissen wir – ist nicht mehr zu ändern. Es ist selten eine Quelle von Zufriedenheit. Ist nationale Geschichte gar, wie in unserem Falle, mit schwerster Schuld beladen, führt Erinnerung allemal in schmerzhafte Diskussionen um historische Verantwortung, um angemessene Strafe, um Gerechtigkeit.

Nach anfänglichem, teilweise skandalösem Zögern in den 50er Jahren hat sich der Deutsche Bundestag wie auch das ganze Land der Wahrheit unserer Geschichte geöffnet. Von den Verjährungsdebatten in den 60er Jahren bis zur befreienden Ansprache Richard von Weizsäckers vor dem Parlament 40 Jahre nach Kriegsende – Geschichtslosigkeit wird unserem Land niemand mehr vorwerfen können. (C)

Ein Staat kann historische Erinnerung aber nicht verordnen. Sie ist geistige Voraussetzung seiner Verfassung. Mit der Niederschrift der Grundrechte haben die Verfassungsväter unser Land vor 50 Jahren in den Kreis der zivilisierten Nationen zurückgeführt. Sie stießen sich ab von der Barbarei, deren Mordgeruch vier Jahre nach Kriegsende noch immer über ganz Europa lag.

Wenn wir heute über ein Mahnmal für die ermordeten Juden Europas debattieren, erneuern wir gleichzeitig einmal mehr die ethische Grundsatzdebatte, die unsere Staatsgründung begleitete und die seitdem niemals völlig abgerissen ist.

Daß die schwarze Folie des Nationalsozialismus und des schier namenlosen Mordes an 6 Millionen Juden, an Sinti und Roma, an Slawen, an den oft vergessenen Millionen russischen Kriegsgefangenen, an religiösen Minderheiten und politischen Gegnern der Nazis mitbestimmend sein soll für das Selbstverständnis unseres Rechtsstaates, ist schwer zu ertragen. Wer will das bestreiten? Und doch ist es das Vermächtnis der Opfer und das Vermächtnis des deutschen Widerstandes.

Der Staat selbst erinnert sich nicht. Doch mit repräsentativer, symbolischer Geste kann er den Prozeß des gesellschaftlichen Erinnerns akzentuieren. Wir diskutieren heute Form und Inhalt dieses Akzents.

Meine ursprünglichen Einwände gegen den Mahnmal-Entwurf des Architekten Peter Eisenman sind bekannt. In der europäischen Geschichte der Denkmalsarchitektur gibt es keinen mir bekannten Gestus, der die Einmaligkeit des Verbrechens, von dem hier die Rede ist, angemessen repräsentiert. Und immer drohen im symbolischen Gedenken die Erinnerung an das einzelne Opfer wie aber auch die Erinnerung an den einzelnen Täter zu verschwinden. Weil das so ist, hatte ich zusammen mit Peter Eisenman eine neue Konzeption entwickelt, die Gegenstand einer ausführlichen Debatte wurde. Beide mußten wir unsere Vorstellungen revidieren. (D)

Lassen Sie mich bei dieser Gelegenheit auf folgendes hinweisen. Es bleibt dabei: Ob es ein Mahnmal oder ein Ort des Erinnerns ist – wenn Menschen nicht gern dort hingehen wollen, dann gehen sie nicht hin. Das ist eine einfache Einsicht, so daß die semantischen Auslegungen dieses Satzes des Bundeskanzlers mir noch heute absolut unbegreiflich bleiben.

(Zustimmung bei der SPD – Unruhe bei der CDU/CSU)

Heute bitte ich Sie ausdrücklich, der Beschlußempfehlung des Ausschusses zuzustimmen, die den Bau des Stelenfeldes von Eisenman, ergänzt um einen Ort der Information, fordert. Die Umsetzung bleibt einer Bundesstiftung überlassen, deren Entscheidungen die Bundesregierung respektieren wird. Eine solche Ergänzung wird die Arbeit an den authentischen Gedenkstätten im Lande nicht behindern.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Staatsminister Dr. Michael Naumann

Meine Damen und Herren, der Mord an den Juden Europas folgte einem Schema des Wahnsinns. In seinem Kern zielte er nicht nur auf die Realisierung eines bizarren rassistischen Weltbildes. Hinter dem genozidalen Morden verbarg sich vielmehr die Absicht, mit dem Volk der Bibel zugleich jene Religion auszurotten, die dem Menschenbild des Nationalsozialismus im Wege stand.

Die Heiligkeit des Lebens vor einem Gott, also den monotheistischen Kern der jüdischen Überlieferung Europas zu beseitigen, das war das innerste Ziel des Völkermords. Deshalb übersteigt seine Ungeheuerlichkeit weiterhin unser Fassungsvermögen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ein wirklich angemessenes Symbol des **Holocaust** wird es darum niemals geben. Der Millionenmord wird für immer unbegreiflich bleiben, auch wenn wir seine historischen Bedingungen, seine organisatorischen Perversionen erforscht, seine Täter alle beim Namen genannt haben.

Die Erinnerung aber wohnt in Wort und Bild. Doch auch das Wort versagt, wenn die Seelen verschlossen bleiben. Die heutige Debatte ist ein Beleg dafür, daß unsere Vergangenheit nicht vergessen, das Schicksal der Opfer nicht verdrängt worden ist. Das Mahnmal in der Mitte unserer Hauptstadt soll ein Zeichen unserer Trauer sein. Es ist auch ein Zeichen unserer Geschichte. Vor allem aber signalisiert es Erinnerung an die Toten, genauer: an die Ermordung von Millionen Menschen. Vor ihnen verneigen wir uns heute im deutschen Parlament auch über die Grenzen der Parteien hinweg.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der PDS)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms: Das Wort hat jetzt der Regierende Bürgermeister von Berlin, Eberhard Diepgen.

Eberhard Diepgen, Regierender Bürgermeister (Berlin): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Deutsche Bundestag hat heute eine schwerwiegende Entscheidung zu treffen. Es geht nicht um eine Regelung, die in zwei oder drei Monaten revidierbar ist. Das nationale Denkmal zur Erinnerung an die Millionen Opfer deutscher Täterschaft wird nur einmal und, wie wir meinen, für alle Zeit errichtet.

Ich möchte meine Ausführungen in dieser Debatte im wesentlichen auf die beiden Mahnmalvarianten beschränken, die, wenn ich die Debatte richtig verfolgt habe, in die engere Wahl gezogen werden: die Alternative Eisenman – mit Ergänzung – und den Vorschlag von Richard Schröder.

Um eines gleich zu Anfang unmißverständlich klarzustellen: Es soll in Berlin ein zentrales nationales Denkmal geben, und zwar jenseits der bereits in Berlin vorhandenen Gedenkorte, und es soll nicht als steinerner Schlußstrich errichtet werden, sondern als Bekenntnis zu unserer historischen Verantwortung im Moment der Rückkehr von Parlament und Regierung an diesen historischen Ort. Berliner Senat und Abgeordnetenhaus haben diese Entscheidung mehrfach bekräftigt.

Darüber hinaus muß festgehalten werden: Die authentischen Stätten des Terrors dürfen nicht in Vergessenheit geraten. Ich bin dankbar, daß dieses Anliegen in der vorliegenden Beschlußempfehlung deutlich zum Ausdruck kommt.

Daß der Deutsche Bundestag sich in der heutigen Debatte intensiv mit dieser Frage beschäftigt, begrüße ich ausdrücklich, auch wenn er kaum als Forum für die Entscheidung über alle gestalterischen Einzelheiten dienen kann. Dies gilt um so mehr, als die beabsichtigte Ergänzung des **Eisenman-Entwurfs** in Form und Umfang nicht bekannt ist. Die notwendige Abgrenzung zu den zahlreichen in Berlin vorhandenen, dort seit Jahrzehnten zum Teil auch wissenschaftlich arbeitenden Institutionen ist bisher nicht geklärt. Der heutige Beschluß soll daher, so verstehe ich ihn, eine Entscheidung im Grundsatz sein.

Eine Entscheidung des Deutschen Bundestages hat das Berliner Abgeordnetenhaus ausdrücklich erbeten. Damit hat der Berliner Senat – das versteht sich von selbst – aber nicht auf jedes Mitspracherecht bei der Einzelausformung, sei es der Gestaltung der Stiftung, sei es der Einzelausgestaltung über ergänzende Formen, verzichtet. Insofern ist es gut, daß die Umsetzung des Bundestagsbeschlusses auch im Rahmen der vorgesehenen Stiftung mit dem Land abgestimmt werden soll.

Nichts, meine Damen und Herren, ist für ein Mahnmal so entscheidend wie seine Akzeptanz. Erst wenn es die Menschen erreicht – das ist jedenfalls meine Position – , hat es seine Aufgabe erfüllt. Das Mahnmal ist nicht Selbstzweck; die gute Absicht muß sich vielmehr an der Wirkung messen lassen, die es erzielt. Die Kernfragen lauten: Ist die Botschaft, über die hier bereits sehr eindrucksvoll diskutiert wurde und die beschrieben worden ist, verständlich? Wie wird sie heute, wie wird sie morgen aufgenommen werden? Wird der kolossale Ausdruck, den beispielsweise der Eisenman-Entwurf für das kolossale Verbrechen findet, auch noch übermorgen als ein Zeichen der Scham und der Reue entziffert werden?

Von qualifizierter Seite ist auf den Trugschluß hingewiesen worden, daß Masse und Größe nicht zwangsläufig die Wirkung steigern, sondern eher zu einer Blokkade der Empfindung führen, eher abstumpfen als sensibilisieren. Die Gestaltung des Denkmals, so hat Hartmut von Hentig in den Kolloquien gewarnt, darf sich nicht von dem Übermaß der Aufgabe überwältigen lassen.

Darüber hinaus haben viele, so auch der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, auf ein zusätzliches Mißverständnis aufmerksam gemacht: Ginge es primär um die große Zahl der Opfer, wäre ein unermeßliches, mit Grabsteinen bedecktes Feld am Platze. Wenn es aber in erster Linie um ein Bekenntnis der Täter geht – und das ist der Gedanke des Mahnmals –, ist diese Lösung – ich zitiere den Ratsvorsitzenden – dop-

Regierender Bürgermeister Eberhard Diepgen (Berlin)

pelt verfehlt: Dieses Bekenntnis ist nicht auf Ausdehnung angewiesen. Selbst die große Ausdehnung eines Gräberfeldes bleibt unendlich weit hinter dem Wirklichen zurück. Das ist ebenfalls herausgestellt worden.

Doch es gehört offensichtlich zu den Absonderlichkeiten der Debatte um das Mahnmal, daß auf diese **„Falle der Monumentalität“,** wie sie meines Erachtens zu Recht genannt worden ist, immer wieder – sei es von Experten wie von Hentig, von György Konrad oder Günter de Bruyn, sei es von zahlreichen engagierten Bürgern – hingewiesen wird, daß daraufhin allerorten Problembewußtsein und auch Verständnis signalisiert wird – so auch von Ihnen, Herr Staatsminister, und dies nicht nur in der Vergangenheit –, mit dem Ergebnis, daß das als zu groß erkannte Denkmal durch ein noch größeres oder ebenso großes Denkmal ersetzt werden soll. Ergänzungen stehen hier zur Debatte. Schon erkenntnistheoretisch scheint mir das ein Phänomen zu sein. Zum Teil ist es wohl der allmählichen Ermattung und Resignation zuzuschreiben. Aber Entscheidungsdruck aus Überdruß darf es auch nicht geben.

Auch die praktischen Probleme des Eisenman-Entwurfs, auf die ich mir immer erlaubt habe hinzuweisen – wie es übrigens Helmut Schmidt und andere auch getan haben –, wurden bislang in staunenswerter Konsequenz ignoriert. Aber wer die Gefahr der **Verschandelung** durch Schmierereien und Vandalismus nicht sehen will, nimmt wissentlich in Kauf, daß dieses in guter Absicht gesetzte Mahnmal seine Wirkung ins Gegenteil verkehren kann. Das ist die Gefahr.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich sehe meine Verantwortung auch darin, mit Nachdruck vor dieser Gefahr zu warnen.

Es ist unsinnig, das Mahnmal zu einem Lackmustest für den Reifegrad unserer Gesellschaft zu machen, zumal wir alle genau wissen, daß ein Fanatiker genügt, um den Test zum Scheitern zu bringen.

Es sollte auch nachdenklich stimmen, daß sich viele Vertreter aus den einzelnen Bundesländern – ich denke an die Kollegen Stolpe, Biedenkopf und Stoiber – parteiübergreifend für den **Vorschlag von Richard Schröder** einsetzen. Sein Gegenvorschlag ist der Eisenmanschen Betonlandschaft genau diametral entgegengesetzt. An die Stelle von Masse setzt er das Wort. Er simuliert nicht den Schrecken, sondern erinnert an die gemeinsame Grundlage jüdischer und christlicher Kultur. Er schüchtert nicht ein, sondern setzt auf die Erkenntnisfähigkeit des Menschen. Er beschränkt sich auf das Wesentliche. Er verzichtet auf alles Beiwerk, das vielleicht doch eher ein Zeichen der Hilflosigkeit wäre. Jedenfalls mich überzeugt dieser Entwurf – für ihn möchte ich hier werben – durch Bescheidenheit, Würde und Prägnanz.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Die mahnende Botschaft steht im Vordergrund. Sie konzentriert sich hier auf die brutalste Form der Menschenverachtung, das systematische Ermorden von Millionen von Menschen, das mit der Demütigung des deutschen Nachbarn begann und über schrittweise Ausgrenzung und Entrechtung nach Auschwitz führte. Der Vorschlag hebt die jüdischen Opfer hervor, aber andere Opfer schließt er nicht aus.

Ich habe hier mit Interesse die Vorschläge vernommen, welche ergänzenden, zusätzlichen Mahnmale – jedenfalls nach dem Willen einiger Redner – gegebenenfalls in Berlin errichtet werden sollten.

Ich möchte auch noch folgenden Hinweis geben: Der Vorschlag von Richard Schröder geht auf eine Idee zurück, die Erich Mendelsohn – ein großer Berliner Architekt; auch er mußte emigrieren – für einen New Yorker Mahnmalentwurf, der übrigens dort ausgezeichnet wurde, entwickelt hat.

Der häufig zu hörende Einwand, eine Mahnung in hebräischer Sprache könnte als eine an die Opfer gerichtete Botschaft mißverstanden werden, scheint mir, pardon, etwas vordergründig zu sein. Er verkennt vor allem, daß es sich um ein Zitat handelt, das als Reverenz an die Kulturleistung des Judentums zu verstehen ist.

Ich weise auch darauf hin, daß die Zielsetzung des Faschismus darin bestand, nicht nur die Menschen umzubringen, sondern auch die Religion und die kulturellen Hintergründe mit umzubringen. Genau das findet seinen Ausdruck in der Form, die vorgeschlagen worden ist.

Auch die Tatsache, daß die Gestaltung im einzelnen noch nicht feststeht, wird von manchen als Problem angesehen, weil dies zu einer Verlängerung der Debatte führe. Sehr schnell wird meist hinzugefügt, eine Verzögerung der Entscheidung könnten wir uns gegenüber dem Ausland nicht leisten.

Ich halte den Druck, der damit erzeugt wird, für ebenso unbegründet wie falsch. Zunächst einmal entwickelte sich in den letzten zehn Jahren gerade auch in der Stadt Berlin eine ganze Kultur des Erinnerns. Viel wichtiger ist es aber, zu erkennen, daß diese Debatte keinen Makel darstellt. Sie ist der Beweis eines redlichen Bemühens und eines ehrlichen Ringens; und so wird sie auch im Ausland registriert.

Noch vor kurzem stand in der „New York Times“ – ich darf das zitieren –, keine Gesellschaft habe sich gründlicher und systematischer von ihrer Vergangenheit losgesagt und bemüht, ihrer Opfer zu gedenken, als die deutsche. Gerade dieses Selbstverständnis habe dazu geführt, daß das Berliner Holocaustmahnmal gleichzeitig so wichtig und seine Errichtung so unmöglich zu sein scheine.

Man muß all die Schlußfolgerungen, die international gezogen werden, nicht im einzelnen teilen. Doch das ist eine Lesart jenseits der bei uns gängigen Bezichtigungen. Es ist eine Analyse von außen, die der Wahrheit, der wirklichen Auseinandersetzung mit Geschichte, sehr nahe kommt.

Ich glaube, das ausgeprägte Verantwortungsbewußtsein zeigt sich in der Vielzahl der Gedenkstätten – ich nehme Bezug auf Berlin, wo dieses Mahnmal in eine Landschaft des Gedenkens einbezogen werden muß –, Denkmale und die Vergangenheit auch wissenschaftlich aufarbeitenden Einrichtungen in der Stadt.

Regierender Bürgermeister Eberhard Diepgen (Berlin)

Ich behaupte: Der Wert der Debatte liegt auch in der Anteilnahme der Bevölkerung. Zehntausende von Bürgern haben sich in den letzten Jahren aufgerufen gefühlt, zu schreiben und ihre eigenen Entwürfe zu unterbreiten. Frau Vollmer hat darauf hingewiesen. Ich nutze heute diese Debatte, mich bei den vielen tausend Bürgern in ganz Deutschland zu bedanken, die in den letzten Jahren auch mir persönlich eigene Vorschläge geschickt haben. Die unmittelbare Beteiligung an der Debatte war in der Tat überwältigend.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der SPD)

Die enorme Resonanz zeigt – übrigens mehr noch als die Diskussion in den Medien –, wie sehr dieses Thema die Menschen in unserem Land bewegt. Aber sie zeigt auch, daß sich viele Bürger mit den bisherigen Ergebnissen nicht zufriedengeben wollen.

Meine Damen und Herren, sicherlich ist man nie gegen Beifall aus falscher Ecke gefeit. Um so nachdenklicher sollte uns jedoch die Kritik von wohlmeinender Seite stimmen, zum Beispiel von Emigranten wie Isaac Stern oder Heinz Berggruen. Letzterer hat noch vor wenigen Tagen – übrigens, wie er es selbst formuliert hat, auch auf die Gefahr hin, nicht gehört werden zu wollen – in eindringlichen Worten darauf hingewiesen, daß die verzweifelte Suche nach einer überzeugenden Gestalt für das Mahnmal aus seiner Sicht müßig sei. Er hat auf Daniel Libeskind und das **jüdische Museum** hingewiesen. Dem muß man nicht folgen. Ich teile auch nicht die Auffassung, daß dieses jüdische Museum selbst ein Mahnmal sein kann. Aber das ist doch eine sehr ernstzunehmende Warnung vor einer Fehlentscheidung. Das ist das, was ich hervorheben möchte. Ich möchte zugleich an die Worte von György Konrad vor dem Kulturausschuß des Bundestages erinnern. Er sagte:

> Die Entscheidungsträger haben kein Recht, die zu erwartenden Antipathien

– ich weise auf meine Sorgen hin, die auch Helmut Schmidt formuliert hat –

> außer acht zu lassen.

Ich nutze heute die Gelegenheit, noch einmal für den Vorschlag von Richard Schröder zu werben, ein würdiges, schlichtes Mahnmal inmitten der Hauptstadt zu errichten. Ich glaube, dieser Vorschlag bietet die Chance, ein allgemein verständliches Mahnmal zu schaffen. Mahnmale müssen verständlich sein. Mahnmale dürfen nicht nur nach einer längeren Beteiligung an wissenschaftlichen oder künstlerischen Kolloquien verständlich sein. Sie müssen für junge Menschen verständlich sein; sie müssen auch noch in 20 Jahren für die Mädchen und Jungen, die dann an dieses Mahnmal herantreten, verständlich sein; die müssen wissen, worum es geht. Das Mahnmal muß die richtigen Fragen provozieren. Darum geht es!

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Es geht also um ein allgemein verständliches Mahnmal. Und genau das ist der Grundvorschlag von Richard Schröder. Er würde, wie mir scheint, von den Menschen verstanden und akzeptiert werden.

Ich behaupte – das ist gleichzeitig meine Bitte an Sie –: Ein Mahnmal zu wollen bedeutet auch, seine Akzeptanz zu wünschen. Dabei geht es nicht darum, Herr Staatsminister, daß man gerne zu diesem Mahnmal geht. Ein Mahnmal, das an diese schrecklichen Verbrechen erinnert, wird immer ein Stück Herausforderung sein. Das muß es auch sein; das ist kein Ort der Freude. Doch es muß verständlich sein. Deswegen, glaube ich – darum bitte ich Sie –, müssen wir uns für ein Mahnmal entscheiden, das von den Menschen wirklich akzeptiert und verstanden wird.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms: Als nächster Redner hat das Wort der Kollege Michael Roth.

Michael Roth (Heringen) (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Bei meinem Einzug in den Deutschen Bundestag vor wenigen Monaten war noch nicht daran zu denken, daß mich die Auseinandersetzung um ein Denkmal für die ermordeten Juden Europas derart intensiv beschäftigen würde.

54 lange Jahre mußten vergehen, bis unser Land die Kraft finden konnte, sich auf eine gemeinsame Form des Gedenkens an die ermordeten Juden Europas zu verständigen. Warum erst jetzt? Warum muß ich als 28jähriger Abgeordneter am Ende dieses Jahrhunderts hierüber mitentscheiden? Schließlich gehöre ich – wie nicht wenige Kolleginnen und Kollegen dieses Hohen Hauses – zur dritten Generation nach der Shoa. Wir sind die Generation, die überwiegend durch die Schule, durch Bücher und Filme über ein in seiner Dimension beispielloses Verbrechen gegen die Menschlichkeit informiert wurde.

Daß der Deutsche Bundestag heute über einen zentralen Ort des Gedenkens in Berlin entscheiden kann, ist auch das Ergebnis eines jahrzehntelangen Bemühens um die wahrhaftige Vermittlung der deutschen faschistischen Vergangenheit. Es ist das Verdienst der Versöhnungs- und Erinnerungsarbeit. Die **regionalen Gedenkstätten** übernehmen in diesem Prozeß eine herausragende Rolle. Ohne ihre Bemühungen als offene Lernorte wäre es heute nicht möglich, über das Denkmal zu entscheiden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der F.D.P. und der PDS)

Dafür möchte ich den Verantwortlichen und vor allem den vielen ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Gedenkstätten herzlich danken.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der F.D.P. und der PDS sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Michael Roth (Heringen)

(A) Ich bitte sie um ihre fachkundige Mithilfe in der zu gründenden Stiftung und wünsche mir mit ihnen gemeinsam eine enge Partnerschaft.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, doch wo waren, wo sind die jungen Menschen, die sich zu Wort melden? Nicht nur Bundespräsident Roman Herzog fragte nach dem Beitrag, den die jüngere Generation zu leisten bereit ist. Ich habe diese Frage nicht nur des Bundespräsidenten stets als aufmunternde Kritik verstanden. Jedoch muß ich ebenso kritisch zurückfragen, ob es überhaupt ein Interesse an den Beiträgen der jungen Menschen gegeben hat.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der PDS)

Liegt es vielleicht daran, daß sie nicht zum Mitreden und Mittun eingeladen worden sind? Oder wollten sich die Jungen gar nicht einladen lassen, weil das alles sie nur bedingt berührt, gar interessiert?

Ich bin davon überzeugt, daß es am Interesse nicht mangelt. Vielerorts in unserem Land sind junge Menschen aktiv in der Erinnerungsarbeit engagiert – unspektakulär zwar, nicht im Blickpunkt der Öffentlichkeit, aber trotzdem beeindruckend. Zahllose Schulklassen, Jugend- und Kirchengruppen suchen die Auseinandersetzung mit dem Faschismus und dem Holocaust. An diese wertvolle Arbeit knüpfen wir jungen Parlamentarierinnen und Parlamentarier an – nicht, weil wir müssen, nein, weil wir wollen.

(B) (Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der F.D.P. und der PDS sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich spreche sicherlich für viele von uns: Die Debatte um das Denkmal machte uns bisweilen ratlos. Beim Gedenken an die Opfer beziehen sich viele von uns weniger auf ein Denkmal als auf Besuche der authentischen Orte des Terrors. Uns berühren Filme wie „Holocaust“ oder „Schindlers Liste“, uns fasziniert Steven Spielbergs Idee der „Shoa Foundation“.

Salomon Korn, der Gedenkstättenbeauftragte des Zentralrates der Juden in Deutschland, sieht die mahnende Funktion eines Denkmals nur dann erfüllt, wenn es dialogisch wirkt. Ich zitiere ihn:

> Es muß im Betrachter etwas ansprechen, was in ihm ansatzweise bereits vorhanden ist und sich ansprechen läßt. Gelingt dies nicht, dann hat es seinen Zweck verfehlt.

Zweifelsohne ist das von mir unterstützte **Stelenfeld Peter Eisenmans** nicht ohne Ausdruckskraft. Es provoziert Widerspruch und stellt Fragen. Wir sollten diese Fragen jedoch nicht zu einer Frage der Verunreinigung machen. Das ist, Herr Diepgen, in dieser wichtigen Debatte nachrangig.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der PDS sowie bei Abgeordneten der F.D.P. und der Abg. Annette Widmann-Mauz [CDU/CSU])

(C) Ich stelle eine weitere Frage: Wollen wir die Fragen zwischen den Stelen verhallen lassen? Oder wollen wir eine Brücke bauen zwischen dem Ort des Gedenkens und einem Ort der Information? Das Denkmal wird doch nicht nur für die Gegenwart und Vergangenheit gebaut. Es dient in seinem Gedenken an die ermordeten Juden zukünftigen Generationen, denen der Anlaß für ein Denkmal bewußtgemacht werden soll. Doch die Erzeugung von Emotionen kann dies nicht allein erreichen. Wir brauchen die Ergänzung um Dokumentation und Information.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte hier noch einmal klarstellen: Wir wollen nicht belehren. Aber wir wollen ein Angebot unterbreiten, die vom Denkmal ausgehenden Zeichen zu dechiffrieren – unmittelbar im Angesicht des Erinnerns.

Als wir im Kreis der „Youngsters“, der jungen Abgeordneten meiner Fraktion, beschlossen, unsere Überlegungen in einen Antragsentwurf einfließen zu lassen, griffen wir die interessante Idee Michael Naumanns von einem **„Haus der Erinnerung“** dankbar auf und entwickelten sie weiter. Wir wollen mit unserem Einsatz ein Zeichen setzen: Die junge Generation, die in politischer Verantwortung steht, stellt sich der Vergangenheit, übernimmt Verantwortung und sucht nach zukunftsweisenden Wegen des Erinnerns, des Gedenkens, aber auch der Scham gegenüber dem Holocaust. Dabei erheben wir den Anspruch, unsere eigene Form des Erinnerns zu entwickeln. Wir können und wir wollen nicht unsere Eltern oder unsere Großeltern kopieren. Es ist unser Weg.

(D) Der Weg ist – das wird sicherlich auch die heutige Debatte zeigen – nicht frei von Mißverständnissen. Er ist nicht frei von Fehlern, er ist schwierig, er ist mühevoll, aber er ist auch spannend und lehrreich. Das haben unsere ersten Begegnungen im Rahmen unseres Projektes Erinnerungsarbeit gezeigt. Ich hoffe, daß diesen Begegnungen noch viele weitere folgen werden. Ich möchte herzlich die jungen Kolleginnen und Kollegen aller Fraktionen dazu einladen. Ich bin dankbar für die Gespräche mit Ulla Heinen, mit Eckart von Klaeden, mit Peter Altmaier, mit Angela Marquardt und mit vielen anderen.

Mut gemacht haben uns der Besuch des Holocaust Memorial Museums in Washington, die Gespräche mit Holocaust-Überlebenden in Israel, der Gang durch die Gedenkstätte Sachsenhausen, die unterstützenden Appelle des Deutschen Bundesjugendrings und anderer Jugendverbände. Für uns ist die Debatte um das Denkmal kein Schlußpunkt. Mit unserer aktiven Beteiligung wollen wir auch weiterhin dazu beitragen, daß der Holocaust mit dem Jahrhundert- und Jahrtausendwechsel nicht in den Geschichtsbüchern versinkt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der F.D.P. und der PDS)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, noch einmal möchte ich die Grundlinien der von mir unterstützten

Michael Roth (Heringen)

(A) Beschlußempfehlung des Ausschusses klarstellen: Der Ort der Information wird die ästhetische Wirkung des Stelenfeldes nicht schmälern. Wir wollen die Besucherinnen und Besucher des Denkmals auf die vielen Gedenkstätten, die authentischen Orte des Verbrechens und der Schande aufmerksam machen. Die ergänzenden Bauten werden auch vor dem Hintergrund der angespannten finanziellen Lage bescheiden sein müssen. Es bleibt aber – und das ist für mich wesentlich – ein Angebot des Erinnerns und Gedenkens, der Information und der Dokumentation.

Die Unterstützerinnen und Unterstützer eines Hauses der Erinnerung sind den Befürwortern eines reinen Denkmals entgegengekommen. Vielen von uns fiel das sicherlich nicht leicht. Trotzdem bitte ich aus voller Überzeugung um Zustimmung zu dem in der Beschlußempfehlung formulierten Kompromißvorschlag, und ich möchte allen danken, die dazu beigetragen haben.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der PDS)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn das viele Jahre währende Ringen um die Form des Gedenkens an die ermordeten Juden deutlich gemacht haben sollte, daß sich nicht ausschließlich die Kriegsgeneration und die Nachkriegsgeneration, sondern vielmehr auch junge Menschen in Deutschland am Wachhalten, am Erinnern und am Gedenken verantwortungsbewußt beteiligen und neue Wege suchen, so wäre dies ein großer Erfolg der

(B) Debatten dieses Hohen Hauses.

Lassen Sie uns heute ein mutmachendes Zeichen für die Zukunft setzen.

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der PDS)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms: Als nächster Redner hat der Kollege Wilhelm-Josef Sebastian das Wort.

Wilhelm-Josef Sebastian (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In der Geschichte der Bundesrepublik gibt es wenige Fragen, die so lange und so intensiv in den verschiedensten Gremien beraten und diskutiert wurden und auf die eine Antwort gesucht wurde. In diesen Tagen ist eine Dokumentation erschienen, die über die bisherigen Beratungen Aufschluß gibt, und sie umfaßt allein 1 298 Seiten. Wer diese Dokumentation liest, stellt fest, wie vielfältig die Meinungen und Vorschläge zu dieser Frage sind.

Wir haben uns wie viele andere Gruppen intensiv gefragt: Brauchen wir in Berlin ein neues, ein zentrales Mahnmal? Bei unseren Überlegungen standen der Sinn und die Aufgabe des Denkmals im Mittelpunkt. Es soll Menschen, Besucher und Betrachter, anhalten zu gedenken, sich zu erinnern, und es soll sie mahnen.

(C) Meine Damen und Herren, das **Gedenken, Erinnern und Mahnen** haben für uns heute und in Zukunft eine herausgehobene Bedeutung. Ein monumentales, großflächiges, auf zirka 20 000 Quadratmeter Fläche gebautes Denkmal erfüllt nach unserer Meinung diese Aufgabe nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

In über 1 400 Dörfern, Gemeinden und Städten allein in den alten Bundesländern und ohne Berlin gibt es Gedenkstätten, vom Straßennamen über die Gedenktafel bis hin zum ehemaligen KZ, die an die Opfer des Nationalsozialismus erinnern und ihrer gedenken. Ich glaube, in keiner Stadt in der Bundesrepublik gibt es mehr Gedenkstätten als in Berlin, die in würdiger Weise die äußeren Voraussetzungen für ein ehrendes Gedenken und Erinnern an alle Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft erfüllen.

In diesen Tagen erhielt ich ein **Schreiben einer Jüdin,** und ich möchte aus diesem Brief einige wenige Passagen zitieren. Sie schreibt:

> Anstatt den Juden zu ermöglichen, endlich ein normales Volk zu werden, wird das Mahnmal uns als sonderbares Volk verewigen. Die Juden haben in ihrer ganzen Geschichte enorm gelitten, weil sie nicht wie die anderen Menschen betrachtet wurden. Denken Sie, daß ein Jude, für dessen ermordete Landsleute so ein Mausoleum in der Mitte Berlins errichtet wird, sich jemals in Berlin und in ganz Deutschland wie ein jeder andere Mensch fühlen wird?

(D) Und weiter heißt es in dem Schreiben:

> Reue und Verständnis müssen und können nur freiwillig sein, aber das geplante Mahnmal ist zugleich Zumutung, Provokation und Demütigung für das deutsche Volk, die echte und freiwillige Gefühle unmöglich machen. Man kann den Menschen zwingen, korrekt zu sein, aber man kann ihn nicht zwingen, etwas zu fühlen.

Weiter heißt es:

> Das Geld für das Mahnmal sollte besser in die Erziehung von Verständnis und Toleranz bei den jüngeren Generationen investiert werden. Jeder Junge mit neonazistischen Sympathien, der durch diese Erziehung kein Rassist mehr sein wird, ist ein viel höherer Gewinn für die Zukunft als das höchste Mahnmal.

Soweit das Schreiben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Nur wenige hundert Meter von dem jetzt vorgesehenen Standort des neuen Mahnmals entsteht auf dem Gelände der **„Topographie des Terrors“** ein neues Zentrum, das die kommenden Generationen über die einzelnen Aspekte der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und die Gesamtheit der NS-Verbrechen aufklärt und damit eine wichtige pädagogische Aufgabe für alle kommenden Generationen übernimmt. Dies halten wir für einen guten, einen besseren Weg.

Wilhelm-Josef Sebastian

(A) Wir lehnen mit unserem Antrag die Errichtung eines weiteren, neuen Mahnmals ab. Wir möchten vielmehr, daß die gesamte vorhandene deutsche **Erinnerungs- und Gedenkstättenlandschaft** gestärkt sowie finanziell und personell hinreichend ausgestattet wird. Die Erhaltung und Pflege aller vorhandenen Orte und Gedenkstätten sind uns wichtiger als ein neues, großes, monumentales Mahnmal, das nach unserer Meinung die zu lösende Aufgabe nicht erfüllt und vor allem aber den notwendigen gesellschaftlichen Konsens nicht herstellt.

Es wäre überlegenswert und nach unserer Meinung sicherlich sinnvoller, zu überlegen, ob nicht die vorgesehenen finanziellen Mittel und der mögliche Erlös aus dem 20 000 Quadratmeter großen Grundstück, auf dem dieses monumentale Werk entstehen soll, für die Schaffung eines deutsch-israelischen Jugendwerkes verwandt werden könnten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dies wäre für uns ein besserer Beitrag, daß sich kommende Generationen der Vergangenheit erinnern, aber auch gemeinsam die Zukunft in einem friedlichen Miteinander gestalten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Präsident Wolfgang Thierse: Als nächster Redner hat der Kollege Volker Beck das Wort.

(B) **Volker Beck** (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Für Europa ist der Holocaust das Menschheitsverbrechen schlechthin. Heute werden wir über den Bau eines **Denkmals für die ermordeten Juden Europas** entscheiden. Über zehn Jahre hat die Debatte gedauert. Selten wurde ein Parlamentsbeschluß so aufwendig und gründlich vorbereitet. Das ist gut so. Jetzt muß aber auch wirklich eine verbindliche Entscheidung fallen.

Wir entscheiden heute über den Bau und den Standort, die Widmung und die konzeptionelle und künstlerische Gestalt des Denkmals. Wie auch immer die Abstimmung zum Mahnmal ausgehen mag, ich sage vorab: Der Grundstein für würdiges Gedenken ist die Sorge für die heute noch lebenden Opfer. Deshalb bleibt es unsere Aufgabe, möglichst schnell eine gute und umfassende Lösung für die Zwangsarbeiterfrage zu finden. Wir müssen die vergessenen Opfer ins Licht rücken und auch offene Entschädigungsfragen hier klären. Wir müssen im NS-Unrechtsaufhebungsgesetz die Mängel beheben, die bislang Homosexuelle und Deserteure ausgrenzen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der PDS)

Meine Damen und Herren, das Denkmal ist ein notwendiges Zeichen gegen das Vergessen. Jetzt ist der richtige Zeitpunkt für den Baubeginn. Die Zeitzeugen, die in der deutschen Erinnerungsarbeit eine besonders wichtige Rolle gespielt haben, werden immer stiller, immer weniger. Wir Nachgeborenen müssen die Verantwortung für das Erinnern und Gedenken übernehmen. (C)

Ein Denkmal muß das Nein zu einem Schlußstrich zum Ausdruck bringen. Der Umzug von Regierung und Parlament nach Berlin wirft auch die Frage auf, woran die Berliner Republik politisch anknüpft. Mit dem Denkmal im Zentrum des neuen vereinigten Deutschlands bekennen wir uns zu unserer besonderen Verantwortung, die uns aus unserer Geschichte erwächst.

Dieses Bekenntnis ist nur mit einem Denkmal in Berlin zu leisten, dieses Bekenntnis können wir nicht mit den zahllosen wichtigen Gedenkstätten und auch Denkmälern leisten, die wir im ganzen Lande haben. Wir müssen zeigen, daß es auch eine Frage unserer nationalen Identität ist, uns unserer Verantwortung zu stellen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der F.D.P.)

Gegen ein Mahnmal für die ermordeten Juden Europas ist eingewandt worden, man sollte ein **Denkmal für alle Opfer** errichten. Dieser Einwand wiegt schwer. Ohne jeden Zweifel sollte es ein Denkmal geben für die Sinti und Roma, die dem hunderttausendfachen Völkermord zum Opfer fielen. Ohne jeden Zweifel sollte der Millionen Opfer gedacht werden, die von Deutschen in den Ländern Osteuropas hingemordet wurden, nachdem sie von der Nazipropaganda als „slawische Untermenschen" zum Abschlachten freigegeben worden waren. Ebenso selbstverständlich braucht es Gedenkorte für die Euthanasieopfer und Zwangssterilisierten, für die Deserteure, für die Homosexuellen und für die politisch Verfolgten. (D)

Dennoch ist es richtig, daß wir hier heute zuerst über ein Denkmal für die ermordeten Juden Europas sprechen. Der Nationalsozialismus hat über ganze Völker und viele gesellschaftliche Gruppen unsagbares Leid gebracht, Folter, Tod und Vernichtung. Aber es gibt bei jeder Gruppe der NS-Opfer auch ganz spezifische Aspekte in der Verfolgungsgeschichte. Ich meine, die Erinnerungsarbeit wird den Opfern viel eher gerecht, wenn man diese spezifischen Aspekte nicht mit einer allgemeinen Formel „Für alle Opfer" verwischt, sondern sie herausarbeitet und damit überhaupt erst eine Auseinandersetzung mit dieser Geschichte ermöglicht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Ebenso ist zu bedenken, daß der Antisemitismus das entscheidende Bindemittel des Nationalsozialismus darstellte. An keinem Punkt waren sich die Granden wie die Fußtruppen des NS-Regimes so einig wie in dem Vernichtungswillen gegenüber den Juden. An keinem Punkt war die Politik von Nazi-Deutschland so tödlich konsequent wie in der Vernichtung der europäischen Juden.

Wenn wir heute über ein Denkmal für die ermordeten Juden entscheiden, dann heißt das aber auch ganz klar: Damit ist die Diskussion über Gedenken und Erinnern keineswegs beendet. Wir sind nun in der Pflicht, ein Konzept zu erarbeiten, wie der anderen Opfer wür-

Volker Beck (Köln)

(A) dig gedacht werden kann. Das sind wir allen Opfern schuldig.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der F.D.P. und der PDS)

Noch ein Weiteres: Für das Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus spielen gerade die **Orte des Verbrechens** eine wichtige Rolle. Sie dürfen über die Debatte über das Mahnmal nicht in Vergessenheit geraten. Es ist eine gemeinsame Aufgabe von uns allen, von Bund wie Ländern, sie vor dem Verfall zu bewahren, und ich bin sehr dankbar, daß der Kulturminister diese Aufgabe auch ganz besonders ins Zentrum seiner Arbeit gestellt hat.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Meine Damen und Herren, auch nach zehn Jahren Debatte gibt es in diesem Haus sehr unterschiedliche Vorstellungen über die Ausgestaltung des Mahnmals. Deshalb einige Worte an dieser Stelle zum Vorschlag von **Richard Schröder.** „Morde nicht!“ – dieser Satz ist natürlich richtig. Aber er reicht meines Erachtens nicht aus. Er wird den Dimensionen des Völkermordes nicht wirklich gerecht. Zudem behandelt der Schröder-Satz nur einen Teil, nämlich den grausigen Gipfel- und Endpunkt der Verfolgungsgeschichte. Dem Massenmord ging eine sich immer weiter steigernde systematische Entrechtung der Juden voraus: die Nürnberger Gesetze, die Reichspogromnacht, die Deportation in Ghettos und Lager. Es ist wichtig, daß wir diese Eska-

(B) lationsgeschichte des Unrechts immer wieder vor Augen führen, denn gerade sie liefert aktuelle Bezüge zum Heute.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD, der F.D.P. und der PDS sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ein jüngstes Beispiel, wo diese Fragen alle sehr aktuell wurden, war der Balkan.

Deshalb haben wir auch in unserem Antrag formuliert: Das Denkmal mahnt, nie wieder die Würde des Menschen anzutasten. Es mahnt, die Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz zu gewährleisten. Es fordert dazu auf, jedweder Diktatur zu widerstehen. Es ruft auf zur Wachsamkeit gegen Verletzungen der Menschenrechte. Das sind die Lehren, die wir mit diesem Denkmal zu ziehen haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Der Imperativ „Mordet nicht!“ ist zu minimalistisch. Die Lehre, die wir aus der Geschichte ziehen müssen, lautet: Auch du sollst nicht diskriminieren, du sollst nicht schikanieren, und du sollst Menschen nicht quälen. Denn Menschen systematisch für minderwertig zu erklären, das kann zum Morden führen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der F.D.P. und der PDS)

(C) Besonders problematisch am Vorschlag von Schröder scheint mir, daß ein kategorischer Imperativ auch in den Sprachen der Opfer auf dem Mahnmal erscheinen soll. Das kann nur Anlaß zu unendlichen Mißverständnissen geben. An wen richtet sich diese Aufforderung in Russisch, Polnisch und Hebräisch? Viele werden mutmaßen: Hier hebt Deutschland den moralischen Zeigefinger, deutet damit aber auf andere. Das wäre ein fataler Eindruck.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der PDS)

Ich befürchte, mit diesem Satz würden wir zudem den notorischen Relativierern nationalsozialistischer Verbrechen unbeabsichtigt ein gefundenes Fressen liefern.

Zwischen dem Alltagsverständnis des Begriffs „Mord“ und dessen juristischer Definition klafft nämlich häufig eine große Lücke. Ich erinnere daran: Mit absolut hanebüchenen Begründungen hat die bundesdeutsche Justiz manche NS-Schlächter nur der Beihilfe zum Mord für schuldig befunden, da ihnen angeblich der eigentliche Täterwille zum Mord gefehlt habe. So verrückt das klingen mag: Auch NS-Schergen, die nachweislich hundert- und tausendfach getötet haben, wurde rechtskräftig bescheinigt, sie seien gar keine Mörder. Schon auf Grund dieser unseligen Justizgeschichte ist Richard Schröders Vorschlag leider nicht tauglich; denn das anscheinend so eindeutige Wort kann ganz schnell zweideutig werden.

(D) (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der PDS sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, auch aus solchen Gründen bin ich seit langem ein Befürworter des **Konzepts Eisenman II.** Dieses Konzept wagt es, Kunst an Stelle des Wortes zu setzen. Genau das scheint mir bei diesem Mahnmal richtig und angemessen. Große Kunst kann ein angemessenes Erinnern und Gedenken ermöglichen. Große Kunst geht in den kulturellen Kanon einer Gemeinschaft ein, prägt und inspiriert sie. Sie kann dabei die Menschen auf eine Art erreichen, wie es Pädagogik überhaupt nicht vermag.

Das wogende Stelenfeld von Peter Eisenman will dem Besucher die Möglichkeit der individuellen Erfahrung eröffnen. „In unserem Denkmal gibt es kein Ziel, kein Ende, keinen Weg, sich hinein- oder hinauszubahnen“, beschreiben Peter Eisenman und Richard Serra den Grundgedanken ihres ursprünglichen Entwurfes. Mit dem Erleben des Denkmals, der individuellen Erfahrung steht die lebendige Erinnerung im Vordergrund. Das Denkmal gibt nicht Antwort auf das Warum des Holocaust. Es begründet nicht politische Legitimation. Es fordert den Betrachter zur Auseinandersetzung. Es läßt ihn seinen eigenen Weg der Erinnerung gehen, schreibt ihm weder Ausgangspunkt noch Weg oder Ziel vor. Damit ist es ein echtes Denkmal der Demokratie.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der F.D.P. und der PDS)

Volker Beck (Köln)

(A) Der Betrachter, der durch die Durchgänge des engen Stelenfelds geht, wird eintauchen in das Stelenfeld. Die wogenden Pfeiler werden den Besucher bedrängen und verunsichern. An anderer Stelle kann er den Blick über das Stelenfeld schweifen lassen. Der Betrachter entscheidet selbst, wie weit er sich in dieses Feld, in diese Erinnerung hineinbegibt. Auf schwankendem Grund, eingetaucht in das Feld der Stelen, wird der Besucher nur einen kleinen Teil der Pfeiler sehen. Er weiß um die Größe des Geländes, kennt vielleicht sogar die Zahl der Stelen, kann aber das gesamte Feld nicht erfassen.

Ist dies nicht auch Metapher für das Unfaßbare des millionenfachen Mordes? Verschließt sich nicht auch die gewußte Zahl der 6 Millionen dem Begreifen? Versagt nicht auch unsere Vorstellungskraft, wenn sich das Gedenken jenseits des Erinnerns um das Schicksal einzelner konkreter Menschen oder Familien bewegt? Das Durchschreiten des Denkmals wird selbst zum Bestandteil der individuellen Geschichtserfahrung werden.

Ich sage noch einmal: Der Holocaust ist für uns das Menschheitsverbrechen schlechthin. Auch deswegen ist es wichtig, eine Denkmalsform zu finden, die Menschen verschiedenster Herkunft einen Zugang zum Gedenken ermöglicht. Mit seinen Stelensetzungen greift Eisenman ein Ausdrucksmittel auf, das seit der Frühzeit des Menschengeschlechts vertraut ist. Das Errichten von steinernen Stelen ist ein universell verstandener Archetypus der Erinnerung. Wir finden Stelenfelder in der europäischen Vorgeschichte genauso wie im alten Orient und in vielen anderen Kulturen. Die steingewordene Erinnerung trägt (B) die Verheißung der Dauer in sich.

Unsere Zeit hat allerdings Angst vor Kunst, Ästhetik und tiefer Emotion. Wir mißtrauen der Ausdrucksfähigkeit der Kunst, setzen auf rein kognitive Prozesse. Die Debatte um die unterschiedlichen Konzepte des Eisenmanschen Stelenfelds kreiste um die Frage: Was kann Kunst überhaupt zum Gedenken, zum Erinnern und Mahnen an vergangene Schuld beitragen? Darf man die Menschen mit der Kunst allein lassen? Braucht Kunst immer ein erklärendes Beiwerk, den pädagogischen Rahmen? Ich bin froh, daß sich die verschiedenen Ansätze innerhalb der sogenannten Eisenman-Familie angenähert haben. Im wesentlichen standen sich zwei Positionen gegenüber: diejenigen, die ein rein künstlerisches Denkmal wollten und für ausreichend hielten, und diejenigen, die Forschung, Wissensvermittlung und Dokumentation in den Mittelpunkt stellen wollten.

Der Antrag, der vom Kulturausschuß nun zur Grundlage der Beschlußfassung genommen wurde, versuchte von Anfang an, zwischen den Polen dieser Debatte zu vermitteln. Die **Beschlußgrundlage** lautet nun: Wir wollen Eisenman II realisieren und im Rahmen dieses Konzepts ergänzend einen Ort der Information möglich machen. Uns ging es darum, daß das ästhetische Konzept nicht beeinträchtigt wird. Innerhalb des Konzepts von Eisenman II kann es ein erklärendes, aber kein architektonisches Element der Ergänzung geben. Das wogende Stelenfeld, das nach allen Seiten mit dem Stadtraum kommuniziert, darf sich nicht gleichsam an einem Baufremdkörper am Rande brechen.

(C) Leider gab es in den letzten Tagen wieder Irritationen, was mit der vom Kulturausschuß vorgeschlagenen Beschlußempfehlung nun tatsächlich gemeint sei. Ich kann nur alle Seiten warnen, nach der heutigen Beschlußfassung in eine Auseinandersetzung um die Beschlußexegese einzutreten. Wir sagen mit der Beschlußempfehlung: Eisenman II wird realisiert. Eisenman II ist ein Feld mit 2 700 Stelen. Eisenman II enthält keine weiteren architektonischen Elemente, kein Haus, keinen Bau, kein Gebäude. Wer trotz dieses Textes etwas anderes will, muß es hier sagen; denn dann muß das in die Beschlußfassung einfließen. Ansonsten gilt das.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Die ergänzende Information muß sich auf den Hinweis auf vorhandene Einrichtungen beziehen und auf die Erläuterung der zentralen historischen Fakten beschränken. Alles andere wäre nicht mehr Eisenman II.

Das Mahnmal wird auch Zeugnis ablegen, in welchem Ausmaß unsere Kultur auf die Wirkung des belehrenden Wortes fixiert ist und wieviel wir der Kunst tatsächlich zutrauen. Das Denkmal für die ermordeten Juden Europas wird den Versuch unserer Zeit dokumentieren, sich dem Vergessen entgegenzustellen. Angesichts dieses Zieles kann jede Anstrengung nur unvollständig und Versuch sein. Dennoch meine ich: Mit dem Konzept Eisenman II treffen wir eine sehr gute Wahl.

Herr Diepgen, wenn sich das Hohe Haus hierfür entscheidet, erwarte ich, daß sich das Land Berlin konstruktiv gegenüber den Beschlüssen des Deutschen (D) Bundestages verhält und wir keinen kleinlichen Streit um Verfahren und Institutionen haben, sondern diesen Beschluß gemeinsam konstruktiv umsetzen; denn alles andere wird weder in der Gesellschaft noch im Ausland verstanden werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der PDS)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms: Als nächster Redner hat das Wort der Kollege Hans-Joachim Otto.

Hans-Joachim Otto (Frankfurt) (F.D.P.): Herr Kollege Beck, Sie haben eine wirklich gute Rede gehalten. Ich verstehe nur nach Ihrer Rede noch weniger, warum Sie nicht konsequent an dem Entwurf Peter Eisenmans ohne jede Ergänzung festgehalten haben.

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der PDS)

Meine Damen und Herren, dieses eindrucksvolle **Stelenfeld Peter Eisenmans** ohne Ergänzung ist die authentische Entscheidungsalternative, weil es aus einem zehnjährigen intensiven öffentlichen Disput hervorgegangen und klarer Sieger eines zweistufigen Wettbewerbsverfahrens ist. Selten zuvor hat es ein Votum eines Wissenschaftlers gegeben, das sich so eindeutig

Hans-Joachim Otto (Frankfurt)

(A) für einen künstlerischen Entwurf ausspricht wie das des Vorsitzenden der Findungskommission, des weltweit anerkannten Professors James Young. Zitat: „Ich befürworte enthusiastisch diesen Vorschlag Peter Eisenmans …“ Ich füge hinzu: Professor Young hat mehrfach darauf hingewiesen, daß er den Entwurf Peter Eisenmans ohne jede Modifikation befürwortet.

Nicht nur von den Wissenschaftlern in der Findungskommission, sondern auch von der Kulturkritik ist dieser Entwurf begeistert aufgenommen worden. So schrieb etwa Heinrich Wefing in der „FAZ“:

> Den reduzierten Entwurf Eisenman II weiterhin beliebig oder monumental zu nennen, wie Diepgen es tut,

– auch heute wieder –

> ist nachgerade fahrlässig. Im Gegenteil. Eisenmans Monument ist nach seiner Überarbeitung – von Eisenman I zu Eisenman II – von noch größerer Kraft. Es ist raffiniert in den urbanen Kontext verwoben. Es verunsichert, ohne zu verstören, und es spricht vernehmlich, ohne zu belehren.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, es ist schon bemerkenswert, welchen Verlauf die Debatte zum Mahnmal trotz dieser glasklaren Empfehlung genommen hat. Der Vorschlag von **Richard Schröder** beispielsweise war ein Bestandteil des Wettbewerbsverfahrens. Die Juroren haben ihn verworfen. Ich hielte es nicht nur aus formalen Gründen für sehr problematisch, wenn wir

(B) das Wettbewerbsergebnis mit schlanker Hand beiseite schöben.

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der SPD, der CDU/CSU und der PDS)

Ich frage mich im übrigen: Wie soll denn dieses Schrödersche Mahnmal später aussehen? Es ist zwar durchaus legitim, eine Mahnung in Form des Mordverbotes zu fordern; als einzige Gestaltungsvorgabe für ein nationales Denkmal erscheint mir das aber mehr als dürftig.

Ich lehne aber auch die Forderung ab, das Stelenfeld von Peter Eisenman um einen „Ort der Information“ oder, wie Michael Naumann es vor einigen Tagen formulierte, um ein „Ausstellungshaus der Erinnerung“ zu ergänzen. Was konkret und wo soll dort ergänzt werden?

Lieber Volker Beck, das ist kein Kompromiß. Das ist eine Blankovollmacht. All das, was Sie gerade gesagt haben – keine Beeinträchtigung des architektonischen Konzepts –, steht nicht in der Beschlußvorlage des Kulturausschusses.

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der PDS)

Herr Kollege Beck, nach den eigenen Angaben von Herrn Dr. Naumann erzwingt die von Ihnen geforderte **Ergänzung** eine Beschneidung des Mahnmals um fast 1 000 Stelen. Deutlicher kann es doch nicht werden:

(C) Hier besteht die Gefahr, daß das Stelenfeld zum Anhängsel eines Ausstellungshauses wird.

(Beifall bei Abgeordneten der F.D.P. und der CDU/CSU)

Zweifellos handelt es sich bei Eisenmans Entwurf um ein Kunstwerk. Jede Ergänzung eines Kunstwerks führt zu einer Manipulation der künstlerischen Aussage. Wir wollen ein Mahnmal, nicht eine „Mehrzweckhalle der Betroffenheit“, wie es Peter Iden bissig formulierte.

Das Stelenfeld Eisenmans spricht für sich. Es verleiht in besonders ausdrucksstarker Art dem Gedenken und Mahnen eine ästhetische Form, die nicht durch volkspädagogische Zusatzbauten, gleich welcher Art, erschlagen werden darf.

Die Vorstellung, ohne eine Informationsstätte seien die künftigen Besucher alleingelassen, ist ein Mißtrauensvotum, ein ungerechtfertigtes zumal. Jeder Besucher wird seine eigene Annäherung zu diesem Denkmal, aber vor allem zum Thema Holocaust suchen müssen. Das können wir ihm nicht abnehmen, das wollen wir ihm nicht abnehmen, aber das müssen wir ihm auch nicht abnehmen.

(Beifall des Abg. Dirk Niebel [F.D.P.])

Wer beispielsweise das Vietnam-Memorial in Washington besucht, ist gerade deshalb ergriffen, weil man dort auf jede Belehrung verzichtet hat. Wer die Fähigkeit der Besucher zu einer solchen individuellen Form des Gedenkens in Zweifel zieht, der stellt das Denkmal als solches in Frage.

(D) Zur Information und didaktischen Vertiefung hinsichtlich des Holocausts gibt es gerade in Berlin an authentischen Orten ausreichend Gelegenheit. Viele Kollegen haben bereits darauf hingewiesen. Wer die solitäre Wirkung des Denkmalentwurfs bezweifelt und nach ergänzender Belehrung ruft, der mißtraut im übrigen nicht nur der Fähigkeit der Menschen zum Gedenken, sondern auch der Kraft der Ästhetik. Wir sollten das nicht tun. Wir sollten vielmehr auf die Wirkungskraft dieses großartigen Konzepts von Eisenman setzen. Heinrich Wefing hat völlig recht:

> Eisenmans Entwurf straft alle Reden Lügen, Kunst und Kultur seien außerstande, dem Gedächtnis Gestalt zu geben. Eisenmans Mahnmal ist der Triumph der Kunst über den Kleinmut.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben es nun in der Hand, heute diesen Triumph der Kunst über den Kleinmut zu besiegeln. Haben Sie den Mut, setzen Sie ein Zeichen für die Zukunft, stimmen Sie für Eisenman pur!

Vielen Dank.

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der PDS)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms: Als nächste Rednerin hat die Kollegin Petra Pau das Wort.

(V o r s i t z : Vizepräsident Rudolf Seiters)

(A)

Petra Pau (PDS): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Postberge können sich ja manchmal so hoch auftürmen, daß sie zur Mühsal werden. In diesem Fall waren mir die vielen Argumente mit allem Für und Wider, die vielen Modelle und alles, was uns ansonsten zu diesem Thema in den letzten Tagen, ja sogar Stunden noch erreichte, ein Gewinn. Hunderte **Briefe** zeigten mir, wie sehr diese Debatte in der Gesellschaft verankert ist. Auch wenn sie nicht repräsentativ sind, so bezeugen sie doch ein breites Engagement für ein Holocaust-Denkmal, gerade auch die aus Berlin, Herr Regierender Bürgermeister.

Meine Fürsprache verstehe ich nicht nur als Werbung für ein Holocaust-Denkmal, ich werbe hier für die Vervollständigung eines **Netzwerkes des Erinnerns und des Mahnens.** Dazu gehören die authentischen Orte des Verbrechens wie Sachsenhausen oder Auschwitz ebenso wie Museen, die Ausstellung „Topographie des Terrors" oder das Haus der Wannsee-Konferenz in Berlin. Sie alle dürfen nicht gegeneinandergestellt werden, sie alle haben ihre spezifische Aufgabe, sie müssen und können sich ergänzen. Zu diesem Netzwerk gehört auch, endlich die Opfer und Zwangsarbeiter zu entschädigen.

(Beifall bei der PDS sowie bei Abgeordneten der SPD)

Das Holocaust-Denkmal hat eine spezifische Aufgabe, solange wir an einem Grundgedanken festhalten. Es geht um ein deutsches Mahnmal für die ermordeten Jüdinnen und Juden Europas.

(B)

Ich, liebe Kolleginnen und Kollegen, gehöre einer Generation an, die weder das sogenannte Dritte Reich noch den zweiten Weltkrieg, noch den Holocaust erleben mußte. Aber es gehört auch zu meinem Lebenssinn, zu tun, was ich vermag, damit sich derartige Verbrechen nie wiederholen. Gerade deshalb habe ich wenig Verständnis für alle, die meinen, man müßte uns oder nachfolgenden Generationen mit **pädagogischem Beiwerk** klarmachen, welchen Sinn und Hintergrund ein Holocaust-Denkmal habe. Das hat eher den Beigeschmack, prophylaktisch Unmündigkeit beseitigen zu wollen.

(Beifall bei der PDS und der F.D.P.)

Wer in diesen Tagen nach Berlin kommt, kann das vorgesehene **Areal** besichtigen. Es ist umzäunt, und an der Bretterwand finden sich mahnende Plakate, zahlreiche Zeitungsartikel und inzwischen auch Briefe zur Mahnmal-Debatte. Wer dort nur ein wenig verweilt, wird vielleicht dann aus eigener Anschauung meiner Meinung zustimmen können: Die elfjährige Debatte ist Bestandteil des Denkmals, aber sie ersetzt es nicht.

(Beifall bei der PDS sowie bei Abgeordneten der F.D.P.)

Auch ein anderer Vorschlag, den ich dieser Tage las, ist für mich nicht akzeptabel: die derzeitige Brache zum Mahnmal zu erklären. Das würde von einer Brache in uns, den Nachgeborenen, zeugen, nicht aber davon, daß wir unsere Lehren aus einem in der Geschichte einzigartigen Verbrechen gezogen haben.

(Zustimmung bei der PDS)

(C)

Die Gefahr, Herr Diepgen, daß dieses Mahnmal beschmiert wird, zeigt mir zumindest in besonderer Weise, wie notwendig es gerade heute und jetzt ist.

(Beifall bei der PDS sowie bei Abgeordneten der SPD, der CDU/CSU, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der F.D.P.)

Ich hätte mir gewünscht, der Bundestag entscheidet heute grundsätzlich und findet die Größe, Fragen der **künstlerisch-ästhetischen Ausgestaltung** jenen zu überlassen, die dazu berufener sind. Aber wenn wir uns schon damit befassen, dann bitte mit der notwendigen Sensibilität und nicht mit oberflächlicher Denunziation.

Ich verstehe die zum Teil grobklötzige Verdammung des **Eisenman-Entwurfs** beim besten Willen nicht. Er ist für mich weder die Betonisierung der Schande noch monumental und schon gar nicht beliebig. Das wird spätestens dann erfahrbar, und zwar ganz individuell, wenn sich Mann oder Frau in das Mahnmal hineinbegeben. Nicht vordergründige Symbolik ist das Entscheidende des Eisenman-Entwurfs, sondern der künstlerische Versuch, alle, die sich auf ihn einlassen, aus dem gewohnt gefährlichen Gleichgewicht zu entlassen und den Fragen an sich selbst zu überlassen.

Es gibt viele gute Gründe, heute zu entscheiden, nicht nur den, daß die Argumente ausgetauscht sind. Es gibt nicht d a s Konzept und d e n Konsens; denn dann wäre es kein Denkmal und kein Mahnmal. Lassen Sie uns heute entscheiden. Lassen Sie uns noch in diesem Jahrhundert den Grundstein legen. Der 27. Januar des Jahres 2000 wäre ein denkwürdiges Datum.

(D)

(Beifall bei der PDS sowie bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der F.D.P.)

Vizepräsident Rudolf Seiters: Ich gebe nunmehr Frau Senatorin Annette Fugmann-Heesing das Wort.

Dr. Annette Fugmann-Heesing, Senatorin (Berlin): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit der heutigen Debatte dieses Hohen Hauses über das Denkmal für die ermordeten Juden Europas ist die politisch angemessene Ebene für die notwendigen Entscheidungen erreicht worden. Das Projekt sprengt die kommunal- und die landespolitische Dimension.

Das **Abgeordnetenhaus von Berlin** hatte sich dafür ausgesprochen, daß im Zentrum Berlins ein solches Denkmal errichtet wird. Es sollte Ort des Gedenkens und der Mahnung sein. Das Abgeordnetenhaus hat den Deutschen Bundestag zu einer Entscheidung aufgefordert. Der **Senat von Berlin** selbst hat im vorausgegangenen Wettbewerbsverfahren kein Votum für einen Entwurf abgegeben.

Es gibt in Berlin einen breiten Konsens für die Absicht, ein Mahnmal zu errichten. Das ist das Ergebnis einer mehr als **zehnjährigen Diskussion,** die unübersehbar nicht nur in Berlin geführt worden ist. Es gibt allerdings weiterhin eine Kluft, die nicht zu überwinden war, die aber auch die Vergangenheitsbewältigung der ge-

Senatorin Dr. Annette Fugmann-Heesing (Berlin)

samten Bundesrepublik Deutschland geprägt hat: Seit Ende des Krieges mußte ein offenlegender Umgang mit den Verbrechen der Vergangenheit gegen die durchaus nachvollziehbare Absicht durchgesetzt werden, Wunden zu heilen, Provokationen zu vermeiden. Letztlich war in Berlin nicht zu klären: Verweisen wir in der Gestalt des Denkmals auf die offene Wunde unserer Vergangenheit, um sie produktiv zu verarbeiten, oder setzen wir nach 50 Jahren einen Schlußstein, der sich mit größtmöglicher Akzeptanz in die Stadt integriert?

Nicht die Akzeptanz des Bauwerks ist das Entscheidende, sondern der politische Wille der Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik, ein **Zeichen der Trauer, der Scham und der Mahnung** an künftige Generationen zu setzen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der PDS)

Diesem Willen der Nachfahren der Täter Ausdruck zu geben, dafür haben wir ein demokratisches Mehrheitsprinzip. Ich hoffe, daß hier ein Konsens jenseits der traditionellen Parteigrenzen erreichbar ist.

In Berlin wird der Vergangenheit auf vielfältige Weise gedacht. Es gibt das Haus der **Wannsee-Konferenz;** es gibt das **Jüdische Museum** von Daniel Libeskind; es gibt die **Stiftung „Topographie des Terrors“,** die im Zentrum Berlins dokumentiert, informiert, Erinnerung wachhält. Besonders eindrucksvoll sind auch in meinem Wohnviertel in Schöneberg die **„Orte des Erinnerns“** von Renata Stich und Frieder Schmock, die, über viele Straßenzüge verteilt, den durch die Nürnberger Rassegesetze in den Alltag eingeführten Naziterror vor Augen führen.

Doch was es in Berlin, der Hauptstadt der Bundesrepublik, bisher nicht gibt, ist ein Denkmal, das die Nachfahren der Täter den ermordeten Juden Europas setzen: ein Denkmal, das unsere Trauer, Scham und Verzweiflung ausdrückt und auslöst, das wir bewußt am Ort von Regierung und Parlament als Mahnmal und als Zeichen der friedlichen Absicht errichten. Kein Zeitpunkt ist dafür günstiger als der der vollen Aufnahme der Hauptstadtfunktion durch Berlin. Deshalb ist es richtig, die Entscheidung jetzt zu treffen und sie ohne Verzögerung umzusetzen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der F.D.P. und der PDS)

Aus dieser Zielsetzung ergeben sich Schlußfolgerungen für die Gestaltung des Denkmals. Es geht nicht um einen authentischen Ort des Verbrechens, der das Denkmal zusätzlich legitimiert. Es wäre fehl am Platze an einem einzelnen Ort der Verbrecher. Deshalb wurde der Standort „Topographie des Terrors“ verworfen. Wir, die Nachfahren der Täter, sind der Absender. Deshalb verbietet sich eine Botschaft in hebräischer Sprache: „Du sollst nicht morden.“

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der F.D.P.)

Der Vorschlag von **Richard Schröder** ist da mißverständlich. Gerade Ihr Wunsch nach einfacher Verständlichkeit, Herr Diepgen, ist mit einem solchen Vorschlag nicht erfüllt. Richard Schröders Vorschlag läuft Gefahr, mit der Erinnerung an die gemeinsame religiöse Wurzel von Christen und Juden den Opfern zu nahe zu treten. Sie muß man weder erinnern noch ermahnen, schon gar nicht im Land der Täter.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der F.D.P. und der PDS)

Auch unterschlägt der moralische Satz in seiner Allgemeinheit die politische Dimension der speziellen Täterschaft.

Der Entwurf von **Peter Eisenman** hat die Radikalität eines großen Kunstwerkes. Es verzichtet auf jeden Anschein falscher Versöhnlichkeit. Das Bauwerk ist groß und unüberschaubar, es wirkt auf den Betrachter entgrenzend und läßt ihn mit sich allein in der Gleichzeitigkeit von Gegenwart und Erinnerung. Es gibt keine gegenständliche Repräsentanz des Holocaust, die uns gehört. Deshalb müssen wir auf Gegenstände verzichten und ein reines Zeichen setzen. Peter Eisenman hat ein solches entworfen.

Ich kann den Vorwurf der Monumentalität, der auch hier wieder erhoben wurde, nicht nachvollziehen. Er ist diffamierend und relativiert sich auch in der konkreten Umgebung. Mitglieder dieses Hauses hatten kürzlich selbst Gelegenheit, von den Hochhäusern des Potsdamer Platzes auf das vorgesehene Gelände zu schauen. Ist es nicht gerade die Ausdehnung an zentralem Ort, die das Denkmal unübersehbar und unumgehbar und die damit die Auseinandersetzung unausweichlich macht?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der F.D.P.)

Das Denkmal wird auch provozieren. Aber die **Sorge vor Schmierereien** darf nicht die demokratische Entscheidung in dieser Frage beeinflussen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der F.D.P. und der PDS)

Es ist die Aufgabe unserer demokratischen Gesellschaft, sich dieser möglichen Angriffe zu erwehren und sie nicht aus Sorge zu Entscheidungsgründen zu machen.

(Zuruf von der PDS: Sehr richtig!)

Zum Schluß möchte ich ein Dankeschön aussprechen: Ohne die Zähigkeit von Frau **Lea Rosh** ständen wir heute nicht vor dieser Entscheidung.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der F.D.P. und der PDS sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ihre Courage hat manche politische Unentschiedenheit erträglich gemacht.

Meine Damen und Herren, Berlin wird die Entscheidung des Deutschen Bundestages für dieses Projekt in

Senatorin Dr. Annette Fugmann-Heesing (Berlin)

(A) der Hauptstadt akzeptieren und mit ihm in Würde bei der Realisierung zusammenarbeiten.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der F.D.P. und der PDS)

Vizepräsident Rudolf Seiters: Als nächste Rednerin spricht nunmehr Frau Kollegin Professor Dr. Rita Süssmuth.

Dr. Rita Süssmuth (CDU/CSU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Entscheidung, die wir heute im Deutschen Bundestag treffen, ist Teil eines Erinnerungs- und Gedenkprozesses. Sie ist aber auch Teil eines **Entwicklungsprozesses,** der heute mit der Entscheidung in bezug auf das Denkmal beendet wird; dies trifft jedoch nicht auf den Erinnerungsprozeß zu.

An den Anfang meiner Rede möchte ich stellen, daß die Aufarbeitung der Erinnerung in Deutschland uns Deutschen weit mehr Chancen gebracht hat, stark statt schwach zu werden. Daß wir nach mehr als 50 Jahren diese Entscheidung treffen, hat natürlich mit dem **Erinnerungsprozeß** zu tun. Ich verweise aber darauf, daß viele Denkmäler schon entstanden sind, bevor über ein Denkmal in Berlin nachgedacht wurde. Es ist zwar nur ein Versuch, das fast nicht Ausdrückbare auszudrücken. Aber es waren viele Menschen in vielen Gemeinden, an vielen Orten, die diese Anstrengung dennoch gewagt und ihr Ausdruck verliehen haben.

(B) (Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der F.D.P.)

Deshalb sollten wir uns in Berlin nicht dieser Anstrengung verschließen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Hier geht es nie um Perfektion. Es wird oft gefragt: Ist das angemessen? Angemessen ist vielmehr die Frage: In welchem Maße werden wir dieser Aufgabe gerecht? Die Wortwahl ist hier ganz wichtig.

Ich möchte all denen danken, die vor uns in diesem Bereich jahrelang Arbeit geleistet haben. Es war diese Initiative, der das Land Berlin und auch der Bund beigetreten sind.

Daß wir über die **Neue Wache** nicht im Parlament entschieden haben, war keine schlechte Entscheidung. Aber ich sage heute: Es hat keine Einigung gegeben. Ich empfinde es aber als große Chance, daß wir als Deutscher Bundestag heute diese Entscheidung treffen können.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der F.D.P.)

Es ist kein Mahnmal der Schande. Es geht heute um eine Entscheidung der Vertreter und Vertreterinnen der Deutschen, ein Mahnmal an zentraler Stelle – die Gründe sind eben schon genannt worden – zu errichten. Dies erfolgt im übrigen nicht nur auf Grund der Erinnerung.

Ich nenne hier, was die Initiative bewirken will, nämlich ein Zweifaches: Erstens. Der Opfer soll in Würde gedacht werden; sie sollen geehrt werden. Es geht um die **Wiederherstellung der Würde** – soweit man das überhaupt kann –, die den Opfern zu nehmen versucht wurde. Es ist wichtig, diesen Aspekt in das Erinnern und Gedenken einzubinden. (C)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die Würde dieser Menschen muß in dem Maße, wie es uns möglich ist, wiederhergestellt werden.

Zweitens. Wenn wir an den Völkermord erinnern und dieses Erinnern im Rahmen unserer Möglichkeiten für die Zukunft sichern wollen, dann müssen wir uns doch die Frage stellen lassen – diese hat uns in allen Kolloquien beschäftigt –: Wie haltet ihr es mit den **anderen Opfern?** Niemand bestreitet die Singularität des Völkermordes an den Juden, und nicht nur des Mordens, sondern auch der damit einhergehenden Verfolgung. Das gilt auch für alle anderen Opfer, ob religiös, politisch, homosexuell oder behindert. Wir alle schließen sie in unser Gedenken ein.

Angesichts der Briefe, die wir immer wieder von Sinti und Roma – zu Recht – erhalten, möchte ich mit Simon Wiesenthal sagen: Sie sind genauso ein Opfer des Völkermordes. Das kann nicht mit all dem, was in der Vergangenheit versucht worden ist, relativiert werden.

(Beifall im ganzen Hause)

Auch wenn wir uns heute nicht darauf einigen können, dem Anliegen dieser Gruppen zu entsprechen – so scheint es nach dem Verlauf der bisherigen Debatte zu sein –, möchte ich sagen: Wir haben die Verantwortung, unser Versprechen einzulösen, ihnen gerecht zu werden. Ich bin – diesen Standpunkt habe ich auch in allen Kolloquien vertreten – gegen eine Hierarchisierung der Opfer. Die heutige Entscheidung ist keine Aussage über eine Hierarchisierung. Daran müssen wir denken. (D)

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der SPD und der PDS)

Lassen Sie mich kurz begründen, warum ich mit den Antragstellern für den **Eisenman-Entwurf** bin. Die Entscheidung für den Eisenman-Entwurf, der unter anderen ausgewählt wurde, macht für mich deutlich, daß der Deutsche Bundestag nicht über Kunst entscheidet. Er kann zwar über Kunst streiten, aber nicht über sie entscheiden. Das gilt auch für die Zukunft. Wenn wir das nicht beherzigen, könnten wir uns sehr schnell der Verfahrensweise in Diktaturen annähern.

Ich wehre mich entschieden gegen den Vorwurf, daß das Eisenman-Denkmal monumentalistisch sei. Die künstlerische Gestaltung ist Sache Eisenmans. Es geht um Eindringlichkeit und um Zukunftsoffenheit. Wir entscheiden nicht darüber, wie nachfolgende Generationen gedenken wollen.

Ich möchte Herrn Roth, der gerade nicht da ist, für die Art und Weise danken, in der er als Vertreter der jungen Generation zu dieser Frage Stellung genommen hat.

(Beifall im ganzen Hause)

Dr. Rita Süssmuth

(A) Angesichts der Tatsache, daß uns im Kulturausschuß – leider – manches nicht gelungen ist, wiederhole ich: Wer meint, daß die Kunst keine eigene Formsprache sei, der muß sich fragen, was dann Musik, die bildenden Künste und die Sprache für sich allein genommen überhaupt noch aussagen können, ob sie dann nicht ständig einer Ergänzung bedürfen. Man muß die **Pluralität der Ausdrucksformen** anerkennen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der PDS)

Eisenman möchte mit seinem Entwurf das Ausmaß des Verbrechens den Menschen deutlich machen. Auch wenn die Frage der Einfachheit, Verständlichkeit und Schlichtheit eines Mahnmals wichtig ist, muß ich feststellen, daß auch für Schröder – wir würden ihm unrecht tun, wenn wir ihm das absprechen würden; er hat seinen Standpunkt gegenüber unserer Fraktion dargelegt – die Frage im Vordergrund steht, wie die Einzigartigkeit des Mordens, des Verbrechens und der Verfolgung dokumentiert werden soll. Diese Frage ist völlig offen. Es müßte eine neue Ausschreibung geben.

Herr Beck hat recht, wenn er darauf hinweist, daß es nicht nur um das Gedenken an das Morden, sondern auch um die Verfolgung gehe, daß für ihn die Aussage des Mahnmals zu mißverständlich sei und daß sie zuwenig der Ungeheuerlichkeit des **Zivilisationsbruchs** angemessen sei.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der F.D.P. und der PDS)

(B) Ich sage abschließend: Wir hätten uns im Kulturausschuß einigen können, wenn die Debatte nicht weiter um die Frage gegangen wäre – heute morgen ist das klargestellt worden –, was man eigentlich will. Herr Staatsminister, wenn Sie nach wie vor an Ihrer Aussage gegenüber unserer Fraktion festhalten, nämlich daß Sie eine Archivstelle, ein Dokumentationszentrum für die Shoa und ein **Völkermordfrühwarnsystem** wollen, dann muß ich Ihnen sagen, daß das nicht der Absicht derjenigen entspricht, die von uns ein Mahnmal gefordert haben, das seine eigene Ausdrucksform hat.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der PDS)

Wir wissen sehr wohl, daß ein Denkmal nicht geschichtliche Aufklärung und das Gedenken ersetzen kann. Aber Berlin ist wie seine Umgebung wirklich voll von Orten, an denen dies geleistet wird. Deswegen muß es auch in der Inschrift des Mahnmals Hinweise auf diese Orte, auf die „Topographie des Terrors“ bis hin auf die Konzentrationslager Bergen-Belsen und Sachsenhausen geben.

Wir brauchen die **Stiftung,** damit das, was noch immer unklar ist, dort geklärt werden kann. Ich sage im Namen aller: Dies ist der richtige Zeitpunkt, um ein politisches Zeichen in der Mitte Berlins zu setzen, das den Opfern gerecht wird. Daran muß man denken.

(Beifall im ganzen Hause)

(C) **Vizepräsident Rudolf Seiters:** Als nächster Redner spricht der Kollege Christian Simmert.

Christian Simmert (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Für einige junge Kolleginnen und Kollegen, so auch für mich, war und ist – wie der Kollege Roth das vorhin beschrieben hat – klar: Es steht in unserer Verantwortung, die Perspektive junger Menschen in die Debatte einzubringen. Deshalb haben sich Andrea Nahles, Simone Violka, Michael Roth, Dietmar Nietan und ich uns im letzten Monat auf den Weg nach **Israel** gemacht. Dort ging es uns nicht nur um Gespräche über das Mahnmal, sondern um mehr. Es ging und geht darum, wie wir als Teil der jungen Generation unseren Umgang mit der deutschen Verantwortung und Vergangenheit gestalten werden.

Wir, die junge Generation, haben keine eigenen Erinnerungen an den Nationalsozialismus; wir haben aber noch die Möglichkeit, mit **Zeitzeuginnen und Zeitzeugen** zu sprechen. Das wird für die nachfolgenden Generationen ganz anders sein. Vor diesem Hintergrund bekommen das Mahnmal, aber auch der Erhalt aller anderen Gedenkstätten eine wertvolle Bedeutung. Deshalb ist es wichtig, die Erinnerungsarbeit auf ganz andere Füße zu stellen. Denn jede Generation muß für sich den Umgang mit dem Holocaust neu klären. Sie muß Fragen stellen dürfen; sie muß ihre eigene Form des Umgangs mit dem Holocaust finden. Während sich die 68er-Generation an der Generation ihrer Väter, die direkt Schuld am Holocaust trug, abgearbeitet hat, stellen sich meiner Generation neue Aufgaben. Entscheidend dafür (D) ist, daß das Mahnmal, über das wir heute entscheiden werden, nicht das letzte Kapitel der Auseinandersetzung mit dem Holocaust, sondern ein neuer Anfang ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Auf unserer Reise haben wir die Erfahrung gemacht, daß in Israel viele Shoa-Überlebende sehr offen dafür waren, mit jungen Deutschen der dritten Generation ins Gespräch zu kommen. Wir haben von ihnen viel gelernt. Ich möchte mich dafür – auch im Namen meiner Kolleginnen und Kollegen – heute bedanken. Wir haben lernen müssen, daß es uns sehr schwerfällt, das auszudrükken, was wir angesichts des Holocausts und der Begegnung mit Überlebenden empfinden. Begriffe wie „Schuld“ und „Verantwortung“ alleine können unsere Gefühle nicht fassen. Eine Sprache ist aber wichtig, um unseren Teil der Verantwortung leisten zu können. Die Menschen, die wir getroffen haben, haben uns aufgefordert, die Verantwortung dafür zu übernehmen, den Holocaust endlich als einen festen Teil unserer **deutschen Identität** zu begreifen. Auch dazu muß das Mahnmal beitragen. Dafür ist ein Durchbrechen unserer Sprachunfähigkeit notwendig. Das ist vor allen Dingen eine Aufgabe der jungen Generation.

Meine Generation muß sich in die Auseinandersetzungen einmischen. Meine Generation muß ihre Form des Ausdrucks finden und in den **Dialog** eintreten: den Dialog mit jüdischen Gemeinden in Deutschland und Is-

Christian Simmert

(A) rael, mit jungen Migrantinnen und Migranten, mit jungen Menschen aus Polen, Rußland und Tschechien sowie mit jungen Sinti und Roma.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der F.D.P. und der PDS)

„Nie wieder Auschwitz“ ist auch für uns Auftrag und Herausforderung. „Nie wieder Auschwitz“ muß Teil deutscher Identität werden und sein.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, viele Menschen in Israel haben uns gesagt, daß ihnen die Debatte um das Mahnmal und damit auch die **Auseinandersetzung der Deutschen mit ihrer Geschichte** das Allerwichtigste sind. Unter den fünf Abgeordneten unserer Reise waren die Befürworter drei verschiedener Anträge vertreten. Ich selbst habe den Antrag von Volker Beck und anderen unterstützt, da Gedenken und Mahnen für mich im Herzen Berlins am deutlichsten mit anderen Orten des Erinnerns verbunden werden können. Ich spreche mich heute für die veränderte Vorlage des Kulturausschusses aus. Trotzdem steht und stand für uns alle fest: Wir wollen ein Mahnmal, und wir wollen, daß das Mahnmal im Herzen Berlins nicht nur steht, sondern auch lebt. Das bedeutet, den **Jugendaustausch** mit Israel und mit anderen Ländern zu fördern, wie zum Beispiel die Freiwilligenarbeit der Aktion Sühnezeichen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, als einer der Jüngeren hier im Hause sage ich zum Schluß all denen, die mit dem Mahnmal das Buch der Geschichte schließen wollen: Für uns ist das Mahnmal erst der Anfang, das (B) erste Kapitel einer neuen jungen Erinnerungsarbeit und bestimmt kein Schlußstrich.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der F.D.P.)

Vizepräsident Rudolf Seiters: Ich gebe das Wort dem Kollegen Hildebrecht Braun.

Hildebrecht Braun (Augsburg) (F.D.P.): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will Ihnen heute meine Zweifel darüber ausdrücken, ob der von vielen Rednern empfohlene Weg eines neuen zentralen Mahnmals der richtige ist. Zugleich will ich meinen Ihnen vorliegenden Antrag begründen.

Ein Mahnmal soll nachdenklich machen; es soll bei vielen einzelnen Menschen **Denkprozesse** auslösen. Einerseits soll es an das unsägliche Leid von Millionen geschundener und ermordeter Opfer der Nazidiktatur erinnern, insbesondere an das von Juden. Andererseits soll es Menschen dazu auffordern, darüber nachzudenken, wo in unserer Zeit Menschen wegen ihrer Hautfarbe, wegen ihrer Religion, wegen ihrer ethnischen Zugehörigkeit, wegen ihrer sexuellen Orientierung oder aus anderen Gründen ausgegrenzt werden und gefährdet sind. Und gewiß soll ein Mahnmal das Denken darüber anregen, wie sichergestellt werden kann, daß sich Völkermord und Rassenwahn nicht wiederholen.

(C) Natürlich brauchen wir solche Mahnmale. Die Frage aber ist: Brauchen wir ein zentrales, neues, künstlerisch gestaltetes Mahnmal? Ich meine, daß wir viele Mahnmale haben, deren Aussagekraft, deren Authentizität, deren Eindringlichkeit nie von einem künstlerisch gestalteten modernen Mahnmal erreicht werden können – ich meine die Originalstätten des Naziterrors, besonders die **Konzentrationslager** mit ihren vielen Außenstellen.

Unmittelbar nach dem Beginn des Dritten Reiches wurde mit dem Bau des ersten KZs in Dachau begonnen. Seither gehören die Konzentrationslager zu unserem Land, zu unserer oft schrecklichen nationalen Geschichte, zu unserem nationalen Erbe. Die KZs führen in unserem Land allerdings ein Schattendasein. Ich glaube, es soll sogar Politiker geben, die noch nie in einem KZ waren. Franz Josef Strauß weigerte sich gar, mit dem italienischen Staatspräsidenten Sandro Pertini das KZ Flossenbürg zu besuchen, in dem Pertini gelitten hatte.

Warum dann jetzt ein zentrales Mahnmal, welches in seiner künstlerischen Sprache nur einen Teil der Bevölkerung erreicht? Ein Besuch in einem KZ dagegen läßt keinen Menschen unbeeindruckt, mag er nun eher einfach strukturiert oder von großem Abstraktionsvermögen sein. Wird nicht ein neues Mahnmal die Bedeutung anderer Stätten des Erinnerns – wie zum Beispiel die „Topographie des Terrors“ oder auch das Jüdische Museum von Daniel Libeskind in Berlin – relativieren? Ich plädiere nachdrücklich dafür, daß wir die originären Mahnmale des Terrors, also die Konzentrationslager, mehr in das Bewußtsein der Menschen rücken und dafür sorgen, daß unsere **Schülerinnen und Schüler** ab dem Alter, ab dem sie die Dimension des Terrors ermessen (D) können, nach entsprechender Vorbereitung die Konzentrationslager besuchen, dort von exzellenten Mitarbeitern geführt und in ihrem Erleben der Dokumente der Unmenschlichkeit begleitet werden. Hierzu muß nicht nur Geld zur Verfügung gestellt werden, auch die Lehrpläne müsse darauf ausgerichtet werden.

Besonders wichtig erscheint es mir aber, daß wir den 50. Jahrestag unserer Republik zum Anlaß nehmen, eine Investition in die Zukunft zu beschließen, die nicht nur der Verbindung mit Israel und allen Menschen jüdischen Glaubens dienen, sondern zugleich von größter Bedeutung für das Geistesleben in unserem eigenen Land werden wird. Über Jahrhunderte – speziell im 19. Jahrhundert und zu Beginn des 20. Jahrhunderts – haben jüdische Gelehrte nicht nur Wissenschaft und Forschung, sondern insbesondere auch Philosophie und Kunst, also sehr zentrale Bereiche der deutschen Kultur, maßgeblich mitgestaltet und geprägt. Der Holocaust hat Millionen Menschen den Tod gebracht, aber auch das Geistesleben in unserem Land schwer beschädigt.

Laßt uns daran gehen, eine **internationale jüdische Universität in Berlin** zu gründen, die jüdische Kreativität in Deutschland wieder fördert und zu einer Quelle lebendiger Entwicklung in unserem Land machen wird. So können wir nicht nur ein großes Zeichen unserer Verbundenheit mit den Opfern des Naziterrors setzen, sondern zugleich den Juden eine neue geistige Heimat in Deutschland schaffen und unserem Land ein Ge-

(A) schenk machen, dessen Nutznießer noch unsere Enkel sein werden.

Vielen Dank.

Vizepräsident Rudolf Seiters: Es spricht nun der Kollege Heinrich Fink.

Dr. Heinrich Fink (PDS): Sehr verehrter Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Die Lyrikerin Nelly Sachs und der Lyriker Paul Celan haben als Überlebende ihre Gedichte den Wolkenmassengräbern als Grabsteine gesetzt. Nelly Sachs:

> Die Schornsteine auf den sinnreich erdachten Wohnungen des Todes,
>
> als Israels Leib zog aufgelöst in Rauch durch die Luft,
>
> wer erdachte euch und baute Stein auf Stein den Weg für Flüchtlinge in Rauch?

Es ist wohl einfacher, überlebende Dichter mit dem Friedenspreis des Deutschen Buchhandels und dem Nobelpreis zu ehren, als den Millionen im Wolkenmassengrab ein Denkmal auf deutscher Erde zu setzen.

Die Logistik der technisch perfekten „Endlösung“ der Judenfrage bleibt wohl das dunkelste Kapitel der deutschen Geschichte. Deshalb brauchen wir in unserer Hauptstadt einen Ort ehrenden Gedenkens für die Juden, denen das Lebensrecht in juristischer Akribie zuerst eingeschränkt und dann überhaupt bestritten wurde.

(B)

In der Beschlußerklärung des Ausschusses für Kultur und Medien sind drei Vorschläge genannt. Einer davon ist seit 1993 von der jeweiligen Jury schon zweimal mit absoluter Mehrheit abgelehnt worden. Es geht um das Zitat aus dem fünften Gebot „Du sollst nicht morden!“ auf Hebräisch. Er ist nun zum drittenmal in die Diskussion gebracht worden. Ich sehe in diesem Vorschlag einen fatalen Denkfehler. Wenn schon, dann müßte „Du sollst nicht morden!“, wenn auch verspätet, an alle Kirchentüren geschrieben werden. Denn in Deutschland hatte das **fünfte Gebot** weder in Friedens- noch in Kriegszeiten eine verbindliche biblische Autorität. Das bald beendete zweite Jahrtausend war im christlichen Abendland Jahrhundert für Jahrhundert blutig gezeichnet: durch Judenhaß, durch Judenvertreibung, angezettelte Pogrome. Und schon im 19. Jahrhundert gab es antisemitische Lehrer an meiner Berliner Universität. Der verheerend folgenschwere Satz „Die Juden sind unser Unglück!“ stammt von dem prominenten Historiker Heinrich von Treitschke.

Darum bitte ich Sie, dem **Entwurf Eisenman II** – ohne Ergänzung – zuzustimmen. Dieser Entwurf ist für mich eine stumme, starke Herausforderung zum ehrenden Gedenken an die ermordeten Juden Europas. Dieses Kunstwerk wirkt durch sich selbst, durch seine eigene Art des Ausdrucks – ohne zusätzliche Verbalisierung.

Danke.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsident Rudolf Seiters: Als nächste Rednerin spricht nun die Kollegin Dr. Leonhard. (C)

Dr. Elke Leonhard (SPD): Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! **Willy Brandt,** Bundeskanzler, Friedensnobelpreisträger, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der einst selbst in einer unvergessenen Geste ein Zeichen gegen das Vergessen setzte, forderte als Alterspräsident der ersten Sitzung des 12. Deutschen Bundestages im Jahre 1990, der Erinnerung an die ermordeten Juden Europas müsse ein unübersehbarer Ausdruck gegeben werden. Und er fügte hinzu, dies gebiete unsere eigene Würde.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, heute treffen wir die Entscheidung darüber, ob ein Denkmal für die ermordeten Juden Europas in unserer Hauptstadt errichtet werden soll und welche Gestalt es haben wird. Es ist mir zunächst ein aufrichtiges Bedürfnis, all jenen zu danken, die den Anstoß gaben, die Bewußtsein weckten und die – heftigen Angriffen widerstehend – die Erinnerung an die Ermordeten wachhielten.

Mein Dank richtet sich an die Mitglieder des **Förderkreises,** und ich nenne stellvertretend für viele die streitbare Publizistin Lea Rosh.

(Beifall im ganzen Hause)

Zu danken ist aber auch den Wissenschaftlern, den Experten, die in Kolloquien die historische Begründung und ästhetische Ausgestaltung des Denkmals erörtert und damit das Fundament für die heutige Entscheidung gelegt haben. Stellvertretend nenne ich hier Professor Young. (D)

Ich danke den Künstlerinnen und Künstlern, die in zwei Wettbewerben Konzeptionen für ein Denkmal erarbeitet und präsentiert haben, aber auch – das ist heute oft angesprochen worden – jenen Hunderten von Bürgerinnen und Bürgern, die bis in die letzten Tage, ja in die letzten Stunden hinein sehr wach und sensibel ihre Vorstellungen, Modelle und Skizzen für ein Denkmal mir, aber auch, wie ich höre, vielen Kolleginnen und Kollegen des Deutschen Bundestages übergeben haben.

Es ist mir nach den „Vergiftungserscheinungen“ der letzten Woche, wenn Sie mich das so salopp sagen lassen, ein besonderes Bedürfnis, stellvertretend für die gesamte Opposition **Altbundeskanzler Kohl** zu danken, der die Realisierung des Denkmals mit großem Engagement forderte.

(Beifall im ganzen Hause)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Dauer, die Intensität, die Heftigkeit, mit denen die Debatte geführt wurde, sind ein Indiz, daß das Denkmal errichtet werden muß. Willy Brandt, sensibel in der Wahrnehmung und treffend in der Formulierung, sagte:

> In der Kraft der Erinnerung drückt sich der Lebenswille der Demokratie aus.

Mit Entschiedenheit sage ich: Es ist erlaubt, leise oder gemäßigt für oder gegen ein Denkmal zu sein. Aber ich verwahre mich gegen Begriffe wie „Schandmal“,

Dr. Elke Leonhard

(A) „Kranzabwurfstelle“, „Moralkeule“, „fußballfeldgroßer Alptraum“ und „in Beton gegossenes Schuldeingeständnis“.

(Beifall im ganzen Hause)

Das Denkmal ist – integriert in die Gesamtkonzeption gegen das Vergessen, um die es geht – zusammen mit den authentischen Stätten, die Leidensstätten waren und Friedhöfe sind, ein Zeichen, daß die Deutschen, daß wir an der Schwelle zum nächsten Jahrtausend nicht nur in die Rechte unseres großen kulturellen Erbes, in die Tradition – lassen Sie es mich überhöht sagen – der Dichter und Denker eintreten, sondern auch die Pflichten anerkennen und die Verantwortung übernehmen, die sich aus den finstersten Seiten und Zeiten unserer Geschichte ergeben, aus den Ursachen und Verbrechen der nationalsozialistischen Diktatur.

Es ist – das betone ich immer wieder – integriert in die **Gesamtkonzeption gegen das Vergessen** ein Zeichen, daß wir den Willen und die Kraft haben, uns der Verantwortung zu stellen, daß die Demokratie nicht nur staatlicher Rahmen ist, sondern in den Herzen verankert wird.

Das Nicht-Vergessen, das Nicht-verdrängen-Wollen, das Sich-Stellen und das Verantwortung-Übernehmen, Mut und Zivilcourage sind Grundsteine für das „Nie wieder“.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der F.D.P.)

Dieses, verehrte Kolleginnen und Kollegen, und ein (B) starkes Parlament sind Garant für das „Nie wieder“. Und „Nie wieder“ heißt auch – das füge ich hinzu –, nie wieder vom Träger nationaler Souveränität zum verachteten und erbärmlichen Jasager menschenverachtender Systeme zu werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der CDU/CSU, der F.D.P. und der PDS)

„Nur jenes Erinnern ist fruchtbar, das zugleich an das erinnert, was noch zu tun ist“ – diese Worte Ernst Blochs im Zusammenhang mit der heutigen Entscheidung verstehend, sage ich: Es ist noch viel zu tun, zum Beispiel die Erfassung der autoritären Charakterstruktur, die Fähigkeit zu trauern, die Übernahme der Verantwortung.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ein kurzes Wort zur **Widmung:** Das Denkmal wird ganz bewußt jenen gewidmet, deren Vernichtung der Kern der menschenverachtenden Ziele des nationalsozialistischen Terrorregimes war. Der **Antisemitismus** früher Zeit ebnete später Hitler den Weg zur Macht. In der gemeinsten Weise wurde Haß gesät. Antisemitismus, der zur Alltäglichkeit geworden war und jede Sensibilität abgestumpft hatte, konnte sich ab 1933 zu jenem Zivilisationsbruch entwickeln, der uns noch heute unbegreiflich erscheint und der das Bild der Kulturnation Deutschland, das lange so strahlend war, für lange Zeit verdunkelte. Die alltägliche Verletzung der Menschenwürde stumpfte zugleich gegenüber Angriffen auf die Menschenwürde anderer ab.

(C) Nur wenn wir uns erinnern oder vorstellen können, wie im alltäglichen Umgang Menschen ausgegrenzt, verhöhnt, mißachtet, ihrer Existenz beraubt wurden, wie ihre Menschenwürde zunächst allmählich ausgehöhlt, dann völlig vernichtet wurde, nur wenn wir uns konkret bewußt machen, wie Millionen Juden erniedrigt, gefoltert und ermordet wurden, dann können wir erahnen, wie unsere Verantwortung für die Zukunft auszusehen hat.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wissend – ich unterstreiche: wissend –, daß der Holocaust mit künstlerischen Mitteln nicht erfaßt werden kann, will das Denkmal den Genozid an den europäischen Juden nicht abbilden oder nachempfinden. Es will vielmehr jene entsetzliche Leere symbolisieren, die mit der **Auslöschung der jüdischen Kultur** entstanden ist.

Das Denkmalkonzept, das **Peter Eisenman** entworfen hat und für dessen Realisierung ich werbe, ist in seiner provozierenden Unverständlichkeit klarer Ausdruck dafür. Das Denkmal will den Verlust, die Selbstverstümmelung verbildlichen, die Deutschland sich durch die Entwürdigung und Vernichtung jüdischer Mitbürger selbst zufügte und unter der es noch heute leidet.

Es will mitten in Berlin das Wegsehen verhindern, indem es zum Hinsehen zwingt. Dieses Hinsehen, verehrte Kolleginnen und Kollegen, muß provozieren. Die Würde des vernunftbetonten Menschen liegt darin, daß er eingesteht, daß er versteht, was geschehen ist. Jede Generation trägt eigene Verantwortung. Es ist an uns, zu verhindern, daß Vergleichbares sich je wiederholt. Es ist an uns, ein sichtbares Zeichen zu setzen.

Ich danke Ihnen. (D)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der F.D.P. und der PDS)

Vizepräsident Rudolf Seiters: Es spricht nun die Kollegin Annette Widmann-Mauz.

Annette Widmann-Mauz (CDU/CSU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Welche Form soll das Gedenken haben? Wessen soll gedacht werden? In diesen schwierigen Fragen sind wir uns offenkundig nicht einig. Aber das ist kein Verlust; darin drückt sich die Vielschichtigkeit unserer Gesellschaft aus.

Ausgehend von der Diskussion in der jungen Gruppe der Unionsabgeordneten, habe ich zusammen mit anderen zwei Änderungsanträge eingebracht, und dafür möchte ich heute werben.

Als junge Abgeordnete habe ich lange gezögert, mich in die Diskussion einzubringen. Doch der Versuch, das Leid und den Schmerz nachzuempfinden, bewegt mich so, daß ich mich einbringen will, daß ich etwas beitragen will – nicht allein zur Annäherung an die Opfer, mehr noch für unser Selbstverständnis.

„Auschwitz“ ist ein zentraler Gründungsmythos der Bundesrepublik Deutschland. Die Arbeit an diesem Mythos bewegt jede Generation aufs neue.

Annette Widmann-Mauz

Ich weiß, meine Generation ist nicht schuld an Deportation, Mord und Vernichtung, aber wir fühlen unsere Verantwortung. Deshalb bin ich – als junge Deutsche und als Abgeordnete des Deutschen Bundestages – gerade jetzt, da wir zurück nach Berlin in den Reichstag kommen, für ein Mahnmal in der Mitte Berlins – dort, wo alles begonnen hat, mitten in unserem Land, mitten in unserer Gesellschaft.

Es ist die absolute Sinnlosigkeit, die den Holocaust uns so unbegreiflich und so unerträglich macht. Ein Mahnmal macht dieses nicht erträglicher. Aber bei dem Mahnmal, über das wir heute diskutieren, geht es nicht um Außenwirkung oder gar um eine „Entsorgung" der Vergangenheit. Nein, wir haben mit diesem Mahnmal die Chance, die Auseinandersetzung und den Prozeß der Aneignung für künftige Generationen offen zu halten.

In seiner Unerträglichkeit hat der Holocaust uns dennoch zu dem tragenden Fundament unserer Demokratie geführt: der **Unantastbarkeit der Menschenwürde.** Und genau darum geht es bei diesem Mahnmal.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der F.D.P.)

Über zehn Jahre lang wurde diskutiert. Erst auf den letzten Metern dieser langen Wegstrecke ist der Bundestag ins Spiel gebracht worden. Herausgekommen sind Streitereien, kein breiter Konsens. Lassen Sie uns den begonnenen Weg weitergehen und nicht den **Bundestag** über die künstlerische Ausgestaltung entscheiden! Denn der Bundestag ist keine Kunstkommission, er ist ein politisches Gremium.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Zudem: Warum wollen wir das Mahnmal nicht allen Opfern der nationalsozialistischen Verbrechen widmen? Die Beschlußempfehlung sieht ein „Denkmal für die ermordeten Juden Europas" vor. Das ist richtig, aber nicht hinreichend.

Der Massenmord stand am Ende. Begonnen hat alles viel früher: mit Ausgrenzung und Intoleranz. Und es gibt, wie wir alle wissen, zahlreiche weitere Opfergruppen. Ich will nicht aufzählen, sondern nur beispielhaft nennen: die Juden, die nicht ermordet, aber deportiert und geschändet wurden oder die KZs überlebt haben, die Zwangsarbeiter, die Euthanasie-Opfer, Sinti und Roma, homosexuelle Männer und Frauen – oder etwa die zahlreichen politisch-religiösen Opfer.

Denken wir zum Beispiel an die **Reichstagsabgeordneten:** Franziska Kessel, KPD, Verkäuferin, umgekommen im Zuchthaus Mainz; Ernst Heilmann, SPD, Redakteur, mißhandelt und ermordet im KZ Buchenwald; Eduard Hamm, DDP, Bayerischer Handelsminister, Tod nach Verhör im Gefängnis Berlin, Lehrter Straße; Otto Gerig, Zentrum, Kaufmann, umgekommen im KZ Buchenwald; Eugen Bolz, Zentrum, Württembergischer Staatspräsident, hingerichtet im Zuchthaus Berlin-Plötzensee.

Keine Opfergruppe hat einen Alleinanspruch für dieses Denkmal erhoben. Wir sollten daher auch nicht ein einziges Opfer in unserer Erinnerung an das Verbrechen und in der Mahnung für die Menschenwürde ausschließen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der SPD)

Lassen Sie uns ein Mahnmal für alle Opfer der nationalsozialistischen Verbrechen gegen die Menschlichkeit errichten!

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Rudolf Seiters: Es spricht nun der Kollege Professor Dr. Edzard Schmidt-Jortzig.

Dr. Edzard Schmidt-Jortzig (F.D.P.): Herr Präsident! Meine sehr verehrten, lieben Kolleginnen und Kollegen! Über ein halbes Jahrhundert nach dem Zusammenbruch des NS-Terrors noch mit einem neuen Monument, mit einem neuen Mahnmal, mit einem neuen Denkmal hervorzutreten bedeutet für ein längst wieder in Selbstbewußtsein gekommenes Deutschland eine ganz spezifische, eine ganz besondere Konfiguration.

Deshalb muß und soll dieses Mahnmal neben all dem schon Vorhandenen, namentlich den authentischen Orten des Grauens, etwas ganz Besonderes sein, einen ganz besonderen Sinn haben. Einfach nur eine weitere Aktivität auf dem Feld der Vergangenheitsbewältigung zu entwickeln, lediglich gewissermaßen „l'art pour l'art", das kann nicht die Aufgabe sein.

Deshalb sollten wir hier und heute – das möchte ich für mich ausdrücklich erklären – eine Entscheidung treffen. Wegen des Standortes in Berlin sollte diese Entscheidung unbedingt vor der Rückkehr des deutschen Parlamentes in seine Geschichte, nach Berlin, in dieses großartige Haus mit der Aufschrift „Dem Deutschen Volke" erfolgen. Ein Auf-die-lange-Bank-Schieben wäre für mein Empfinden ebenso unerträglich wie ein halbherziges, konzepteverwässerndes, auf alle möglichen Kompromisse eingehendes Entscheiden.

Ich spreche – das möchte ich wegen der Kürze der mir noch zugemessenen Redezeit gleich am Anfang unmißverständlich sagen – für die Option **Richard Schröder.** Ich tue das als Mitantragsteller. – Im übrigen ist dieser Antrag schon längst eingereicht, aber noch nicht verteilt worden.

(Zurufe von der SPD: Doch, er ist verteilt worden!)

– Wunderbar. – Ich setze mich für diese Option ein, weil es, so glaube ich, bei der Frage eines Mahnmals zur Erinnerung an die Ermordung der Juden in Europa nach 1933 durch den Nationalsozialismus konkret in Deutschland nicht um irgendeine postmoderne Abstraktion und reine Ästhetik geht, sondern um ein affektives Ansprechen der Betrachter. Es kommt darauf an, ein ganz konkretes Gewissen wachzuhalten, und es kommt auf eine wirkliche Botschaft an, die aus dem Holocaust erwachsen kann.

Dr. Edzard Schmidt-Jortzig

(A) Liebe Kolleginnen und Kollegen, es geht um eine Mahnung von Menschen an Menschen. Man muß also auf deren Empfindungen, Gefühle und Einstellungen abstellen. Es geht nicht um eine künstlerische Demonstration per se oder gar um ein Dokument der bleibenden Größe des deutschen Bedauerns und Bereuens. Deshalb ist alles Auftragende, alles Monumentale fehl am Platz. Auch unkonturierte Verunsicherung oder aufgezwungene Beeindruckung sind falsch.

Angemessen erscheint mir allein ein schlichter Ausweis, ein schlichter Obelisk zu sein mit dem ausdrücklichen Gebot: „Du sollst nicht töten!“ oder, authentischer, aus dem Hebräischen übertragen: „Du sollst nicht morden!“ bzw. „Morde nicht!“ Wir wollen doch etwas bewirken. Wir wollen für die Zukunft eine Aussage vermitteln. Aus der Gemeinsamkeit christlich-jüdischer Wurzeln sollte das durchaus sehr selbstbewußt ethisch-normativ angelegt sein.

Deshalb sollten Sie Mut zum Konkreten, zum Nichtaufmacherischen, zum Offenen, zum Auf-die-Menschen-Zugehenden und vor allem zum wirklich Mahnenden haben. Nicht das Spektakuläre, möglichst Aufwendige kann heute richtig sein, sondern das Unmittelbare, das Werthafte, das Schlichte. Das alles erfüllt die Schröder-Alternative: „Du sollst nicht morden!“

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der F.D.P., der SPD, der CDU/CSU und der PDS)

(B) **Vizepräsident Rudolf Seiters:** Ich gebe das Wort der Kollegin Renate Jäger.

Renate Jäger (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mehrfach ist der lange und bewegte Weg bis zur heutigen Entscheidung beschrieben und gewürdigt worden. Ich möchte das deshalb an dieser Stelle nicht wiederholen.

Die Begriffe „Mahnmal“ und „Denkmal“, „Mahnen“ und „Gedenken“ wurden in der Debatte und auch in der Beschlußempfehlung wechselweise gebraucht. Ihre Verwendung wurde oftmals nicht bewußt unterschieden, obwohl sie Unterschiedliches beinhalten. Ein Denkmal sagt: Abel wurde erschlagen. Denkt in Würde an ihn! Ein Mahnmal sagt: Kain erschlug seinen Bruder Abel. Vergeßt das nicht; das ist eine schlimme Tat. Strebt danach, daß Menschen so etwas nicht mehr tun. Handelt verantwortungsvoll.

Beide Wirkungen in ihrer Einheit sollen zum Entstehen lebendiger, engagierter und auch mutiger Verantwortung beitragen, die jedem Ansatz einer Ideologie widersteht, die Naziverbrechen oder Verbrechen ähnlicher Art erneut zulassen könnte. Leider ist sie in rechtsextremen Taten in der Realität vorhanden.

Ich bin der Überzeugung, daß ein rein **opferbezogenes Denkmal** nicht genügt, um hinreichend Anstöße zu tätiger Verantwortung zu geben. Ob es nun eine Ausstellungshalle, eine Bibliothek oder etwas anderes ist: Es besteht immer die Gefahr, daß es als Dublette der authentischen Stätten der Vernichtung, des Jüdischen Museums oder der Shoa-Stiftung empfunden wird. (C)

Auch ein Mahnmal, das durch ein Stelenfeld an einen Friedhof erinnert, geht fehl, weil die Opfer nicht begraben, sondern verbrannt, entsorgt worden sind. Es verharmlost die unermeßlichen Verbrechen. Nicht ein Friedhofsersatz ist geboten, sondern eine Mahnung an die gegenwärtigen und nachgeborenen Deutschen.

Steine sprechen nicht von selbst. Das sehen auch die Kollegen, die einen Ergänzungsbau, welcher Art auch immer, vorgesehen haben. Ebenso kann Monumentalität, wie gewaltig sie auch sein mag, niemals die Ungeheuerlichkeit dieser Naziverbrechen fassen. Monumentalität, wie gewaltig sie auch sein mag, bewirkt nicht automatisch größere Anstöße zu Verantwortung.

Ein rein opferbezogenes Denkmal im Land der Opfer und der Täter ist nicht angebracht. Das Gedenken im Land der Täter muß anderer Art sein als das Gedenken in den Ländern der Geflohenen und Überlebenden. Wir tun deshalb nicht gut daran, uns hierbei an Gedenkstätten in Ländern wie Israel oder den USA zu orientieren. Ein Mahnmal hier bei uns, das gleichermaßen in London, Warschau oder auch in Israel stehen könnte, würde sein Anliegen verfehlen.

Ich plädiere deshalb für ein Denkmal nach dem Vorschlag von Richard Schröder mit einer deutlich ausgesprochenen Mahnung durch ein **Mordverbot.** Das Mordverbot ist erstens deshalb besonders geeignet, weil es sich nicht nur in allen großen Religionen wiederfindet, sondern gleichsam in allen humanistischen Gesellschaftstraditionen verinnerlicht ist. Es ist die Grundbedingung menschlichen Zusammenlebens überhaupt und hat für Christen und alle humanistischen Atheisten gleich hohe Wertigkeit. Der Vorsitzende der Katholischen Bischofskonferenz, der Vorsitzende des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Altbundeskanzler Helmut Schmidt und auch Altbundespräsident Richard von Weizsäcker haben sich dafür ausgesprochen. (D)

Zum zweiten haben die Nazis die Mordgesinnung hoffähig gemacht, ehe sie mit dem Morden begannen. Indem sie zunächst von lebensunwertem Leben und schädlichen Rassen sprachen, haben sie Menschen in nützliche und schädliche eingeteilt, um dann die „Schädlinge“ zu vernichten. Zyklon B, das Gift der Gaskammern, ist als Schädlingsbekämpfungsmittel entwickelt worden, ehe es gegen Menschen eingesetzt wurde.

Herr Gysi, es ist wahr: Morden hat es immer gegeben. Aber das staatlich organisierte Morden, das im Naziregime stattgefunden hat, ist gleichsam der Höhepunkt eines Prozesses und schließt den gesamten Prozeß mit ein. Den Staat, der seit Menschengedenken seine Bürger zu schützen hat, haben die Nazis zum Mörder gemacht. Sie haben staatlich geplant, bürokratisch organisiert und Menschen in industrieller Form gemordet. Sie haben, wie jeder Mörder, ihre Opfer getäuscht, um ihre Verbrechen geheimzuhalten. Sie haben dem staatlichen Morden auch kulturell systematisch den Boden bereitet, indem sie zunächst die Grundrechte der Weimarer Verfassung außer Kraft setzten, indem sie mit der Tradition der Er-

Renate Jäger

(A) klärung der Menschen- und Bürgerrechte von 1789 brachen und indem sie die jüdisch-christliche Moral in vielfacher Form bekämpften und auszumerzen versuchten.

Ein Mahnmal, das eine unmißverständliche **Mahnung** formuliert, vermeidet auch die „Hierarchisierung der Opfer". Es gilt den ermordeten Juden Europas und schließt andere Opfergruppen nicht aus. – Übrigens, Frau Fugmann-Heesing, in der Beschlußempfehlung und im Änderungsantrag ist nicht mehr die Rede von hebräischen Lettern. – Eine klare Mahnung löst eher produktive Gedanken aus als ein wortloses Mahnmal. Sie spricht alle Besucher an, auch diejenigen, die sich mit dem Thema nicht theoretisch beschäftigen, die nicht erst Biographien lesen wollen, die sie auch anderswo finden, oder Symposien besuchen wollen, die in vielen anderen geeigneten Räumen stattfinden könnten.

Ich plädiere für ein Mahnmal, das nicht vorrangig Schuldgefühle weckt, sondern immer wieder Betroffenheit und Empörung über die Verbrechen der Nazizeit. Wir haben heute sehr schöne philosophische und moralisch-ethisch wertvolle Ausführungen gehört. Es muß uns aber auf die tief menschliche und einfache Empfindung ankommen, die in den Worten „So etwas kann man doch nicht mit Menschen tun! So kann man doch mit Menschen nicht umgehen!" gipfelt.

Wenn dann, wie der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde, Andreas Nachama, es vorgeschlagen hat, neben der Mahnung auch noch die authentischen Orte des Verbrechens angeführt werden, kann nach dem Vorschlag von Richard Schröder ein Denkmal entstehen, bei dem Gedenken und Mahnen, Verstand und Gefühl eine Einheit bilden und bei dem keine Opfergruppe ausgeschlossen bleibt.

(B)

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der F.D.P.)

Vizepräsident Rudolf Seiters: Es spricht der Kollege Hartmut Koschyk.

Hartmut Koschyk (CDU/CSU): Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Im seinerzeitigen ersten **Wettbewerbsverfahren** für das Denkmal für die ermordeten Juden Europas befand sich auch ein Entwurf, der den Leitspruch „Du sollst nicht töten" für das Denkmal vorsah. Dieser Vorschlag wurde im ersten Wertungsrundgang von der Wettbewerbsjury vom weiteren Verfahren ausgeschlossen. Wie bei derartigen Wettbewerben üblich, hatten die Preisrichter das Recht, in einem folgenden Wertungsrundgang einen Rückholantrag für einen ausgeschlossenen Entwurf zu stellen. Davon machte unser früherer Bundestagskollege und ehemaliger Bundesminister Dr. Oscar Schneider Gebrauch. Als Jurymitglied befürwortete Oscar Schneider diesen Entwurf und beantragte, ihn wieder in das Verfahren aufzunehmen. Dafür fand sich unter den Preisrichtern keine Mehrheit. Oscar Schneider hat sein Votum damit begründet, daß von dem zu schaffenden Denkmal eine Botschaft an die Menschheit ausgehen müsse.

(C) In der Anhörung des Kulturausschusses zu dem zu schaffenden Mahnmal führte Oscar Schneider aus:

> Der Dekalog ist ein zeitloses Dokument der Religionsgeschichte – für Juden und Christen ein Wort der Offenbarung. Das Gebot „Du sollst nicht morden" begründet ein Lebensrecht für alle Menschen ohne Rücksicht auf Rassen, Hautfarben, Kulturen und Religionen. Dieses Gebot ist ein Grundrecht, ein Schutzrecht gegen alle Massenideologien des 19. und 20. Jahrhunderts. Es entspricht auch den Rechtsprinzipien des Naturrechts. Wer sein Denkmal mit diesem Gebot verbindet, baut es auf dem härtesten Felsengestein der Geschichte.

Zum Stelenentwurf des amerikanischen Architekten Eisenman bemerkte Oscar Schneider kritisch:

> Gigantische Betonstelen aber, die in meinem Sinne Ausdruck von Sprachlosigkeit und Sinnentleerung sind, geben keine Antwort auf die Frage, welchen Schluß künftige Generationen aus dem Holocaust zu ziehen haben.

Ich möchte unserem früheren Kollegen Oscar Schneider Dank für seine Tätigkeit in der Jury sagen und für seine Mitwirkung in den zum Teil äußerst kontroversen Debatten im Rahmen der Kolloquien über Standort und Gestaltung des geplanten Denkmals. Er hat hierbei jederzeit große Kompetenz und Augenmaß, aber auch ein beträchtliches Engagement und innere Anteilnahme gezeigt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der F.D.P.)

(D)

Seine Idee wurde vom Theologen und ehemaligen Vorsitzenden der SPD-Volkskammerfraktion, Professor Richard Schröder, aufgegriffen. Auch **Richard Schröder** befürwortet ein sinnstiftendes, sozusagen sprechendes **Mahnmal,** für das er sich die Anbringung des biblischen Postulates „Nicht morden" in hebräischen Lettern, aber auch in anderen Sprachen vorstellt. Lassen Sie mich noch einmal zu den immer wieder erfolgten Anwürfen, daß sich eine solche Mahnung in hebräischer Sprache an die Opfer und nicht an die Täter wenden würde, sagen: Althebräisch ist die Ursprache der Zehn Gebote, die Sprache der heiligen Schriften des Judentums und eine der drei Kulturquellensprachen Europas, neben Altgriechisch und Latein. Die Opfer des Nationalsozialismus haben zumeist Deutsch, Polnisch, Jiddisch oder andere mittel- und osteuropäische Sprachen, aber nicht Althebräisch gesprochen.

Im übrigen darf nicht verkannt werden – auch darauf sollte man das Augenmerk richten–, daß es dieses biblische Postulat ist, das sich der perversen **Weltanschauung der Nationalsozialisten** am überzeugendsten entgegenstellt. In der Literatur ist eine Unterredung wiedergegeben, in der Adolf Hitler in Gegenwart seines Propagandachefs Goebbels gegen die Zehn Gebote wie folgt polemisiert:

> Dieses teuflische „Du sollst, du sollst!" Und dann dieses törichte „Du sollst nicht"! Das muß endlich aus unserem Blut verschwinden, dieser Fluch vom Berg Sinai.

Hartmut Koschyk

(A) Die beiden christlichen Kirchen in Deutschland haben ihren Widerstand gegen den Nationalsozialismus ganz wesentlich auf das fünfte Gebot „Du sollst nicht morden“ gegründet, als ihnen der Massenmord an den Juden und die Tötung des sogenannten unwerten Lebens, also die Ermordung von Behinderten und unheilbar Kranken, bekannt wurden.

Die Aufforderung „Morde nicht!“ ist für mich die Konsequenz aus dem organisierten Massenmord der Nationalsozialisten an den europäischen Juden und den zahlreichen anderen Opfergruppen. Auch die zentrale Norm unseres Grundgesetzes „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ ist letztlich Ausfluß des alttestamentarischen Mordverbotes, das vom unantastbaren Existenzrecht eines jeden Menschen ausgeht. Diese klare Mahnung vom Berge Sinai, die die Nationalsozialisten fundamental bekämpft haben, verleiht einem Mahnmal für die ermordeten Juden Europas und die anderen Opfer der nationalsozialistischen Verbrechen gegen die Menschlichkeit die richtige Sinngebung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsident Rudolf Seiters: Ich gebe das Wort der Kollegin Gisela Schröter.

Gisela Schröter (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eine lange Debatte wird heute hier, so hoffen wir alle, ein würdiges Ende finden. Wir (B) alle wissen, wie aufmerksam die Diskussion um das Mahnmal im In- und Ausland verfolgt wird. Heute wird mit ganz besonders großem Interesse auf uns geschaut. Dazu die „Zeit“ von gestern:

> Wie stellen sich die Deutschen ihrer Vergangenheit? Das nationale Selbstbewußtsein ist ... gestärkt worden: Verflüchtigt sich nun die Erinnerung an Auschwitz zur wohlfeilen Mahnung? Oder ist die ... Republik so souverän, sich in Zeiten der Normalisierung für ein aufstörendes Mahnmal zu entscheiden?

Darüber muß heute klar und eindeutig entschieden werden.

(Beifall des Abg. Gert Weisskirchen [Wiesloch] [SPD])

Über drei Fragen muß heute klar und eindeutig entschieden werden: Erstens. Wollen wir ein zentrales Mahnmal? Zweitens. Wem wollen wir es widmen? Drittens. Wie soll dieses Denkmal aussehen? Dabei geht es im Grunde um drei Alternativen: erstens um das Mahnmal von Oscar Schneider und Richard Schröder mit der Aufschrift „Morde nicht!“; zweitens um Eisenman II, also um ein Stelenfeld ohne jede Ergänzung,

(Hans-Joachim Otto [Frankfurt] [F.D.P.]: Nicht ganz!)

und drittens um ein Stelenfeld, das um einen Ort der Information ergänzt wird.

(C) Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Präferenz ist völlig klar: Im Laufe einer mich sehr bewegenden Debatte habe ich mich entschieden für das **Stelenfeld** von Peter Eisenman, ergänzt um einen Ort der Information über die zu ehrenden Opfer und die authentischen Stätten des Gedenkens. Das hat mein Kollege Michael Roth, denke ich, hier sehr überzeugend dargestellt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Lange habe ich darüber nachgedacht – so ging es vielen meiner Kollegen –: Wir haben doch sehr viele Gedenkstätten. Warum brauchen wir dann noch ein solch ungewöhnliches Mahnmal? Ich bin mir inzwischen ganz klar darüber: Das Stelenfeld bringt eine andere Qualität in die Erinnerung. Es durchkreuzt die Gedenkroutine. So tritt es nicht in Konkurrenz zu den bestehenden Orten des Gedenkens, sondern es ergänzt sie.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Dieses Mahnmal wird der dezentralen Erinnerungskultur nicht im Wege stehen. Im Gegenteil: Es wird in das Gesamtkonzept der Gedenkstätten eingebunden. Diese Einbindung ist durch den Ort der Information garantiert, der den direkten Bezug und Verweis auf die authentischen Plätze des Terrors herstellt. Die Einbindung ist auch dadurch garantiert, daß die Gedenkstätten selber in der geplanten Stiftung vertreten sein werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, noch einmal zur Erinnerung: Eisenman war durch den gesamten Verlauf unserer heutigen Entscheidung mehrfach legitimiert. Ich will das jetzt nicht im einzelnen nachzeichnen; das haben meine Vorredner schon getan. Aber auf Grund prominenter Fürsprache gelang es dem Entwurf von Oscar (D) Schneider und Richard Schröder als weiterer Alternative, erneut in die Diskussion zu kommen. Es wurde heute bereits mehrfach darauf hingewiesen, daß dieser Vorschlag im Laufe des Verfahrens schon abgewiesen worden war.

Ich möchte hier noch einmal auf all die Vorschläge verweisen, die wir im Laufe der Zeit noch bekommen haben; auch das wurde schon gesagt. Bis heute haben sich Künstler, Bürgerinnen und Bürger beworben und ihre Ideen und Gedanken eingebracht. Allen habe ich mitgeteilt, daß das Verfahren abgeschlossen ist und daß weitere Vorschläge nicht mehr berücksichtigt werden können. Darunter waren nicht wenige Vorschläge, die mich sehr bewegt haben, die mich überzeugt haben.

Aber wir dürfen nicht verkennen: Die Art und Weise, wie wir mit diesen Künstlern umgehen, hat, denke ich, auch eine ganze Menge damit zu tun, welche Akzeptanz das Mahnmal in der Öffentlichkeit und in der Bevölkerung haben wird. Unterschätzen wir nicht: Auch die Künstler, die sich noch im nachhinein um die Gestaltung dieses Mahnmals beworben haben, sind wichtige Multiplikatoren und tragen in der öffentlichen Diskussion zur Akzeptanz dieses Denkmals bei.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte betonen: Das Stelenfeld wird nicht in Konkurrenz zu den Gedenkstätten in Ost und West treten. Die organische Einbindung des zentralen Mahnmals in die bereits bestehende Gedenkstättenlandschaft ist garantiert.

Gisela Schröter

(A) All denen, die sich vor einer vermeintlichen „Monstrosität“ – der Begriff ist heute schon gefallen – des Eisenman-Entwurfs fürchten, möchte ich abschließend sagen: Eine große Fläche voller Stelen im Herzen unserer Hauptstadt, neben dem Ort, wo der Souverän tagt, in unmittelbarer Nähe zum ehemaligen Machtzentrum des Dritten Reiches – diese Stelenlandschaft vermag dem, der sich erinnern will, eine Ahnung von der Monstrosität des Verbrechens der Deutschen an den europäischen Juden zu vermitteln. Es ist eine ganz besondere Herausforderung für die deutsche Erinnerungskultur.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen wir den Stelenwald wachsen, ertragen wir die offene Erinnerung an das Vergangene!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der CDU/CSU und der PDS)

Vizepräsident Rudolf Seiters: Es spricht der Kollege Arnold Vaatz.

Arnold Vaatz (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir alle wissen, daß wir den Opfern des sogenannten Dritten Reiches das Leben nicht zurückgeben können. Was wir aber können, ist, sie zu uns sprechen zu lassen. Nichts eignet sich dafür besser als das alttestamentliche Mordverbot.

(B) Meine Damen und Herren, der Eisenman-Entwurf verweist auf sich selbst, egal, ob mit oder ohne „Haus der Erinnerung“. Aber ein wirkliches Mahnmal muß mit dem Wissen um die Vergangenheit für die Zukunft mahnen. Welche Mahnung soll es denn ausdrücken? Es soll uns sagen, daß die Ignoranz, die systematische Mißachtung des **Mordverbotes** der Anfang einer der größten Katastrophen in der Menschheitsgeschichte war. Wir können, wie ich glaube, uns und der Welt nicht deutlicher demonstrieren, daß wir wirklich gewillt sind, Lehre anzunehmen, als dadurch, daß wir an einer zentralen Stelle ein solches Mahnmal errichten, wie es Richard Schröder vorgeschlagen hat.

Nach meiner Auffassung ist zu widersprechen, Herr Gerhardt, wenn Sie sagen, der Ausbruch aus der Zivilisation werde durch dieses Mahnmal nicht deutlich. Der Ausbruch aus der Zivilisation, die Überschreitung der Grenze von Zivilisation zur Barbarei, besteht ja gerade darin, daß man das Mordverbot nicht mehr akzeptiert.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU sowie der Abg. Renate Jäger [SPD])

Herr Gysi, Sie haben recht, wenn Sie sagen, es sei falsch, wenn wir uns wieder in die Nähe von **Zensur** begäben. Aber ich glaube, daß Herr Gysi an dieser Stelle Zensur mit der Freiheit eines Auftraggebers verwechselt hat, eine künstlerische Lösung seiner Wahl zu bestimmen. Von dieser Freiheit müssen wir hier Gebrauch machen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU sowie der Abg. Renate Jäger [SPD])

(C) Als Politiker müssen wir dabei unserer Erwartung, wie der Bürger auf dieses Mahnmal reagieren wird, eine größere Autorität als dem Rat einer Jury zubilligen, die möglicherweise nicht dem allgemeinen Durchschnitt des Empfindens entspricht, mit dem der Bürger diesem Mahnmal entgegentritt.

(Widerspruch bei der PDS)

Wir haben mit der Reaktion des Bürgers zu rechnen; das ist unser Auftrag.

Meine Damen und Herren, demzufolge plädiere ich dafür: Bitte treten Sie dem Gedanken noch einmal näher, dem Mahnmal, das Richard Schröder vorgeschlagen hat, Ihre Stimme zu geben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU sowie der Abg. Renate Jäger [SPD])

Vizepräsident Rudolf Seiters: Das Wort hat Herr Kollege Professor Wolfgang Schulhoff.

Wolfgang Schulhoff (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die nationalsozialistischen Verbrechen waren in ihrem Ausmaß so unfaßbar, so unmenschlich, daß man sie auch ein halbes Jahrhundert danach nicht begreifen kann. Mir – erlauben Sie mir als jemandem, der selbst aus einer betroffenen Familie stammt, das persönliche Wort – geht es jedenfalls so. Ich kann die Geschehnisse nicht vergessen, obwohl viele in unserem Lande – das sollten wir auch berücksichtigen – der Meinung sind, das alles sei ein abgeschlossener Teil unserer Geschichte. Ich vertrete diese (D) Meinung nicht. Abgeschlossen darf dieser Teil der Geschichte nie sein. Ich bin unserem Präsidenten Thierse dankbar, daß er das in so hervorragender Weise dargelegt hat, und insbesondere den jüngeren Kollegen aller Fraktionen. Das macht große Hoffnung.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die **Versöhnung** mit den Betroffenen und mit uns selbst gebietet, daß wir uns immer daran erinnern, was Menschen Menschen antun können. Nur das versöhnt auf Dauer und hält uns wach, allen Anfängen zu wehren, die Würde eines Menschen anzutasten. Nicht zuletzt der Jugoslawien-Konflikt hat den Ungeist der Intoleranz und Menschenverachtung deutlich gemacht, der sich bis in einen monströsen Vernichtungswillen steigern läßt. Deshalb müssen wir ständig mahnen. Das ist meiner Ansicht nach ein Auftrag, der sich auch aus unserer Geschichte ergibt.

(Beifall des Abg. Michael Glos [CDU/CSU])

Seit geraumer Zeit treibt uns zu Recht die Frage um, wie wir eine mahnende Erinnerung an die Barbarei des Nationalsozialismus in einem wiedervereinigten Deutschland zentral und angemessen artikulieren können. Ich denke dabei an alle Opfer. Zunächst tendierte ich zu einem großen **Mahnmal** in Form des ersten Entwurfes von **Peter Eisenman.** Er beeindruckte mich in seiner ursprünglichen Form zutiefst. Ich kann all das nachvollziehen, was Frau Vollmer und Frau Süssmuth in

Wolfgang Schulhoff

(A) diesem Zusammenhang gesagt haben. Je intensiver ich jedoch nachdachte und diesen Entwurf auf mich einwirken ließ, desto mehr habe ich mich von einem solchen Mahnmal entfernt. In seiner monumentalen Abstraktion wird es von vielen Menschen nicht begriffen, ja kann gar nicht begriffen werden. In seiner Monumentalität drückt es zwar in gewisser Weise die Unbegreiflichkeit des Holocaust aus, negiert aber zugleich seinen an sich löblichen Zweck, weil die zentrale Botschaft des gutgemeinten Eisenman-Entwurfes von den Adressaten überhaupt nicht verstanden wird. Ein solches Mahnmal würde ziemlich genau das Gegenteil seiner ursprünglichen Intention provozieren.

Dabei spielt für mich die immer wieder angesprochene **Kostenfrage** überhaupt keine Rolle. Sie darf auch keine Rolle spielen; denn wir alle tragen Verantwortung für den Umgang mit den Verbrechen des Nationalsozialismus.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD sowie der Abg. Dr. Antje Vollmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Der Verweis auf finanzielle Belastungen indes schränkte eben diese Verantwortung in unzulässiger Weise ein, ja nähme ihr sogar einen Teil ihres moralischen Anspruchs.

(Beifall der Abg. Uta Titze-Stecher [SPD])

Wenn man also in Deutschland zentral mahnen will – ich befürworte dies ausdrücklich, obwohl es natürlich auch andere Möglichkeiten des Mahnens gibt, wie diese (B) Debatte gezeigt hat –, dann sollte dies in so einfacher, schlichter und angemessener Form geschehen wie eben möglich.

Tiefen Eindruck macht auf mich in diesem Zusammenhang die Idee des früheren Bundesbauministers Schneider – auch ihn sollte man hier einmal nennen – und des Theologen **Richard Schröder.** Sie sprechen sich für ein bescheidenes **Denkmal** aus, versehen mit der alttestamentarischen, aus dem Juden und Christen gemeinsamen kulturellen und religiös-moralischen Erbe stammenden Mahnung: Du sollst nicht morden! Mir würde das genügen. Lassen Sie mich allerdings anmerken: Der Text – Erinnerung und bleibende Mahnung zugleich – gehört in der Sprache der Täter und nicht in derjenigen der Opfer angebracht.

Ich weiß, meine sehr verehrten Damen und Herren: All das, was wir tun, wird als Mahnung dem damaligen Geschehen nie gerecht werden können. Wie könnte es auch? Es gibt keinen Königsweg. Aber wir müssen den Versuch des Mahnens jetzt wagen. Das Wichtigste jedoch ist, daß wir immer darüber reden – wie heute.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU sowie der Abg. Dr. Antje Vollmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsident Rudolf Seiters: Es spricht nun der Kollege Eckhardt Barthel.

Eckhardt Barthel (Berlin) (SPD): Herr Präsident! (C) Meine Damen und Herren! In einer großen Berliner Tageszeitung war vor kurzem in einem Kommentar der Satz zu lesen:

> Wer noch etwas zum Thema Holocaust-Denkmal zu sagen hat, trete hervor und schweige.

Damit ist keine Kritik an der fruchtbaren Diskussion gemeint. Dies ist vielmehr die Aufforderung an uns, nun eine Entscheidung zu treffen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD sowie der Abg. Dr. Antje Vollmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Diskussion um das Denkmal für die ermordeten Juden ist nicht, wie einige sagen, schon das Denkmal. Aber ich glaube, daß diese Diskussion ein Teil des Denkmals ist und auch sein und bleiben sollte. Daß die Bundesrepublik Deutschland 50 Jahre alt werden mußte, ehe eine derartige Diskussion um ein solches Denkmal geführt werden konnte, ist die traurige Seite der Realität. Aber die Diskussion selbst hat – auch wenn es um ästhetische Gestaltungsfragen ging – einen wesentlichen Beitrag gegen das Vergessen und gegen die Schlußstrichmentalität geleistet.

Die Diskussion verlief allerdings auch nicht immer ohne Verletzung. Vielleicht sollte auch dies erwähnt werden. Ich habe es immer bedauert, daß sich Menschen, die ein gleiches Bewußtsein bezüglich des Holocaust, der Singularität des Verbrechens und der Notwendigkeit von Erinnerung und Ermahnung haben, bei der Frage der Gestaltung des Denkmals manchmal feindlich gegenüberstanden. Dies habe ich sehr bedauert. (D)

(Beifall der Abgeordneten Gert Weisskirchen [Wiesloch] [SPD], Dr. Antje Vollmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Rolf Kutzmutz [PDS])

Ich würde es sehr begrüßen, wenn wir uns – ich hoffe das – nicht nur für das Eisenman-II-Modell, sondern gleichzeitig auch für einen **Ort der Information** entscheiden, an dem auch die über zehn Jahre dauernde Debatte dokumentiert wird, also nicht nur in der vorliegenden schönen Buchform. Ich bin für diese Art der zusätzlichen Dokumentation, weil die Debatte ein Teil des Denkmals ist.

(Beifall des Abg. Gert Weisskirchen [Wiesloch] [SPD])

Ich bin sehr froh, daß die große Mehrheit der Abgeordneten – das hat sich heute gezeigt – von der Notwendigkeit eines Denkmals für die ermordeten Juden überzeugt ist. Wenn es eine Bedeutungshierarchie in der Diskussion gibt, dann steht für mich – auch andere Abgeordnete sind dieser Meinung – die Frage des Ob an erster Stelle. Was wäre das für ein Signal – ich denke dabei nicht nur an seine Wirkung nach außen, sondern auch nach innen –, wenn wir uns heute nicht für dieses Denkmal entscheiden würden? Wir alle brauchen dieses Denkmal, übrigens auch wir Parlamentarier. Wenn wir Parlamentarier uns für ein Denkmal entscheiden, bieten wir nicht nur etwas zur Mahnung an; vielmehr sind wir

Eckhardt Barthel

(A) Parlamentarier die Adressaten der Mahnung, die von dem Denkmal ausgehen soll.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der PDS)

Zur Frage des Ortes. Auch hier scheint erfreulicherweise eine große Mehrheit für die Ministergärten in der Nähe des Brandenburger Tores vorhanden zu sein. Das ist der richtige Ort für die Funktion, die dieses Denkmal erfüllen soll. Das ist ein zentraler Ort für Erinnerung und Mahnung, in Verbindung mit anderen Gedenkstätten. Es soll kein authentischer Ort sein. Das sind die Gedenkstätten, etwa die **„Topographie des Terrors“** als Ort der Täter, der nur etwa 700 Meter von dem Denkmal, das wir errichten wollen, entfernt ist.

Ich bin übrigens, gerade auch im Rahmen unserer Diskussion, sehr froh – das möchte ich auch erwähnen –, daß Minister Naumann sein Gedenkstättenkonzept vorgelegt hat.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es nimmt die häufig geäußerte Sorge, die Errichtung eines Denkmals für die ermordeten Juden könne zu Lasten der Gedenkstätten gehen. Sein Konzept zeigt auch die Bedeutung, die wir diesen Gedenkstätten beimessen.

Der vorgesehene Ort ist auch deshalb der richtige, weil er in räumlicher Nähe zu anderen bedeutsamen Bereichen liegt, also zur Politik, zu dem naheliegenden Reichstag, aber auch zum Kommerz und zum städtischen Leben, zum naheliegenden Potsdamer Platz. Hanno Rauterberg hat in der „Zeit“ geschrieben, daß dieser Ort ein „Feld der Irritation zwischen Reichstagskuppel und Potsdamer Platz“ sei. (B)

Meine Damen und Herren, unabhängig davon, welche Entscheidung zur Gestaltung des Denkmals wir heute auch immer treffen werden, sie wird umstritten sein. Sie wird nicht nur im Parlament, sondern auch außerhalb des Parlaments umstritten sein. Aber ist das denn bei der Schwere dieses Vorhabens verwunderlich? Müssen wir das denn beklagen? Wir müssen es nicht beklagen, vielleicht gehört es dazu; denn es soll ein Stein des Anstoßes sein, der auch weiterhin Diskussionen auslösen soll.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Dr. Norbert Lammert [CDU/CSU])

Dieses Wissen entläßt uns natürlich nicht aus der Verantwortung, uns heute für ein Gestaltungskonzept zu entscheiden, durch das Form und Inhalt soweit wie möglich in Übereinstimmung gebracht werden. Ein „angemessenes“ Denkmal kann es angesichts der Unfaßbarkeit des Verbrechens nicht geben.

Das Eisenman-II-Konzept – auch mit einer Ergänzung – scheint mir von den möglichen Lösungen die beste zu sein. Allerdings – darauf möchte ich hinweisen – darf die Ergänzung nicht – ich gehe davon aus, daß darüber Konsens besteht – die Ästhetik des Stelenfeldes verletzten und Aufgaben übernehmen, die von den Gedenkstätten an den authentischen Orten geleistet werden.

(C) Meine Damen und Herren, für die Alternative „Du sollst nicht morden“ – ich weiß nicht, welche Version, also ob in hebräischer Sprache oder nicht, gültig ist – gibt es viele Begründungen. Diese Forderung kann man auch nicht verneinen. Meine Sorge ist aber folgende: Gerade weil die Forderung so richtig ist und gerade weil sie so allgemeingültig ist, besteht die Gefahr der Beliebigkeit. Diese aber darf von diesem Denkmal nicht ausgehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wenn wir heute eine Entscheidung treffen, dann darf sie kritisiert werden; aber sie sollte akzeptiert werden. Das sage ich – auch wenn er nicht mehr da ist – insbesondere in Richtung des Regierenden Bürgermeisters von Berlin. Ich hoffe, daß dieses Filibustern mit dem Ziele der Verhinderung des Denkmals aufhört.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der PDS sowie bei Abgeordneten der F.D.P.)

Die lange Debatte um das Denkmal und die bisherige Unfähigkeit – so muß man das nennen –, zu einer Entscheidung zu kommen, haben die Schwere der Aufgabe gezeigt. Ich bin sicher, daß wir heute zu einer positiven und abschließenden Entscheidung kommen. Wir brauchen ein Denkmal für die ermordeten Juden Europas. Wir brauchen es für uns.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der F.D.P. sowie des Abg. Dr. Norbert Lammert [CDU/CSU]) (D)

Vizepräsident Rudolf Seiters: Das Wort hat der Kollege Dr. Gerd Müller.

Dr. Gerd Müller (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es steht außer Zweifel, daß auch wir als jüngere Generation in Deutschland in besonderer Weise Verantwortung dafür tragen, die Erinnerung an den Holocaust wachzuhalten und uns auch in Zukunft damit auseinanderzusetzen. Heinz Galinski hat in diesem Zusammenhang vor einigen Jahren zu Recht gesagt:

> Das Vergessen zu verhindern ist auch ein wichtiges Mittel, um den Menschen zu Bewußtsein zu bringen, was sie an der Demokratie haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Die Aufarbeitung der deutschen Geschichte und der Verbrechen des Nationalsozialismus und die Auseinandersetzung damit werden bei uns in Deutschland in vielfältiger Weise geleistet. Wir beginnen nicht erst heute damit, zu erinnern, zu gedenken oder zu mahnen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

In der jüngsten Vergangenheit wurden neue Studien, Dokumentationszentren, Forschungsstätten, Lehrstühle und Institute geschaffen. All diese betreiben die geistige

Dr. Gerd Müller

(A) Auseinandersetzung und Aufarbeitung. In der Zusammenarbeit der über **50 Gedenkstätten** in Deutschland wurde ein gelungenes und insbesondere von der jungen Generation akzeptiertes pädagogisches Konzept umgesetzt. Es gibt – das haben Vorredner immer wieder gesagt – kaum eine Gemeinde oder eine Stadt in Deutschland, wo nicht an die Opfer des Nationalsozialismus erinnert wird. Die Auseinandersetzung mit dem Holocaust spielt insbesondere an unseren Schulen eine hervorgehobene Rolle. Eine unvergeßliche Wirkung haben stets die Begegnung mit den und das Erfühlen der unvorstellbaren Verbrechen des Holocaust an den authentischen Orten des Verbrechens. Das ist auch meine Erfahrung von Besuchen mit Jugendgruppen in Auschwitz, in Buchenwald und in Dachau. Die Botschaft „Nie wieder!“ kann nirgendwo tiefer vermittelt werden als an den authentischen Stätten.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der F.D.P.)

Das Land Berlin hat sich in den vergangenen Jahren bei der Aufarbeitung unserer Geschichte ganz besonders engagiert. Derzeit wird – auch das wurde schon gesagt – nur 700 Meter vom geplanten Mahnmal entfernt die sogenannte „Topographie des Terrors“ errichtet. Das ist ein 50-Millionen-DM-Projekt mit Dauerausstellungen, Enzyklopädien, EDV-Programmen, Seminarräumen, pädagogischem Konzept usw. Nur wenig weiter entsteht das großartige **Museum für die jüdische Geschichte in Deutschland und Europa.** Das ist ein konzeptionell wie architektonisch gelungenes Werk. 1991 wurde in der Wannseevilla das eindrucksvolle Holocaust-

(B) Dokumentationsmuseum geschaffen. – In Berlin haben wir in der Tat keinen Nachholbedarf an Gedenk- und Mahnstätten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Es stellt sich geradezu die Frage, ob wir bei dem von Herrn Naumann vorgeschlagenen „Haus der Erinnerung“ – was auch immer er damit meint – nicht etwas planen, was es längst gibt. Dieser Meinung sind auch der Leiter der Gedenkstätten, Professor Rürop, und andere, die sagen, die Entscheidung für ein Museum oder ein Haus der Erinnerung sei eine Entscheidung gegen die gewachsene Museumskultur in Deutschland und gegen die bisherige Politik, dezentral an den konkreten Orten zu gedenken.

Darüber hinaus muß darauf hingewiesen werden, daß die Vorstellungen von Herrn Minister Naumann bis heute weder konzeptionell noch architektonisch, noch finanziell bewertbar sind. Es handelt sich um eine ergebnisoffene Idee, Herr Minister Naumann; keiner weiß, was Sie konkret wollen. – Wir werden aber trotzdem darüber abstimmen.

(Widerspruch bei der SPD)

So ist die Situation. Angesichts von zehn Jahren Vorbereitung dieser Debatte und dieser Schlußentscheidung ist die Vorarbeit durch die Bundesregierung ausgesprochen unbefriedigend.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

(C) Wenn wir zu dem Entschluß kommen, kein zusätzliches Museum zu errichten, bleibt von der ganzen Idee das Stelenfeld von 2 700 Betonstelen, ein Vorschlag, ein Wettbewerbsergebnis, das sowohl Herr Naumann wie auch Herr Bundeskanzler Schröder und viele andere in den vergangenen Jahren abgelehnt haben. Deshalb frage ich: Ist der geplante Betonbau ein Signal an die so oft beschworene Zukunft, an die junge Generation? Es geht nicht um das Mahnen der 60- und 70jährigen, die ja zur Erlebnisgeneration gehören, sondern um die junge Generation, um die Jugend von heute und morgen. Wie ist eigentlich die Wirkung eines solchen Projektes auf junge Menschen? Wer hat diese Frage gestellt? Müssen wir nicht auch die Meinung der Bevölkerung und insbesondere die Meinung der Berliner mit einbeziehen und akzeptieren? Wer baut, wer finanziert und wer unterhält das Monument? – Das alles sind offene Fragen, Herr Minister Naumann, die ungelöst im Raum stehen. Wir werden aber heute eine Entscheidung treffen.

Ich komme zum Schluß. Unser Vorschlag ist: Wir sollten die gewachsene Arbeit an den bestehenden und neuen Gedenkstätten verstärken und für die junge Generation ein Zeichen in die Zukunft setzen. Ein solches Zeichen könnte in der Tat ein **deutsch-israelisches Jugendwerk** sein; denn gerade die junge Generation braucht andere, aktive Formen der Auseinandersetzung mit der Geschichte. Die Begegnung, das Gespräch bewegt in den Köpfen und Herzen der jungen Menschen viel mehr als ein neues Monument aus Beton.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

(D)

Vizepräsident Rudolf Seiters: Bevor ich das Wort weitergebe, darf ich darauf hinweisen, daß die namentlichen Abstimmungen in zirka 30 Minuten beginnen werden, da eine Reihe von Erklärungen zu Protokoll vorliegen.

Nun hat das Wort die Kollegin Sylvia Bonitz.

Sylvia Bonitz (CDU/CSU): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich melde mich zu Wort als jüngere Abgeordnete, die 21 Jahre nach dem Ende des zweiten Weltkrieges geboren ist. Ich habe – wie auch viele jüngere in der Union – mit meinen 32 Jahren Fragen an all diejenigen, die älter sind als ich und die die Verbrechen der Nationalsozialisten gegen die Menschlichkeit teilweise noch selbst direkt oder indirekt erlebt haben. Welches Mahnmal kann in seiner Ausgestaltung dem unbeschreiblichen Leid von Millionen Juden und der vielen anderen Opfer des Nationalsozialismus auch nur annähernd gerecht werden? Welches Mahnmal kann der Erinnerung hieran, dem Schmerz und dem Entsetzen überhaupt ein Gesicht geben? Welches Mahnmal kann den kommenden Generationen, die in zehn oder 15 Jahren nicht mehr – so wie wir – Gelegenheit haben werden, Zeitzeugen persönlich nach ihrem Schicksal zu fragen, eindrucksvoller Zeugnis geben als die authentischen Orte des Verbrechens selbst?

Sylvia Bonitz

(A) Fest steht, daß ein Mahnmal im Herzen unserer Hauptstadt Berlin ein überzeugendes, gewolltes Bekenntnis des deutschen Volkes nur sein kann, wenn es auch vor Ort auf Akzeptanz stößt. Denn kein Mahnmal kann bei einer Realisierung gegen den erklärten Widerstand seiner Umgebung mehr sein als lediglich ein moralisches Feigenblatt.

Und doch frage ich als Mitglied der jüngeren Generation, die ja von diesem Mahnmal besonders angesprochen werden soll: Brauchen wir nicht doch dieses Mahnmal, in welcher Ausgestaltung auch immer, um neben der stillen Betroffenheit und Scham, die jeder einzelne empfindet, unserem aufrichtigen Respekt vor dem unvorstellbaren Leid der Opfer Raum zu geben? Brauchen wir nicht dieses Mahnmal, gleichsam einen Stachel im Fleisch, der schmerzt, der die Wunde in einem immerwährenden Heilungs- und Reinigungsprozeß offenhält und der jenes dunkelste Kapitel deutscher Geschichte nicht vergessen läßt, das wir lieber überspringen möchten, da wir es schon nicht ungeschehen machen können? Brauchen wir nicht dieses Mahnmal als sichtbares Angebot der **Versöhnung,** das Kenntnis gibt von der tiefen Einsicht unserer Generationen und das Mahnung ist an künftige Generationen, daß sich menschenverachtende Greueltaten wie diese niemals, auch nicht unter anderen Rahmenbedingungen oder im Kleinen, wiederholen dürfen? – Die Beantwortung dieser Fragen ist so bedeutsam, daß die heutige Grundsatzentscheidung unabdingbar frei bleiben muß von parteipolitischen Überlegungen und Fraktionszwängen. Alles andere wäre beschämend für dieses Parlament.

(B) Ebenso bedarf die künstlerische Ausgestaltung des Mahnmales nicht einer Kunstkommission aus 669 Abgeordneten des Deutschen Bundestages. Ein Gestaltungskonzept, das die Bundesregierung im Einvernehmen mit dem Berliner Senat und unter Beteiligung des **Initiativkreises** erstellt und uns dann in dieser abgestimmten Form vorstellt, wäre hingegen der richtige Weg. Auch bliebe uns auf diese Weise die Peinlichkeit erspart, über Lösungsvorschläge abstimmen zu müssen, deren Konzeption – insbesondere beim Ort der Information – nebulös bleibt und deren Kosten einschließlich Folgeaufwendungen selbst vom zuständigen Minister nicht annähernd beziffert werden können.

Wenn heute die Welt auf uns schaut, dann werden wir Deutsche nicht daran gemessen, ob wir aus unserer Geschichte gelernt haben, pflichtschuldig Gedenkstätten zu besuchen und Mahnmale zu errichten; damit werden letztlich nur äußere Zeichen des Gedenkens gesetzt. Nein, wir Deutschen werden heute daran gemessen, ob wir uns unserer Vergangenheit stellen wollen, ob wir uns ihrer Opfer erinnern wollen und ob wir mit dem Kopf und mit dem Herzen verstanden haben, wie wichtig dieses Zeichen, gleichsam einer ausgestreckten Hand, auf dem Wege zur Versöhnung ist.

Und so bitte ich Sie, heute unsere Hände auszustrekken als ein positives Signal an die Opfer, unter ihnen viele Juden, aber nicht nur Juden. Aber seien wir uns in dieser Stunde gewiß: Nichts, auch kein Mahnmal – das ich ausdrücklich befürworte –, wird uns die Last nehmen, daß die Verbrechen der Nationalsozialisten Teil (C) unserer deutschen Vergangenheit sind. Nichts, auch kein Mahnmal, wird uns die Verantwortung nehmen, daß die Versöhnung mit den Opfern und ihren Nachkommen Teil unserer Gegenwart und Zukunft ist.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Rudolf Seiters: Als nächster Redner spricht der Kollege Gert Weisskirchen.

Gert Weisskirchen (Wiesloch) (SPD): Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich finde, daß dies eine Debatte ist, die bestehen kann, daß dies eine Debatte ist, die in der Geschichte unseres Parlamentes einen historischen Rang einnehmen wird. Das ist auch gut so. Denn heute werden wir entscheiden, ob wir ein Denkmal für die ermordeten Juden Europas wollen. Hier, im Deutschen Bundestag, ist der Ort, wo das zu entscheiden sein wird. Weisen Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Chance, heute zu entscheiden, bitte nicht zurück!

(Beifall des Abg. Jörg Tauss [SPD])

Wir haben den Mut dazu, Ihnen vorzuschlagen, dies zu tun.

Die Körpersprache der Politik sollte aufrecht sein und selbstbewußt. Das haben wir Parlamentarier in einem halben Jahrhundert in dieser Stadt, in Bonn, gelernt. (D) Konrad Adenauer, um einen zu nennen, Thomas Dehler, um einen anderen zu nennen, Willy Brandt – dies sind die großen Persönlichkeiten dieser Demokratie, und ich bin ganz gewiß, daß sie, wenn sie heute mitentscheiden könnten, den Mut hätten, mit uns gemeinsam zu entscheiden, ein Ja zu sagen für ein Denkmal für die ermordeten Juden Europas.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der CDU/CSU, der F.D.P. und der PDS)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, warum ist es so wichtig, daß wir das heute entscheiden? – Nicht nur, weil die Debatte schon lange geht, sondern auch deswegen, weil es eine wunderbare Geste wäre, wenn in Bonn entschieden würde, was dann in Berlin vervollständigt und gebaut wird.

Hier, am Rhein hat die Demokratie in Deutschland feste Wurzeln geschlagen, und diese symbolische Geste nach Berlin macht deutlich, daß es nicht um so etwas wie eine **Berliner Republik** geht, sondern um die Bundesrepublik Deutschland mit dem starken Pfeiler in Bonn und dem gleich starken Pfeiler in Berlin. Das ist die symbolhafte Geste, die wir heute hier festlegen, indem wir den Grundstein dafür legen, daß dieses Denkmal in Berlin gebaut werden wird.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Gert Weisskirchen

(A) Ich bitte Sie um Ihr Ja dazu. Aber ich bitte Sie zugleich auch um ein Ja zu der vorgeschlagenen Form im zweiten Entwurf von Peter Eisenman, allerdings mit der Ergänzung. Ich will das auch begründen.

Es geht in erster Linie um die Opfer. Es geht darum, daß denen, die ermordet worden sind, ein Denkmal gesetzt wird – für sie und für uns. Romani Rose ist hier, und ich bin ihm dankbar. Lieber Romani, es ist gut so und richtig, daß du uns immer wieder nachdrücklich darauf hinweist, daß die **Sinti und Roma** ebenfalls verfolgt worden sind, wie viele andere Gruppen auch.

Aber es geht zuallererst um diesen ungeheuren Riß durch die Zivilisation und den Riß durch die Zeit, den Genozid, den Völkermord an den Juden. Das Leben sprach man ihnen ab. Sie sollten aus der Geschichte verdrängt werden; sie sollten keine Chance mehr auf ein künftiges Leben haben. Und alles setzte Hitler ein, die Diktatur und die, die ihm zu Willen waren, das Todesurteil zu vollstrecken. Darum geht es, liebe Kolleginnen und Kollegen. Weil die Sinti und Roma das gleiche Schicksal traf, hatte die Regierung Helmut Kohl – dafür bin ich dankbar – ihnen fest zugesagt, daß auch ihre Ermordeten ebenfalls mit einem Denkmal geehrt werden dürfen. Ich finde, die zu gründende Stiftung sollte diesen Gedanken aufnehmen und versuchen, ihn zu realisieren. Dann wird der Satz, den wir Ihnen in der Fassung des Ausschusses vorschlagen, auch realisiert werden. Darum bitte ich.

Die letzten Zeugen der Shoa verlassen die Gegenwart. Wer sie aus dem Gedächtnis verliert, der überläßt sie noch einmal dem Schicksal, nämlich denen, die sie (B) ermorden wollten und ermordet haben. Das Zeugnis der Opfer wirft ein Licht auf die Gegenwart und hellt den Horizont auf, der in die Zukunft weist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das, was wir heute hier beschließen, hat eine Tragfähigkeit für die Zukunft, weil es darum gehen wird, mit der Formulierung unter Ziffer II dafür zu sorgen, daß dieses Denkmal auch durch einen Ort der Information ergänzt werden kann.

Weil das hier häufig mißverständlich angesprochen worden ist: Es geht nicht darum, daß ein zusätzliches architektonisches Werk geschaffen werden soll, das den Charakter und die Kraft des Stelenfeldes von Eisenman bedrängen soll, sondern es geht darum, daß hier ein Ort der Information geschaffen werden soll, der auf die zu ehrenden Opfer verweist und der die Gedenkstätten miteinander und mit eben jenem Denkmal verbindet. Diese Information brauchen wir alle, denn diese Information bildet die Brücke zwischen den Orten des Gedenkens, den authentischen Orten, und jenem Denkmal, um das es geht. Diese Gedächtnislandschaft verbindet jene Elemente alle miteinander. Alle diese Orte sind miteinander verbunden, und sie sind so etwas wie Pfeiler im Strombett des Vergessens. Das Denkmal ragt aus diesen Pfeilern hervor. Aber es kann nur leben und Sinn gewinnen, wenn es mit den anderen Orten verbunden ist. An diesem Denkmal wird die Information damit verbunden.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

(C) Darum geht es. Deswegen bitte ich Sie herzlich, den zusätzlichen Satz unter Ziffer II zu akzeptieren.

Ich möchte noch auf einen weiteren Vorschlag eingehen, der zunächst von **Oscar Schneider** gekommen ist und von Richard Schröder aufgenommen wurde. Liebe Kolleginnen und Kollegen, denken Sie bitte darüber nach, was es bedeuten kann, wenn die Botschaft, die mit dieser Idee verknüpft ist, gerichtet an die Opfer, mißverständlich lauten würde: Morde nicht! Es wäre geradezu eine Sinnverkehrung dessen, worum es bei diesem Denkmal geht.

Es geht darum, symbolhaft deutlich zu machen, daß die Vernichtung der Juden nicht zu einem Universalkonzept führen kann, bei dem das Nein gegenüber dem universellen Morden mit diesem konkreten Verdrängen der Juden aus der Geschichte in Zusammenhang gebracht werden kann. Das ist der Denkfehler, der bei Richard Schröder durchschlägt. Der Denkfehler ist, daß nicht im konkreten Akt des Mordens das Konzept liegt; denn der Mord hat längst zuvor schon begonnen, nämlich dort, wo er ausgedacht worden ist, wo das Konzept entwickelt worden ist, zum Beispiel bei den Nürnberger Rassegesetzen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der PDS)

Es geht darum, deutlich zu machen – ich bitte diejenigen, die Richard Schröders Vorschlag akzeptieren möchten, sich darüber klar zu werden –: Dieser Mord hatte längst zuvor historisch begonnen und kann nicht an die universelle Forderung geknüpft werden. Es geht (D) vielmehr um das konkrete Ereignis, dieses konkrete Geschehen, dem Genozid an den europäischen Juden ein Denkmal zu setzen. Peter Eisenman wird, wie ich finde, mit dieser Ergänzung für unsere Generation und für alle Generationen, die nach uns kommen, klar und deutlich machen: Nie wieder darf dies geschehen!

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der PDS)

Vizepräsident Rudolf Seiters: Das Wort hat nunmehr der Kollege Günter Nooke.

Günter Nooke (CDU/CSU): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich werde für den überarbeiteten Entwurf von Peter Eisenman ohne zusätzliche Gebäude und „Orte“ stimmen. Es gibt in Berlin an anderen Orten genügend Raum für alle von Staatsminister Naumann genannten Zwecke – an authentischen Orten, in Museen und Gebäuden, die eine solche Nutzung zulassen. Gewichtiger aber ist: Mich überzeugt der künstlerische Entwurf. Es ist der einzige konkrete, der zur Abstimmung steht.

Wer Denkmäler nur mit Erklärungen und Ergänzungen erträgt, muß sich die Frage stellen, ob er überhaupt für ein Denkmal und eine solche Form des Gedenkens an den Holocaust ist. Mir scheint, Staatsminister Naumann geht es nicht um den ergänzenden „Ort der Information“, sondern um die Ablehnung von Denkmälern.

Günter Nooke

In seinem ersten Affekt hat er das ehrlicherweise wissen lassen. Es ist absurd, bei einer so gewichtigen Entscheidung und angesichts der historischen Tragweite hier auf ein persönliches Problem des Ministers Rücksicht zu nehmen, und zwar mit Steuermitteln in zweistelliger Millionenhöhe,

(Wolfgang Thierse [SPD]: Herr Nooke, das ist schäbig!)

auf Kosten der vielen anderen, allesamt unterfinanzierten Gedenkstätten und zu Lasten des künstlerischen Entwurfs.

(Beifall des Abg. Hans-Joachim Otto [Frankfurt] [F.D.P.])

Ein Denkmal spricht auch und zuerst Emotionen an. Der „gute", sprich: intellektuelle, Deutsche meint, Emotionen ablehnen zu müssen. Doch wer heute Denkmäler bauen will, der muß sagen: Kunst kann nicht auf die Ratio politischer Bildung angewiesen sein, gerade Kunst im öffentlichen Raum, also im politischen Raum.

Wer dagegen meint, die Deutschen seien nicht reif für dieses Mahnmal, der plädiere für Wiedervorlage in 50 Jahren! Wer Denkmäler nicht will, soll es offen sagen – wie im Antrag von Sebastian, den ich für die ehrlichste Alternative zu Eisenman II halte.

In Gesprächen über ein Mahnmal mit dem **Mordverbot als Mahnung** mußte ich dagegen oft feststellen: Die meisten Befürworter dachten an eine unauffällige Lösung, versteckt im Park, gut begehbar, nicht störend. Ein wirkliches Mahnmal für die ermordeten Juden Europas und alle anderen Opfer der nationalsozialistischen Verbrechen gegen die Menschlichkeit stört. Es muß stören. Der staatlich organisierte industrielle Massenmord an Millionen von Menschen ist die tiefste Wunde in unserer Geschichte. Es ist keine offene Wunde mehr. Sie beginnt zu vernarben. Das ist gut und hilfreich. Wir sollten diese Wunde nicht ständig reizen, denn das fördert die Entartung. Verbergen aber, meine Damen und Herren, können und dürfen wir diese Wunde nicht.

Das ist meine persönliche Meinung als Berliner. Wie Sie gehört haben, gibt es hierzu keine einheitliche Berliner Meinung. Ich bin allerdings der Auffassung: Berlin kann nicht auf der einen Seite die Vorteile des Umzugs von Regierung und Parlament in Anspruch nehmen und auf der anderen Seite immer dort, wo es Unannehmlichkeiten mit sich bringt, die Übernahme der Hauptstadtfunktion ablehnen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der F.D.P. und der SPD)

Das trifft auch auf ein nationales Mahnmal zu. „Ein Mahnmal nach Eisenman entwertet wertvollstes Bauland in der Mitte der Bundeshauptstadt. Es schafft eine sichtbare große Narbe, auf der nichts anderes wachsen kann". – Ich halte dies für einen wertvollen Beitrag, den die Menschen in Berlin dem ganzen Land erbringen. Denn sie haben diese, auch städtebauliche, Narbe täglich vor Augen.

So wie ich dafür plädiere, den Mut zu haben, gerade diesen Weg zu gehen, bitte ich auch um Verständnis, daß ein Regierender Bürgermeister die damit verbundenen wirklichen Probleme deutlicher anspricht. Ich bin deshalb um so mehr für klare Verantwortlichkeiten – auch des Bundes –, wenn ein Mahnmal errichtet wird, und gegen diffuse Stiftungskonstruktionen.

Eines aber sollten wir gemeinsam vermeiden: dieses Mahnmal, bevor es gebaut ist, und diesen zentralen Ort in der Stadt zu entwerten durch Ausgestaltung aller möglichen Formen der Entwürdigung.

Ich habe in meiner Rede bewußt eine Erweiterung des **Opferkreises** bei der Widmung benutzt. Die jüdischen Menschen werden explizit genannt, aber sie waren nicht die einzigen Opfer dieser staatlich organisierten Massenvernichtung. Jeder einzelne Mensch muß uns gleich viel Gedenken und Erinnerung wert sein. Aber wir sollten nicht allen separate Mahnmale setzen. Wir gedenken im Land der Täter aller Opfer.

(V o r s i t z: Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer)

Ich bin zutiefst überzeugt, daß eine quälende weitere Diskussion über Mahnmale für andere Opfergruppen wenig helfen und kaum verstanden werden wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich bin überzeugt, daß die Errichtung eines Mahnmals für alle Opfer nationalsozialistischer Gewaltherrschaft uns den Blick öffnet auf die positiven Seiten deutscher Geschichte. Wir sollten lernen, zu trauern und uns zu freuen. Beides kann man am besten ganz oder gar nicht.

Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Martin Hohmann.

Martin Hohmann (CDU/CSU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Zwei kartenspielende uniformierte Wächter streiten um die Frage, wer das nächste Getränk zu besorgen hat. Statt eine Münze zu werfen, ergreifen sie eine hochschwangere Gefangene. Statt Schrift oder Zahl Junge oder Mädchen. Nach wenigen Messerschnitten herrscht Klarheit. Das Kartenspiel wird ungerührt fortgesetzt. Dieser Doppelmord ereignete sich nicht vor etwa 55 Jahren in einem KZ, sondern vor etwa 55 Tagen im Kosovo.

Warum berichte ich das? Nun, seit zehn Jahren führen wir die Diskussion um das Holocaust-Mahnmal, und seit zehn Jahren bestehen mehr Gedenkstätten und -tafeln. Gerade in diesen zehn Jahren wütet ein kommunistischer und nationalistischer Diktator gegen seine Völkerschaften, zuerst in Bosnien und dann im Kosovo.

Bedenkt man die Zeitgleichheit, dann darf gefragt werden: Was hat die hiesige Aufarbeitung der zwölfjährigen NS-Zeit, was haben die Trauerarbeit, das

Martin Hohmann

(A) Mahnen, das Erinnern den Bosniern und den Kosovaren gebracht? Hätten wir, hätte die NATO bei einem Rest moralischer Selbstachtung etwa noch später eingreifen dürfen? Wenn also die Hilfe für die Opfer von Mord und Vertreibung direkt vor unserer Haustür fast zu spät kam und wenn die Hilfe nur dem beherzten Vorangehen der Amerikaner zu danken war, erhebt sich dann nicht die Frage: Hätte das fertige Holocaust-Mahnmal die Situation der Bosnier und der Kosovo-Albaner geändert?

Wenn wir diese Frage mit Nein beantworten müssen, stellt sich die nächste – kritische – Frage: Ist unsere Vergegenwärtigung der zwölf NS-Jahre nicht ein Stück weit folgenloses **Moralisieren** gewesen? Haben wir zu vordergründig auf die Wirkung von Mahnreden und Mahnmalen vertraut? Hat das Grauen über die Schrecken der NS-Verbrechen die nüchterne Analyse zu kurz kommen lassen? Wie wirkt ein Unterdrückungsapparat in einer Diktatur? Ist in der Breite klar, daß damals die Gewissensentscheidung mehr als nur Zivilcourage erforderte, nämlich den Einsatz des eigenen Lebens?

Meine Damen und Herren, viele Menschen fordern uns als Deutsche auf, langsam den Mut zu fassen, unseren Freunden zu sagen: Mehr als zwei Generationen nach diesem riesigen Verbrechen fühlen wir uns sozusagen resozialisiert. Warum? Kein Land hat Verbrechen in seiner Geschichte aufgearbeitet und bereut, Entschädigung und Wiedergutmachung geleistet wie wir. Nach christlichen Maßstäben folgt auf Sünde, Reue und Wiedergutmachung das Verzeihen. Freilich, das Verzeihen (B) kann man nicht erzwingen. Aber von Freunden darf man es erwarten.

Fast drei Generationen Bußzeit bis heute. Es sollten nicht sechs oder sieben werden. Insofern wäre das Mahnmal auch monumentaler Ausdruck der Unfähigkeit, uns selbst zu verzeihen.

Meine Damen und Herren, wir als das deutsche Parlament sollen über das Mahnmal mitentscheiden. Was sagen unsere Auftraggeber, unsere **Wähler?** Viele reden darüber nur hinter vorgehaltener Hand. Das ist in der Demokratie kein gutes Zeichen. Ganz überwiegend wird das Holocaust-Mahnmal abgelehnt, übrigens auch von vielen Intellektuellen, auch von vielen jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern. Nicht wenige empfinden das geplante Mahnmal als ein Kainsmal, als Ausdruck der Selbstächtung. Tut die Politik, tut die Medienöffentlichkeit gut daran, über diese schweigende Mehrheit hinwegzugehen?

Ich bin nicht für Eisenman II oder III. Mit der großen Mehrheit meiner Wählerschaft sehe ich in der Neuen Wache eine hervorragende Mahn- und Erinnerungsstätte auch für die jüdischen Opfer.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Eckart von Klaeden.

Eckart von Klaeden (CDU/CSU): Frau Präsidentin! (C) Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die nationalsozialistische Schreckensherrschaft hat nicht nur durch den Krieg das Bild unserer Innenstädte wesentlich verändert. Denn dort, wo früher Synagogen standen, befinden sich heute allenfalls Gedenksteine oder Gedenktafeln. Diese Tafeln mahnen uns, daß die Deportation aus der Mitte unserer Gesellschaft stattgefunden hat. Deswegen müssen wir heute in der Mitte unserer Städte die Mahnmale errichten. Nirgends ist ein Mahnmal so notwendig wie in Berlin, wo in diesem Jahr auch der Bundestag seinen Sitz im Reichstag genommen hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der PDS)

Konrad Schuller hat in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ zu Recht darauf hingewiesen, daß sich durch die Veränderung des Entscheidungsprozesses auch der Debattengegenstand wesentlich verändert hat. Ich will deshalb, da jetzt das Mahnmal durch einen Beschluß des Bundestages umgesetzt werden soll, noch einmal eindringlich für die **erweiterte Widmung** werben.

Als Argument dagegen ist vorgetragen worden, man habe die Sorge, daß durch die vorgeschlagene erweiterte Widmung eine Hierarchisierung der Opfer eintrete. Ich meine, daß man diese Sorge gerade dann erfüllt, wenn man glaubt, in Berlin in angemessener Form weitere Mahnmale für die anderen Opfergruppen errichten zu können.

(D) (Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der F.D.P.)

Ich glaube, daß man der Angemessenheit, der Vermeidung der Opferhierarchie nur dadurch nachkommen kann, daß man sagt, dieses zentrale Mahnmal ist allen Opfergruppen gewidmet, wie es die erweiterte Widmung und der Änderungsantrag vorsehen.

Ich werde – das ist kein Geheimnis – für Eisenman II stimmen. Zu dem **Vorschlag Schröder/Schneider** ist viel Gutes gesagt worden. Ich finde bloß, daß der entscheidende Mangel dieses Vorschlags ist, daß sich das Gute, das zu seiner Begründung gesagt worden ist, in der Idee nicht widerspiegelt. Der Vorschlag ist eindeutig, aber vor dem Hintergrund der Singularität des Holocausts ungenügend.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und der F.D.P.)

Der Vorschlag von **Eisenman** ist faszinierend, weil er nicht gigantisch, sondern minimalistisch und deswegen von besonderer Eindringlichkeit ist. Ich habe die Sorge, daß diese Eindringlichkeit durch Zubauten eher gestört denn unterstützt wird.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Wenn bei der sich abzeichnenden Mehrheit tatsächlich die Ansicht vorherrscht, daß man dem Mahnmal weitere Informationen hinzufügen muß, möchte ich doch bitten, über den Vorschlag von Young nachzudenken, der vor-

Eckart von Klaeden

(A) sieht, entsprechende Informationen auf Bodenplatten unterzubringen.

Ich will zum Schluß aber noch etwas zu den angeblich praktischen Bedenken sagen, die gegen ein Mahnmal sprechen, wie **Verschmutzung** usw. Dieses Argument spricht letztlich gegen nahezu jede religiöse oder erinnernde Stätte. Dieses Argument spricht gegen offene Kirchen, gegen begehbare Friedhöfe und letztlich auch gegen den Bau von Synagogen in Deutschland.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der F.D.P. und der PDS)

Ich will sogar so weit gehen, zu sagen, daß dieses Mahnmal, das in Berlin gebaut wird, so zugänglich und so provokativ sein muß, daß man Verschmutzungen oder Verunreinigungen nicht ganz ausschließen kann. Ich glaube auch, daß wir es, wenn tatsächlich irgendein Journalist über einen solchen Vorfall berichten sollte, ertragen können; denn im Verhältnis zu dem, was den Opfern geschehen ist, ist das nichts.

Ich halte die Sorge aber insgesamt für unbegründet. In Hannover, meiner Geburtsstadt, ist vor einiger Zeit ein Mahnmal in der Nähe des Opernhauses errichtet worden. Auch das geht im wesentlichen auf die Initiative von Frau Rosh zurück. Gegen dieses Mahnmal sind exakt dieselben Argumente vorgetragen worden, wie sie jetzt gegen das zentrale Mahnmal in Berlin vorgetragen werden. Der Charakter dieses Mahnmals vor dem Opernhaus in Hannover ist eben nicht so, daß es verschmutzt wird, weil die Menschen dort ohne Würde hin-

(B) gehen, sondern es ist so, daß an diesem Mahnmal nahezu täglich frische Blumen liegen. Es wird als Stätte des Mahnens und der Erinnerung angenommen. Ich finde, dieses gute Beispiel sollte uns zum Bau des Mahnmals in Berlin ermutigen.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der F.D.P. und der PDS)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer: Ich schließe damit die Aussprache.

Bevor wir zu den Abstimmungen kommen, stelle ich fest, daß Einvernehmen besteht, auf der Grundlage Buchstabe B der Beschlußempfehlung des Ausschusses für Kultur und Medien auf Drucksache 14/1238 abzustimmen. Das ist der Fall. Dann verfahren wir so.

Es liegen eine Reihe von schriftlichen Erklärungen zur Abstimmung vor, und zwar von den Kolleginnen und Kollegen Philipp, Kansy, Dehnel, Fornahl, Brecht, Dörflinger, Roos, Herzog, Roth, von Stetten, Göhner, Pflüger, Polenz und von Klaeden.*) Sind Sie damit einverstanden, daß wir sie zu Protokoll nehmen? – Das ist der Fall.

*) Anlage 2

(C) Der Ausschuß empfiehlt, den Antrag der Abgeordneten Gert Weisskirchen, Eckhardt Barthel, Hans-Werner Bertl und weiterer Abgeordneter der Fraktion der SPD, der Abgeordneten Dr. Rita Süssmuth, der Abgeordneten Volker Beck, Gila Altmann und weiterer Abgeordneter der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten Sabine Leutheusser-Schnarrenberger auf der Drucksache 14/943 in der Ausschußfassung anzunehmen.

Es liegt ein Änderungsantrag des Abgeordneten Wilhelm-Josef Sebastian und weiterer Abgeordneter auf Drucksache 14/1255 vor. Damit wird beantragt – ich erkläre Ihnen das noch einmal –, auf ein neues weiteres Mahnmal in Berlin zu verzichten und die vom Bund vorgesehenen Mittel für die bestehenden Gedenkstätten zur Verfügung zu stellen. Das ist der erste Antrag, über den wir namentlich abstimmen.

Da jeder für sich seine Abstimmungen vornehmen muß, bitte ich Sie, jetzt weiterhin sehr ruhig zu sein, damit ich Ihnen das entsprechend erklären kann.

Zunächst geht es also um den Antrag, mit dem vorgeschlagen wird, auf ein weiteres neues Mahnmal in Berlin zu verzichten und die vom Bund vorgesehenen Mittel für die bestehenden Gedenkstätten zur Verfügung zu stellen. Es ist namentliche Abstimmung verlangt. Ich bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, die vorgesehenen Plätze einzunehmen.

Sind alle Urnen besetzt? – Das ist der Fall. Ich eröffne die Abstimmung. –

(D) Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme nicht abgegeben hat? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann schließe ich die Abstimmung. Ich bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen.

Bis zum Vorliegen des Ergebnisses der namentlichen Abstimmung muß ich die Sitzung unterbrechen. Wir müssen jetzt jedesmal so verfahren, damit wir wissen, auf welcher Basis wir weiter abstimmen können.

Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung von 13.22 bis 13.30 Uhr)

Die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet. Ich bitte um Ruhe.

Ich gebe Ihnen das von den Schriftführerinnen und Schriftführern ermittelte **Ergebnis der namentlichen Abstimmung** über den Änderungsantrag des Abgeordneten Wilhelm-Josef Sebastian und weiterer Abgeordneter bekannt: Abgegebene Stimmen 559. Mit Ja haben gestimmt 115, mit Nein haben gestimmt 439, Enthaltungen 5. Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt worden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer

(A)

Endgültiges Ergebnis

Abgegebene Stimmen: 557;
davon:

ja: 113
nein: 439
enthalten: 5

Ja

SPD

Petra Bierwirth
Iris Follak
Gustav Herzog
Stephan Hilsberg
Winfried Mante
Dirk Manzewski
Albrecht Papenroth
Birgit Roth (Speyer)

CDU/CSU

Ilse Aigner
Dietrich Austermann
Günter Baumann
Meinrad Belle
Otto Bernhardt
Renate Blank
Peter Bleser
Wolfgang Börnsen (Bönstrup)
Klaus Brähmig
Paul Breuer
Hartmut Büttner (Schönebeck)
Cajus Caesar
Manfred Carstens (Emstek)
Wolfgang Dehnel
Hubert Deittert
Albert Deß
Thomas Dörflinger
Maria Eichhorn
Ilse Falk
Axel E. Fischer (Karlsruhe-Land)
Herbert Frankenhauser
Erich G. Fritz
Jochen-Konrad Fromme
Hans-Joachim Fuchtel
Norbert Geis
Georg Girisch
Peter Götz
Dr. Wolfgang Götzer
Carl-Detlev Freiherr von Hammerstein
Gerda Hasselfeldt
Hansgeorg Hauser (Rednitzhembach)
Klaus-Jürgen Hedrich
Hans Jochen Henke
Ernst Hinsken
Klaus Hofbauer
Martin Hohmann
Klaus Holetschek
Josef Hollerith
Georg Janovsky
Dr.-Ing. Rainer Jork
Bartholomäus Kalb
Steffen Kampeter
Dr. Dietmar Kansy
Volker Kauder
Manfred Kolbe
Norbert Königshofen
Thomas Kossendey
Rudolf Kraus
Dr. Karl A. Lamers (Heidelberg)
Karl-Josef Laumann
Vera Lengsfeld
Peter Letzgus
Dr. Manfred Lischewski
Wolfgang Lohmann (Lüdenscheid)
Julius Louven
Erwin Marschewski
Dr. Michael Meister
Hans Michelbach
Meinolf Michels
Dr. Gerd Müller
Bernward Müller (Jena)
Franz Obermeier
Friedhelm Ost
Eduard Oswald
Norbert Otto (Erfurt)
Beatrix Philipp
Marlies Pretzlaff
Helmut Rauber
Christa Reichard (Dresden)
Erika Reinhardt
Franz Romer
Kurt Rossmanith
Adolf Roth (Gießen)
Dr. Christian Ruck
Anita Schäfer
Hartmut Schauerte
Gerhard Scheu
Norbert Schindler
Bernd Schmidbauer
Dr. Erika Schuchardt
Clemens Schwalbe
Wilhelm-Josef Sebastian
Horst Seehofer
Heinz Seiffert
Johannes Singhammer
Carl-Dieter Spranger
Wolfgang Steiger
Dr. Wolfgang Freiherr von Stetten
Max Straubinger
Matthäus Strebl
Dr. Hans-Peter Uhl
Gunnar Uldall
Angelika Volquartz
Hans-Otto Wilhelm (Mainz)
Klaus-Peter Willsch
Werner Wittlich
Dagmar Wöhrl
Wolfgang Zeitlmann
Wolfgang Zöller

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Antje Hermenau
Sylvia Ingeborg Voß

F.D.P.

Hildebrecht Braun (Augsburg)
Jürgen Koppelin
Günther Friedrich Nolting
Marita Sehn

Nein

SPD

Brigitte Adler
Gerd Andres
Rainer Arnold
Hermann Bachmaier
Ernst Bahr
Dr. Hans-Peter Bartels
Eckhardt Barthel (Berlin)
Klaus Barthel (Starnberg)
Ingrid Becker-Inglau
Dr. Axel Berg
Hans-Werner Bertl
Friedhelm Julius Beucher
Lothar Binding (Heidelberg)
Kurt Bodewig
Klaus Brandner
Anni Brandt-Elsweier
Willi Brase
Dr. Eberhard Brecht
Rainer Brinkmann (Detmold)
Bernhard Brinkmann (Hildesheim)
Hans-Günter Bruckmann
Ursula Burchardt
Dr. Michael Bürsch
Hans Martin Bury
Hans Büttner (Ingolstadt)
Marion Caspers-Merk
Wolf-Michael Catenhusen
Dr. Peter Wilhelm Danckert
Dr. Herta Däubler-Gmelin
Christel Deichmann
Karl Diller
Rudolf Dreßler
Detlef Dzembritzki
Dieter Dzewas
Sebastian Edathy
Ludwig Eich
Marga Elser
Peter Enders
Annette Faße
Lothar Fischer (Homburg)
Gabriele Fograscher
Rainer Fornahl
Hans Forster
Lilo Friedrich (Mettmann)
Harald Friese
Anke Fuchs (Köln)
Arne Fuhrmann
Monika Ganseforth
Konrad Gilges
Iris Gleicke
Uwe Göllner
Renate Gradistanac
Angelika Graf (Rosenheim)
Dieter Grasedieck
Monika Griefahn
Wolfgang Grotthaus
Karl Hermann Haack (Extertal)
Hans-Joachim Hacker
Klaus Hagemann
Manfred Hampel
Christel Hanewinckel
Alfred Hartenbach
Klaus Hasenfratz
Nina Hauer
Hubertus Heil
Reinhold Hemker
Rolf Hempelmann
Dr. Barbara Hendricks
Monika Heubaum
Uwe Hiksch
Reinhold Hiller (Lübeck)
Gerd Höfer
Jelena Hoffmann (Chemnitz)
Walter Hoffmann (Darmstadt)
Iris Hoffmann (Wismar)
Frank Hofmann (Volkach)
Ingrid Holzhüter
Christel Humme
Barbara Imhof
Brunhilde Irber
Gabriele Iwersen
Renate Jäger
Jann-Peter Janssen
Ilse Janz
Dr. Uwe Jens
Volker Jung (Düsseldorf)
Johannes Kahrs
Sabine Kaspereit
Susanne Kastner
Hans-Peter Kemper
Klaus Kirschner
Marianne Klappert
Siegrun Klemmer
Hans-Ulrich Klose
Fritz Rudolf Körper
Karin Kortmann
Anette Kramme
Nicolette Kressl
Volker Kröning
Angelika Krüger-Leißner
Horst Kubatschka
Ernst Küchler
Helga Kühn-Mengel
Ute Kumpf
Konrad Kunick
Werner Labsch
Christine Lambrecht
Brigitte Lange
Christian Lange (Backnang)
Detlev von Larcher
Christine Lehder
Waltraud Lehn
Robert Leidinger
Dr. Elke Leonhard
Götz-Peter Lohmann (Neubrandenburg)
Erika Lotz
Dr. Christine Lucyga
Dieter Maaß (Herne)
Tobias Marhold
Lothar Mark
Ulrike Mascher
Christoph Matschie

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer

Ingrid Matthäus-Maier
Heide Mattischeck
Ulrike Mehl
Ulrike Merten
Angelika Mertens
Dr. Jürgen Meyer (Ulm)
Ursula Mogg
Christoph Moosbauer
Siegmar Mosdorf
Michael Müller (Düsseldorf)
Jutta Müller (Völklingen)
Christian Müller (Zittau)
Andrea Maria Nahles
Volker Neumann (Bramsche)
Dr. Edith Niehuis
Dr. Rolf Niese
Dietmar Nietan
Günter Oesinghaus
Eckhard Ohl
Leyla Onur
Holger Ortel
Adolf Ostertag
Kurt Palis
Dr. Willfried Penner
Dr. Martin Pfaff
Georg Pfannenstein
Johannes Pflug
Joachim Poß
Karin Rehbock-Zureich
Margot von Renesse
Renate Rennebach
Bernd Reuter
Reinhold Robbe
René Röspel
Dr. Ernst Dieter Rossmann
Michael Roth (Heringen)
Thomas Sauer
Dr. Hansjörg Schäfer
Gudrun Schaich-Walch
Rudolf Scharping
Bernd Scheelen
Siegfried Scheffler
Horst Schild
Otto Schily
Horst Schmidbauer (Nürnberg)
Ulla Schmidt (Aachen)
Silvia Schmidt (Eisleben)
Dagmar Schmidt (Meschede)
Wilhelm Schmidt (Salzgitter)
Regina Schmidt-Zadel
Heinz Schmitt (Berg)
Carsten Schneider
Dr. Emil Schnell
Walter Schöler
Olaf Scholz
Fritz Schösser
Gerhard Schröder
Gisela Schröter
Dr. Mathias Schubert
Brigitte Schulte (Hameln)
Reinhard Schultz (Everswinkel)
Volkmar Schultz (Köln)
Ilse Schumann
Ewald Schurer
Dr. R. Werner Schuster
Dietmar Schütz (Oldenburg)
Dr. Angelica Schwall-Düren
Rolf Schwanitz
Bodo Seidenthal
Erika Simm
Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk
Dr. Cornelie Sonntag-Wolgast
Wieland Sorge
Wolfgang Spanier
Dr. Margrit Spielmann
Jörg-Otto Spiller
Dr. Ditmar Staffelt
Ludwig Stiegler
Rolf Stöckel
Rita Streb-Hesse
Dr. Peter Struck
Joachim Stünker
Joachim Tappe
Jörg Tauss
Jella Teuchner
Wolfgang Thierse
Franz Thönnes
Uta Titze-Stecher
Adelheid Tröscher
Hans-Eberhard Urbaniak
Rüdiger Veit
Simone Violka
Ute Vogt (Pforzheim)
Hans Georg Wagner
Hedi Wegener
Dr. Konstanze Wegner
Wolfgang Weiermann
Reinhard Weis (Stendal)
Matthias Weisheit
Gert Weisskirchen (Wiesloch)
Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker
Dr. Rainer Wend
Hildegard Wester
Lydia Westrich
Dr. Margrit Wetzel
Dr. Norbert Wieczorek
Helmut Wieczorek (Duisburg)
Jürgen Wieczorek (Leipzig)
Dieter Wiefelspütz
Heino Wiese (Hannover)
Klaus Wiesehügel
Brigitte Wimmer (Karlsruhe)
Engelbert Wistuba
Barbara Wittig
Verena Wohlleben
Hanna Wolf (München)
Waltraud Wolff (Zielitz)
Heidemarie Wright
Peter Zumkley

CDU/CSU

Peter Altmaier
Norbert Barthle
Brigitte Baumeister
Dr. Sabine Bergmann-Pohl
Dr. Heribert Blens
Dr. Norbert Blüm
Sylvia Bonitz
Jochen Borchert
Wolfgang Bosbach
Dr. Wolfgang Bötsch
Dr. Ralf Brauksiepe
Dankward Buwitt
Peter H. Carstensen (Nordstrand)
Renate Diemers
Rainer Eppelmann
Anke Eymer
Dr. Hans Georg Faust
Ulf Fink
Ingrid Fischbach
Dirk Fischer (Hamburg)
Dr. Gerhard Friedrich (Erlangen)
Dr. Heiner Geißler
Michael Glos
Dr. Reinhard Göhner
Kurt-Dieter Grill
Hermann Gröhe
Manfred Grund
Gottfried Haschke (Großhennersdorf)
Norbert Hauser (Bonn)
Ursula Heinen
Siegfried Helias
Joachim Hörster
Hubert Hüppe
Peter Jacoby
Irmgard Karwatzki
Eckart von Klaeden
Ulrich Klinkert
Dr. Helmut Kohl
Hartmut Koschyk
Dr. Martina Krogmann
Dr. Hermann Kues
Karl Lamers
Dr. Norbert Lammert
Dr. Paul Laufs
Ursula Lietz
Walter Link (Diepholz)
Dr. Martin Mayer (Siegertsbrunn)
Wolfgang Meckelburg
Dr. Angela Merkel
Friedrich Merz
Claudia Nolte
Günter Nooke
Dr. Peter Paziorek
Anton Pfeifer
Dr. Friedbert Pflüger
Ronald Pofalla
Ruprecht Polenz
Dr. Bernd Protzner
Thomas Rachel
Dr. Peter Ramsauer
Hans-Peter Repnik
Klaus Riegert
Dr. Heinz Riesenhuber
Hannelore Rönsch (Wiesbaden)
Norbert Röttgen
Volker Rühe
Dr. Jürgen Rüttgers
Dr. Wolfgang Schäuble
Heinz Schemken
Dietmar Schlee
Christian Schmidt (Fürth)
Andreas Schmidt (Mühlheim)
Hans Peter Schmitz (Baesweiler)
Dr. Andreas Schockenhoff
Dr. Rupert Scholz
Reinhard Freiherr von Schorlemer
Wolfgang Schulhoff
Diethard W. Schütze (Berlin)
Dr. Christian Schwarz-Schilling
Rudolf Seiters
Werner Siemann
Bärbel Sothmann
Margarete Späte
Andreas Storm
Dorothea Störr-Ritter
Thomas Strobl
Michael Stübgen
Dr. Rita Süssmuth
Dr. Susanne Tiemann
Edeltraut Töpfer
Arnold Vaatz
Andrea Voßhoff
Dr. Theodor Waigel
Peter Weiß (Emmendingen)
Gerald Weiß (Groß-Gerau)
Annette Widmann-Mauz
Heinz Wiese (Ehingen)
Aribert Wolf
Elke Wülfing

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Marieluise Beck (Bremen)
Volker Beck (Köln)
Angelika Beer
Matthias Berninger
Annelie Buntenbach
Dr. Thea Dückert
Franziska Eichstädt-Bohlig
Dr. Uschi Eid
Hans-Josef Fell
Andrea Fischer (Berlin)
Rita Grießhaber
Winfried Hermann
Kristin Heyne
Michaele Hustedt
Monika Knoche
Dr. Angelika Köster-Loßack
Steffi Lemke
Dr. Helmut Lippelt
Dr. Reinhard Loske
Klaus Wolfgang Müller (Kiel)
Kerstin Müller (Köln)
Winfried Nachtwei
Christa Nickels
Cem Özdemir
Simone Probst
Claudia Roth (Augsburg)
Christine Scheel
Irmingard Schewe-Gerigk
Rezzo Schlauch
Albert Schmidt (Hitzhofen)
Werner Schulz (Leipzig)
Christian Simmert
Christian Sterzing
Hans-Christian Ströbele
Dr. Antje Vollmer
Ludger Volmer
Helmut Wilhelm (Amberg)
Margareta Wolf (Frankfurt)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer

F.D.P.

Ernst Burgbacher
Jörg van Essen
Gisela Frick
Paul K. Friedhoff
Horst Friedrich (Bayreuth)
Rainer Funke
Dr. Wolfgang Gerhardt
Hans-Michael Goldmann
Dr. Karlheinz Guttmacher
Ulrich Heinrich
Walter Hirche
Birgit Homburger
Dr. Werner Hoyer
Ulrich Irmer
Dr. Klaus Kinkel
Dr. Heinrich Kolb
Gudrun Kopp
Ina Lenke
Sabine Leutheusser-Schnarrenberger
Dirk Niebel
Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
Dr. Günter Rexrodt
Dr. Edzard Schmidt-Jortzig
Gerhard Schüßler
Dr. Irmgard Schwaetzer
Dr. Hermann Otto Solms
Dr. Max Stadler
Carl-Ludwig Thiele
Dr. Dieter Thomae
Jürgen Türk
Dr. Guido Westerwelle

PDS

Petra Bläss
Maritta Böttcher
Eva Bulling-Schröter
Roland Claus
Heidemarie Ehlert
Dr. Heinrich Fink
Dr. Ruth Fuchs
Wolfgang Gehrcke-Reymann
Dr. Klaus Grehn
Dr. Gregor Gysi
Dr. Barbara Höll
Carsten Hübner
Ulla Jelpke
Sabine Jünger
Gerhard Jüttemann
Dr. Evelyn Kenzler
Dr. Heidi Knake-Werner
Rolf Kutzmutz
Heidi Lippmann-Kasten
Ursula Lötzer
Dr. Christa Luft
Heidemarie Lüth
Kersten Naumann
Rosel Neuhäuser
Christine Ostrowski
Petra Pau
Dr. Uwe-Jens Rössel
Christina Schenk
Gustav-Adolf Schur
Dr. Ilja Seifert

Enthalten

SPD

Gudrun Roos

CDU/CSU

Dr. Wolf Bauer
Dr. Michael Luther
Elmar Müller (Kirchheim)
Dr.-Ing. Joachim Schmidt (Halsbrücke)

Entschuldigt wegen Übernahme einer Verpflichtung im Rahmen ihrer Mitgliedschaft in den Parlamentarischen Versammlungen des Europarates und der WEU, der NAV, der OSZE oder der IPU

Abgeordnete(r)

Behrendt, Wolfgang, SPD
Hornung, Siegfried, CDU/CSU
Neumann (Gotha), Gerhard, SPD
Zierer, Benno, CDU/CSU
Bindig, Rudolf, SPD
Lörcher, Christa, SPD
Schloten, Dieter, SPD
Bühler (Bruchsal), Klaus, CDU/CSU
Maaß (Wilhelmshaven), Erich, CDU/CSU
von Schmude, Michael, CDU/CSU
Dr. Hornhues, Karl-Heinz, CDU/CSU
Müller (Berlin), Manfred, PDS
Dr. Wodarg, Wolfgang, SPD

Wir kommen jetzt zu einem Antrag, über den nicht namentlich abgestimmt wird, nämlich zu dem Änderungsantrag des Abgeordneten Hildebrecht Braun auf Drucksache 14/1241, mit dem beantragt wird, von der Errichtung eines Denkmals abzusehen und statt dessen eine jüdische Universität in Berlin zu errichten.

Wer stimmt für diesen Änderungsantrag? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mit der großen Mehrheit des Hauses gegen drei Stimmen aus der F.D.P. und von Bündnis 90/Die Grünen bei zwei Enthaltungen abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Abgeordneten Annette Widmann-Mauz und weiterer Abgeordneter, mit dem beantragt wird, in die Widmung in Abschnitt I Nr. 1 neben den ermordeten Juden Europas auch „alle Opfer der nationalsozialistischen Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ einzubeziehen. Das ist Drucksache 14/1267.

Wieder ist namentliche Abstimmung verlangt. Sind die Urnen jeweils mit zwei Schriftführerinnen bzw. Schriftführern besetzt? – Das ist der Fall. Ich eröffne die Abstimmung und bitte aus gegebenem Anlaß alle Abgeordneten, zu überprüfen, ob sie die Stimmkarte gegriffen haben, die ihren eigenen Namen trägt. –

Ist ein Mitglied anwesend, das seine Stimme noch nicht abgegeben hat? – Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Abstimmung und bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen.

Bis zum Vorliegen des Ergebnisses muß ich die Sitzung wieder unterbrechen.

(Unterbrechung von 13.36 bis 13.43 Uhr)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer: Die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet.

Ich gebe Ihnen das von den Schriftführern und Schriftführerinnen ermittelte **Ergebnis der namentlichen Abstimmung** über den Änderungsantrag der Abgeordneten Annette Widmann-Mauz und weiterer Abgeordneter betreffend die Erweiterung der Widmung um den Zusatz: „… und alle Opfer der nationalsozialistischen Verbrechen gegen die Menschlichkeit …“ bekannt. Abgegebene Stimmen 551. Mit Ja haben gestimmt 218, mit Nein haben gestimmt 325, Enthaltungen 8. Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt worden.

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer

(A)

Endgültiges Ergebnis

Abgegebene Stimmen: 550;
davon:

ja:	217
nein:	324
enthalten:	8
ungültig:	1

Ja

SPD

Ernst Bahr
Klaus Brandner
Dr. Peter Wilhelm Danckert
Karl Diller
Peter Enders
Lothar Fischer (Homburg)
Hans Forster
Stephan Hilsberg
Jelena Hoffmann (Chemnitz)
Iris Hoffmann (Wismar)
Dr. Uwe Jens
Volker Jung (Düsseldorf)
Johannes Kahrs
Robert Leidinger
Winfried Mante
Dirk Manzewski
Christian Müller (Zittau)
Eckhard Ohl
Adolf Ostertag
Ewald Schurer
Adelheid Tröscher
Helmut Wieczorek (Duisburg)

(B)

CDU/CSU

Ilse Aigner
Peter Altmaier
Dietrich Austermann
Norbert Barthle
Günter Baumann
Brigitte Baumeister
Meinrad Belle
Dr. Sabine Bergmann-Pohl
Otto Bernhardt
Dr. Heribert Blens
Peter Bleser
Dr. Norbert Blüm
Sylvia Bonitz
Jochen Borchert
Wolfgang Börnsen (Bönstrup)
Wolfgang Bosbach
Dr. Wolfgang Bötsch
Klaus Brähmig
Dr. Ralf Brauksiepe
Paul Breuer
Hartmut Büttner (Schönebeck)
Dankward Buwitt
Cajus Caesar
Manfred Carstens (Emstek)
Leo Dautzenberg
Albert Deß
Renate Diemers
Maria Eichhorn
Rainer Eppelmann
Anke Eymer
Ilse Falk
Dr. Hans Georg Faust
Ulf Fink
Ingrid Fischbach
Dirk Fischer (Hamburg)
Axel E. Fischer (Karlsruhe-Land)
Herbert Frankenhauser
Dr. Gerhard Friedrich (Erlangen)
Erich G. Fritz
Jochen-Konrad Fromme
Hans-Joachim Fuchtel
Norbert Geis
Dr. Heiner Geißler
Michael Glos
Dr. Reinhard Göhner
Peter Götz
Dr. Wolfgang Götzer
Kurt-Dieter Grill
Hermann Gröhe
Carl-Detlev Freiherr von Hammerstein
Gottfried Haschke (Großhennersdorf)
Gerda Hasselfeldt
Norbert Hauser (Bonn)
Hansgeorg Hauser (Rednitzhembach)
Klaus-Jürgen Hedrich
Ursula Heinen
Siegfried Helias
Hans Jochen Henke
Ernst Hinsken
Klaus Hofbauer
Klaus Holetschek
Josef Hollerith
Joachim Hörster
Hubert Hüppe
Peter Jacoby
Georg Janovsky
Dr.-Ing. Rainer Jork
Steffen Kampeter
Dr. Dietmar Kansy
Irmgard Karwatzki
Eckart von Klaeden
Ulrich Klinkert
Dr. Helmut Kohl
Manfred Kolbe
Norbert Königshofen
Hartmut Koschyk
Thomas Kossendey
Rudolf Kraus
Dr. Martina Krogmann
Karl Lamers
Dr. Karl A. Lamers (Heidelberg)
Dr. Norbert Lammert
Dr. Paul Laufs
Karl-Josef Laumann
Vera Lengsfeld
Ursula Lietz
Walter Link (Diepholz)
Dr. Manfred Lischewski
Wolfgang Lohmann (Lüdenscheid)
Julius Louven
Dr. Michael Luther
Erwin Marschewski
Dr. Martin Mayer (Siegertsbrunn)
Wolfgang Meckelburg
Dr. Angela Merkel
Friedrich Merz
Hans Michelbach
Meinolf Michels
Dr. Gerd Müller
Bernward Müller (Jena)
Günter Nooke
Friedhelm Ost
Eduard Oswald
Norbert Otto (Erfurt)
Dr. Peter Paziorek
Anton Pfeifer
Dr. Friedbert Pflüger
Beatrix Philipp
Ronald Pofalla
Ruprecht Polenz
Marlies Pretzlaff
Dr. Bernd Protzner
Thomas Rachel
Dr. Peter Ramsauer
Christa Reichard (Dresden)
Hans-Peter Repnik
Klaus Riegert
Dr. Heinz Riesenhuber
Franz Romer
Hannelore Rönsch (Wiesbaden)
Kurt Rossmanith
Adolf Roth (Gießen)
Norbert Röttgen
Dr. Christian Ruck
Volker Rühe
Dr. Jürgen Rüttgers
Anita Schäfer
Dr. Wolfgang Schäuble
Hartmut Schauerte
Heinz Schemken
Gerhard Scheu
Dietmar Schlee
Bernd Schmidbauer
Christian Schmidt (Fürth)
Dr.-Ing. Joachim Schmidt (Halsbrücke)
Andreas Schmidt (Mühlheim)
Hans Peter Schmitz (Baesweiler)
Dr. Andreas Schockenhoff
Dr. Rupert Scholz
Reinhard Freiherr von Schorlemer
Dr. Erika Schuchardt
Wolfgang Schulhoff
Diethard W. Schütze (Berlin)
Clemens Schwalbe
Dr. Christian Schwarz-Schilling
Wilhelm-Josef Sebastian
Horst Seehofer
Rudolf Seiters
Werner Siemann
Johannes Singhammer
Bärbel Sothmann
Margarete Späte
Carl-Dieter Spranger
Wolfgang Steiger

(C)

Dr. Wolfgang Freiherr von Stetten
Andreas Storm
Dorothea Störr-Ritter
Max Straubinger
Matthäus Strebl
Thomas Strobl
Michael Stübgen
Dr. Rita Süssmuth
Dr. Susanne Tiemann
Edeltraut Töpfer
Dr. Hans-Peter Uhl
Gunnar Uldall
Arnold Vaatz
Andrea Voßhoff
Dr. Theodor Waigel
Peter Weiß (Emmendingen)
Gerald Weiß (Groß-Gerau)
Annette Widmann-Mauz
Heinz Wiese (Ehingen)
Hans-Otto Wilhelm (Mainz)
Klaus-Peter Willsch
Dagmar Wöhrl
Aribert Wolf
Elke Wülfing
Wolfgang Zeitlmann
Wolfgang Zöller

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Werner Schulz (Leipzig)

F.D.P.

Hildebrecht Braun (Augsburg)
Ernst Burgbacher
Jörg van Essen
Gisela Frick
Rainer Funke
Birgit Homburger
Dr. Klaus Kinkel
Dr. Heinrich Leonhard Kolb
Jürgen Koppelin
Günter Friedrich Nolting
Dr. Günter Rexrodt
Marita Sehn
Jürgen Türk
Dr. Guido Westerwelle

(D)

Nein

SPD

Brigitte Adler
Gerd Andres
Rainer Arnold
Hermann Bachmaier
Dr. Hans-Peter Bartels
Eckhardt Barthel (Berlin)
Klaus Barthel (Starnberg)
Ingrid Becker-Inglau
Hans-Werner Bertl
Friedhelm Julius Beucher
Petra Bierwirth
Lothar Binding (Heidelberg)
Anni Brandt-Elsweier
Willi Brase
Dr. Eberhard Brecht

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer

(A)

Rainer Brinkmann (Detmold)
Bernhard Brinkmann (Hildesheim)
Hans-Günter Bruckmann
Ursula Burchardt
Dr. Michael Bürsch
Hans Martin Bury
Hans Büttner (Ingolstadt)
Marion Caspers-Merk
Wolf-Michael Catenhusen
Christel Deichmann
Rudolf Dreßler
Detlef Dzembritzki
Dieter Dzewas
Sebastian Edathy
Ludwig Eich
Marga Elser
Annette Faße
Gabriele Fograscher
Iris Follak
Rainer Fornahl
Lilo Friedrich (Mettmann)
Harald Friese
Anke Fuchs (Köln)
Arne Fuhrmann
Monika Ganseforth
Konrad Gilges
Iris Gleicke
Uwe Göllner
Renate Gradistanac
Angelika Graf (Rosenheim)
Dieter Grasedieck
Monika Griefahn
Wolfgang Grotthaus
Hans-Joachim Hacker
Klaus Hagemann
Manfred Hampel
Christel Hanewinckel
Alfred Hartenbach
Klaus Hasenfratz
Nina Hauer
Hubertus Heil
Reinhold Hemker
Rolf Hempelmann
Dr. Barbara Hendricks
Gustav Herzog
Monika Heubaum
Uwe Hiksch
Reinhold Hiller (Lübeck)
Gerd Höfer
Walter Hoffmann (Darmstadt)
Frank Hofmann (Volkach)
Ingrid Holzhüter
Christel Humme
Barbara Imhof
Brunhilde Irber
Gabriele Iwersen
Jann-Peter Janssen
Ilse Janz
Sabine Kaspereit
Susanne Kastner
Hans-Peter Kemper
Klaus Kirschner
Marianne Klappert
Siegrun Klemmer
Hans-Ulrich Klose
Fritz Rudolf Körper
Karin Kortmann
Anette Kramme

Nicolette Kressl
Volker Kröning
Angelika Krüger-Leißner
Horst Kubatschka
Ernst Küchler
Helga Kühn-Mengel
Ute Kumpf
Konrad Kunick
Werner Labsch
Christine Lambrecht
Brigitte Lange
Christian Lange (Backnang)
Detlev von Larcher
Christine Lehder
Waltraud Lehn
Dr. Elke Leonhard
Götz-Peter Lohmann (Neubrandenburg)
Erika Lotz
Dr. Christine Lucyga
Dieter Maaß (Herne)
Tobias Marhold
Lothar Mark
Ulrike Mascher
Christoph Matschie
Ingrid Matthäus-Maier
Heide Mattischeck
Ulrike Mehl
Ulrike Merten
Angelika Mertens
Dr. Jürgen Meyer (Ulm)
Ursula Mogg
Christoph Moosbauer
Siegmar Mosdorf
Jutta Müller (Völklingen)
Andrea Maria Nahles
Volker Neumann (Bramsche)
Dr. Edith Niehuis
Dr. Rolf Niese
Dietmar Nietan
Günter Oesinghaus
Leyla Onur
Holger Ortel
Kurt Palis
Albrecht Papenroth
Dr. Willfried Penner
Dr. Martin Pfaff
Georg Pfannenstein
Johannes Pflug
Joachim Poß
Karin Rehbock-Zureich
Margot von Renesse
Renate Rennebach
Bernd Reuter
Reinhold Robbe
René Röspel
Dr. Ernst Dieter Rossmann
Michael Roth (Heringen)
Thomas Sauer
Dr. Hansjörg Schäfer
Gudrun Schaich-Walch
Rudolf Scharping
Bernd Scheelen
Siegfried Scheffler
Horst Schild
Otto Schily
Horst Schmidbauer (Nürnberg)
Ulla Schmidt (Aachen)
Silvia Schmidt (Eisleben)

(B)

Dagmar Schmidt (Meschede)
Wilhelm Schmidt (Salzgitter)
Regina Schmidt-Zadel
Heinz Schmitt (Berg)
Carsten Schneider
Dr. Emil Schnell
Walter Schöler
Olaf Scholz
Fritz Schösser
Gerhard Schröder
Gisela Schröter
Dr. Mathias Schubert
Brigitte Schulte (Hameln)
Volkmar Schultz (Köln)
Ilse Schumann
Dr. R. Werner Schuster
Dietmar Schütz (Oldenburg)
Dr. Angelica Schwall-Düren
Rolf Schwanitz
Bodo Seidenthal
Erika Simm
Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk
Dr. Cornelie Sonntag-Wolgast
Wieland Sorge
Wolfgang Spanier
Dr. Margrit Spielmann
Jörg-Otto Spiller
Dr. Ditmar Staffelt
Ludwig Stiegler
Rolf Stöckel
Rita Streb-Hesse
Dr. Peter Struck
Joachim Stünker
Joachim Tappe
Jörg Tauss
Jella Teuchner
Wolfgang Thierse
Franz Thönnes
Uta Titze-Stecher
Hans-Eberhard Urbaniak
Rüdiger Veit
Simone Violka
Ute Vogt (Pforzheim)
Hans Georg Wagner
Hedi Wegener
Dr. Konstanze Wegner
Wolfgang Weiermann
Reinhard Weis (Stendal)
Matthias Weisheit
Gert Weisskirchen (Wiesloch)
Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker
Dr. Rainer Wend
Hildegard Wester
Lydia Westrich
Dr. Margrit Wetzel
Jürgen Wieczorek (Leipzig)
Dieter Wiefelspütz
Heino Wiese (Hannover)
Klaus Wiesehügel
Brigitte Wimmer (Karlsruhe)
Engelbert Wistuba
Barbara Wittig
Verena Wohlleben
Hanna Wolf (München)
Waltraud Wolff (Zielitz)

(C)

Heidemarie Wright
Peter Zumkley

CDU/CSU

Hubert Deittert
Thomas Dörflinger
Georg Girisch
Manfred Grund
Martin Hohmann
Bartholomäus Kalb
Volker Kauder
Dr. Hermann Kues
Peter Letzgus
Dr. Michael Meister
Claudia Nolte
Franz Obermeier
Helmut Rauber
Erika Reinhardt
Heinz Seiffert
Angelika Volquartz
Werner Wittlich

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Marieluise Beck (Bremen)
Volker Beck (Köln)
Angelika Beer
Matthias Berninger
Annelie Buntenbach
Dr. Thea Dückert
Franziska Eichstädt-Bohlig
Dr. Uschi Eid
Hans-Josef Fell
Andrea Fischer (Berlin)
Rita Grießhaber
Winfried Hermann
Antje Hermenau
Kristin Heyne
Michaele Hustedt
Monika Knoche
Dr. Angelika Köster-Loßack
Steffi Lemke
Dr. Helmut Lippelt
Dr. Reinhard Loske
Klaus Wolfgang Müller (Kiel)
Kerstin Müller (Köln)
Winfried Nachtwei
Christa Nickels
Cem Özdemir
Simone Probst
Claudia Roth (Augsburg)
Christine Scheel
Irmingard Schewe-Gerigk
Rezzo Schlauch
Albert Schmidt (Hitzhofen)
Christian Simmert
Christian Sterzing
Hans-Christian Ströbele
Dr. Antje Vollmer
Ludger Volmer
Helmut Wilhelm (Amberg)
Margareta Wolf (Frankfurt)

F.D.P.

Paul K. Friedhoff
Horst Friedrich (Bayreuth)
Dr. Wolfgang Gerhardt

(D)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer

Hans-Michael Goldmann
Dr. Karlheinz Guttmacher
Ulrich Heinrich
Walter Hirche
Dr. Werner Hoyer
Ulrich Irmer
Gudrun Kopp
Ina Lenke
Sabine Leutheusser-Schnarrenberger
Dirk Niebel
Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
Dr. Edzard Schmidt-Jortzig
Gerhard Schüßler
Dr. Irmgard Schwaetzer
Dr. Hermann Otto Solms
Dr. Max Stadler
Carl-Ludwig Thiele
Dr. Dieter Thomae

PDS

Petra Bläss
Maritta Böttcher
Eva Bulling-Schröter
Roland Claus
Heidemarie Ehlert
Dr. Heinrich Fink
Dr. Ruth Fuchs
Wolfgang Gehrcke-Reymann
Dr. Klaus Grehn
Dr. Gregor Gysi
Dr. Barbara Höll
Carsten Hübner
Ulla Jelpke
Sabine Jünger
Gerhard Jüttemann
Dr. Evelyn Kenzler
Dr. Heidi Knake-Werner
Rolf Kutzmutz Heidi Lippmann-Kasten
Ursula Lötzer
Dr. Christa Luft
Heidemarie Lüth
Kersten Naumann
Rosel Neuhäuser
Christine Ostrowski
Petra Pau
Dr. Uwe-Jens Rössel
Christina Schenk
Gustav-Adolf Schur
Dr. Ilja Seifert

Enthalten

SPD

Dr. Axel Berg
Kurt Bodewig
Renate Jäger
Dr. Norbert Wieczorek

CDU/CSU

Dr. Wolf Bauer
Renate Blank
Elmar Müller (Kirchheim)

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Sylvia Voß

Ungültig

SPD

Dr. Herta Däubler-Gmelin

Entschuldigt wegen Übernahme einer Verpflichtung im Rahmen ihrer Mitgliedschaft in den Parlamentarischen Versammlungen des Europarates und der WEU, der NAV, der OSZE oder der IPU

Abgeordnete(r)

Behrendt, Wolfgang, SPD
Bindig, Rudolf, SPD
Bühler (Bruchsal), Klaus, CDU/CSU
Dr. Hornhues, Karl-Heinz, CDU/CSU
Hornung, Siegfried, CDU/CSU
Lörcher, Christa, SPD
Maaß (Wilhelmshaven), Erich, CDU/CSU
Müller (Berlin), Manfred, PDS
Neumann (Gotha), Gerhard, SPD
Schloten, Dieter, SPD
von Schmude, Michael, CDU/CSU
Dr. Wodarg, Wolfgang, SPD
Zierer, Benno, CDU/CSU

Wir stimmen jetzt nicht namentlich über Abschnitt I Nr. 1 der Beschlußempfehlung auf Drucksache 14/1238 ab. Damit schließen wir den Abstimmungsvorgang über diese Passage ab. Wer stimmt dafür? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Abschnitt I Nr. 1 der Beschlußempfehlung ist mit großer Mehrheit angenommen worden.

Damit kommen wir nun zur Abstimmung über Abschnitt I Nrn. 2 bis 5 der Beschlußempfehlung auf Drucksache 14/1238. Darüber wird nicht namentlich abgestimmt. Das war in der Debatte auch nicht strittig. Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Abschnitt I Nrn. 2 bis 5 ist mit großer Mehrheit bei wenigen Gegenstimmen angenommen worden. Damit hat der Deutsche Bundestag entschieden, ein Mahnmal zu errichten.

(Beifall im ganzen Hause)

Bevor wir nun zu den Abstimmungen über die Gestaltung des Mahnmals entsprechend der verschiedenen Entwürfe kommen, stimmen wir über den Änderungsantrag der Abgeordneten Annette Widmann-Mauz und weiterer Abgeordneter auf Drucksache 14/1268 ab, mit dem die Bundesregierung aufgefordert werden soll, im Einvernehmen mit dem Berliner Senat und unter Beteiligung des Initiativkreises ein Gestaltungskonzept für das Mahnmal vorzulegen. Wer stimmt für diesen Änderungsantrag? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Dieser Änderungsantrag ist mit der Mehrheit des Hauses bei Gegenstimmen und Enthaltungen abgelehnt worden.

Wir kommen zu Abschnitt II der Beschlußempfehlung – das betrifft die Gestaltung des Mahnmals – und stimmen zunächst über den Änderungsantrag der Abgeordneten Wolfgang Schulhoff, Renate Jäger und weiterer Abgeordneter auf Drucksache 14/1269 ab. Dieser Antrag ist unter der Bezeichnung „Schröder-Entwurf“ bekannt. In dem Änderungsantrag wird gewünscht, Abschnitt II wie folgt zu fassen:

> Das Mahnmal soll ausdrücklich eine Mahnung formulieren. Dafür wird das Mordverbot vorgeschlagen.

Es ist namentliche Abstimmung verlangt. Ich bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, die Plätze einzunehmen. – Sind die Urnen besetzt? – Das ist der Fall. Dann eröffne ich die Abstimmung. –

Ist jemand anwesend, der seine Stimmkarte noch nicht abgegeben hat? – Das ist nicht der Fall. Damit schließe ich die Abstimmung.

Die Schriftführerinnen und Schriftführer beginnen mit der Auszählung. Bis zur Bekanntgabe des Ergebnisses ist die Sitzung unterbrochen.

(Unterbrechung von 13.50 Uhr bis 13.56 Uhr)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer: Die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet.

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer

(A) Ich gebe das von den Schriftführern und Schriftführerinnen ermittelte **Ergebnis der namentlichen Abstimmung** über den Änderungsantrag der Abgeordneten Wolfgang Schulhoff, Renate Jäger und anderer bekannt. Darin ging es – entgegen der Beschlußempfehlung – um den Gestaltungsvorschlag: Du sollst nicht morden! Abgegebene Stimmen 548. Mit Ja haben gestimmt 188, mit Nein haben gestimmt 354. Es gab 6 Enthaltungen. Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt worden. (C)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der F.D.P.)

Endgültiges Ergebnis

Abgegebene Stimmen: 547;
davon:

ja: 187

nein: 354

enthalten: 6

Ja

SPD

Ernst Bahr
Hans Büttner (Ingolstadt)
Dr. Peter Wilhelm Danckert
Karl Diller
Rainer Fornal
Dieter Grasedieck
Hans-Joachim Hacker
Manfred Hampel
Stephan Hilsberg
Jelena Hoffmann (Chemnitz)
Renate Jäger
Johannes Kahrs
Hans-Peter Kemper
Werner Labsch
Winfried Mante
(B) Dirk Manzewski
Manfred Müller (Zittau)
Dr. Rolf Niese
Dr. Wilfried Penner
Georg Pfannenstein
Reinhold Robbe
Horst Schild
Silvia Schmidt (Eisleben)
Regina Schmidt-Zadel
Dr. Emil Schnell
Dr. Mathias Schubert
Ilse Schumann
Joachim Tappe
Hans-Eberhard Urbaniak
Helmut Wieczorek (Duisburg)
Engelbert Wistuba
Verena Wohlleben
Peter Zumkley

CDU/CSU

Ilse Aigner
Dietrich Austermann
Norbert Barthle
Günter Baumann
Brigitte Baumeister
Meinrad Belle
Dr. Sabine Bergmann-Pohl
Otto Bernhardt
Dr. Heribert Blens
Norbert Blüm
Sylvia Bonitz
Jochen Borchert
Wolfgang Börnsen (Bönstrup)
Wolfgang Bosbach
Dr. Wolfgang Bötsch
Paul Breuer
Hartmut Büttner (Schönebeck)
Dankwart Buwitt
Cajus Caesar
Manfred Carstens (Emstek)
Leo Dautzenberg
Albert Deß
Renate Diemers
Thomas Dörflinger
Maria Eichhorn
Anke Eymer
Ilse Falk
Ulf Fink
Ingrid Fischbach
Dirk Fischer (Hamburg)
Axel Fischer (Karlsruhe-Land)
Herbert Frankenhauser
Dr. Gerhard Friedrich
Erich G. Fritz
Jochen-Konrad Fromme
Hans-Joachim Fuchtel
Norbert Geis
Michael Glos
Dr. Reinhard Göhner
Peter Götz
Dr. Wolfgang Götzer
Kurt-Dieter Grill
Hermann Gröhe
Carl-Detlev Freiherr von Hammerstein
Gottfried Haschke (Großhennersdorf)
Gerda Hasselfeldt
Norbert Hauser (Bonn)
Hansgeorg Hauser (Rednitzhembach)
Klaus-Jürgen Hedrich
Siegfried Helias
Ernst Hinsken
Klaus Hofbauer
Klaus Holetschek
Josef Hollerith
Joachim Hörster
Hubert Hüppe
Georg Janovsky
Dr.-Ing. Rainer Jork
Bartholomäus Kalb
Steffen Kampeter
Dr. Dietmar Kansy
Irmgard Karwatzki
Ulrich Klinkert
Manfred Kolbe
Norbert Königshofen
Rudolf Kraus
Dr. Hermann Kues
Dr. Karl A. Lamers (Heidelberg)
Dr. Paul Laufs
Karl-Josef Laumann
Vera Lengsfeld
Dr. Manfred Lischewski
Wolfgang Lohmann (Lüdenscheid)
Julius Louven
Dr. Michael Luther
Erwin Marschewski
Dr. Martin Mayer (Siegertsbrunn)
Wolfgang Meckelburg
Dr. Angela Merkel
Friedrich Merz
Hans Michelbach
Meinolf Michels
Dr. Gerd Müller
Bernward Müller (Jena)
Franz Obermeier
Friedhelm Ost
Eduard Oswald
Norbert Otto (Erfurt)
Dr. Peter Paziorek
Ronald Pofalla
Thomas Rachel
Dr. Peter Ramsauer
Christa Reichard (Dresden)
Klaus Riegert
Dr. Heinz Riesenhuber
Franz Romer
Hannelore Rönsch (Wiesbaden)
Kurt Rossmanith
Adolf Roth (Gießen)
Dr. Christian Ruck
Volker Rühe
Hartmut Schauerte
Gerhard Scheu
Dietmar Schlee
Bernd Schmidbauer
Christian Schmidt (Fürth)
Dr.-Ing. Joachim Schmidt (Halsbrücke)
Andreas Schmit (Mühlheim)
Hans Peter Schmitz (Baesweiler)
Dr. Rupert Scholz
Reinhard Freiherr von Schorlemer
Dr. Erika Schuchardt
Wolfgang Schulhoff
Diethard W. Schütze (Berlin)
Clemens Schwalbe
Dr. Christian Schwarz-Schilling
Horst Seehofer
Heinz Seiffert
Werner Siemann
Johannes Singhammer
Bärbel Sothmann
Carl-Dieter Spranger
Wolfgang Steiger
Dr. Wolfgang Freiherr von Stetten
Andreas Storm
Dorothea Störr-Ritter
Max Straubinger
Matthäus Strebl
Thomas Strobl
Michael Stübgen
Dr. Susanne Tiemann
Edeltraut Töpfer
Dr. Hans-Peter Uhl
Gunnar Uldall
Arnold Vaatz
Dr. Theodor Waigel
Gerald Weiß (Groß-Gerau)
Klaus-Peter Willsch
Werner Wittlich
Dagmar Wöhrl
Aribert Wolf
Wolfgang Zeitlmann
Wolfgang Zöller

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Sylvia Voß (D)

F.D.P.

Jörg van Essen
Rainer Funke
Ulrich Heinrich
Birgit Homburger
Dr. Heinrich Kolb
Jürgen Koppelin
Dr. Günter Rexrodt
Dr. Edzard Schmidt-Jortzig
Marita Sehn
Dr. Guido Westerwelle

Nein

SPD

Brigitte Adler
Gerd Andres
Rainer Arnold
Hermann Bachmaier
Dr. Hans-Peter Bartels
Eckhardt Barthel (Berlin)
Klaus Barthel (Starnberg)
Ingrid Becker-Inglau
Dr. Axel Berg
Hans-Werner Bertl
Friedhelm Julius Beucher
Petra Bierwirth
Lothar Binding (Heidelberg)
Kurt Bodewig
Klaus Brandner

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer

(A)

Anni Brandt-Elsweier
Willi Brase
Dr. Eberhard Brecht
Rainer Brinkmann (Detmold)
Bernhard Brinkmann (Hildesheim)
Hans-Günter Bruckmann
Ursula Burchardt
Dr. Michael Bürsch
Hans Martin Bury
Marion Caspers-Merk
Wolf-Michael Catenhusen
Dr. Herta Däubler-Gmelin
Christel Deichmann
Rudolf Dreßler
Detlef Dzembritzki
Dieter Dzewas
Sebastian Edathy
Ludwig Eich
Marga Elser
Peter Enders
Annette Faße
Lothar Fischer (Homburg)
Gabriele Fograscher
Iris Follak
Hans Forster
Lilo Friedrich (Mettmann)
Harald Friese
Anke Fuchs (Köln)
Arne Fuhrmann
Monika Ganseforth
Konrad Gilges
Iris Gleicke
Uwe Göllner
Renate Gradistanac
Angelika Graf (Rosenheim)
Monika Griefahn
Wolfgang Grotthaus
Karl Hermann Haack (Extertal)
Klaus Hagemann
Christel Hanewinckel
Alfred Hartenbach
Klaus Hasenfratz
Nina Hauer
Hubertus Heil
Reinhold Hemker
Rolf Hempelmann
Dr. Barbara Hendricks
Gustav Herzog
Monika Heubaum
Uwe Hiksch
Reinhold Hiller (Lübeck)
Gerd Höfer
Walter Hoffmann (Darmstadt)
Iris Hoffmann (Wismar)
Frank Hofmann (Volkach)
Ingrid Holzhüter
Christel Humme
Barbara Imhof
Gabriele Iwersen
Jann-Peter Janssen
Ilse Janz
Dr. Uwe Jens
Volker Jung (Düsseldorf)
Sabine Kaspereit
Susanne Kastner
Klaus Kirschner
Marianne Klappert
Siegrun Klemmer
Hans-Ulrich Klose
Fritz Rudolf Körper
Karin Kortmann
Anette Kramme
Nicolette Kressl
Volker Kröning
Angelika Krüger-Leißner
Horst Kubatschka
Ernst Küchler
Helga Kühn-Mengel
Ute Kumpf
Konrad Kunick
Christine Lambrecht
Brigitte Lange
Christian Lange (Backnang)
Detlev von Larcher
Christine Lehder
Waltraud Lehn
Dr. Elke Leonhard
Götz-Peter Lohmann (Neubrandenburg)
Erika Lotz
Dr. Christine Lucyga
Dieter Maaß (Herne)
Tobias Marhold
Lothar Mark
Ulrike Mascher
Christoph Matschie
Ingrid Matthäus-Maier
Heide Mattischeck
Ulrike Mehl
Ulrike Merten
Angelika Mertens
Dr. Jürgen Meyer (Ulm)
Ursula Mogg
Christoph Moosbauer
Michael Müller (Düsseldorf)
Jutta Müller (Völklingen)
Andrea Maria Nahles
Volker Neumann (Bramsche)
Dr. Edith Niehuis
Dietmar Nietan
Günter Oesinghaus
Eckhard Ohl
Leyla Onur
Holger Ortel
Adolf Ostertag
Kurt Palis
Albrecht Papenroth
Dr. Martin Pfaff
Johannes Pflug
Joachim Poß
Karin Rehbock-Zureich
Margot von Renesse
Renate Rennebach
Bernd Reuter
René Röspel
Dr. Ernst Dieter Rossmann
Michael Roth (Heringen)
Thomas Sauer
Dr. Hansjörg Schäfer
Gudrun Schaich-Walch
Rudolf Scharping
Bernd Scheelen
Siegfried Scheffler
Otto Schily
Horst Schmidbauer (Nürnberg)
Ulla Schmidt (Aachen)
Dagmar Schmidt (Meschede)
Wilhelm Schmidt (Salzgitter)
Heinz Schmitt (Berg)
Carsten Schneider
Walter Schöler
Olaf Scholz
Fritz Schösser
Gerhard Schröder
Gisela Schröter
Brigitte Schulte (Hameln)
Reinhard Schultz (Everswinkel)
Volkmar Schultz (Köln)
Dr. R. Werner Schuster
Dietmar Schütz (Oldenburg)
Dr. Angelica Schwall-Düren
Rolf Schwanitz
Bodo Seidenthal
Erika Simm
Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk
Dr. Cornelie Sonntag-Wolgast
Wieland Sorge
Wolfgang Spanier
Dr. Margrit Spielmann
Jörg-Otto Spiller
Dr. Ditmar Staffelt
Ludwig Stiegler
Rolf Stöckel
Rita Streb-Hesse
Dr. Peter Struck
Joachim Stünker
Jörg Tauss
Jella Teuchner
Wolfgang Thierse
Franz Thönnes
Uta Titze-Stecher
Adelheid Tröscher
Rüdiger Veit
Simone Violka
Ute Vogt (Pforzheim)
Hans Georg Wagner
Hedi Wegener
Dr. Konstanze Wegner
Wolfgang Weiermann
Reinhard Weis (Stendal)
Matthias Weisheit
Gert Weisskirchen (Wiesloch)
Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker
Dr. Rainer Wend
Hildegard Wester
Lydia Westrich
Dr. Margrit Wetzel
Dr. Norbert Wieczorek
Jürgen Wieczorek (Leipzig)
Dieter Wiefelspütz
Heino Wiese (Hannover)
Klaus Wiesehügel
Brigitte Wimmer (Karlsruhe)
Barbara Wittig
Hanna Wolf (München)
Waltraud Wolff (Zielitz)
Heidemarie Wright

(B)

CDU/CSU

(C)

Peter Altmaier
Renate Blank
Peter Bleser
Dr. Ralf Brauksiepe
Hubert Deittert
Rainer Eppelmann
Dr. Hans Georg Faust
Dr. Heiner Geißler
Georg Girisch
Manfred Grund
Ursula Heinen
Hans Jochen Henke
Martin Hohmann
Peter Jacoby
Volker Kauder
Eckart von Klaeden
Dr. Helmut Kohl
Thomas Kossendey
Dr. Martina Krogmann
Karl Lamers
Dr. Norbert Lammert
Peter Letzgus
Ursula Lietz
Walter Link (Diepholz)
Dr. Michael Meister
Claudia Nolte
Günter Nooke
Anton Pfeifer
Dr. Friedbert Pflüger
Beatrix Phillip
Ruprecht Polenz
Marlies Pretzlaff
Dr. Bernd Protzner
Helmut Rauber
Erika Reinhardt
Norbert Röttgen
Dr. Jürgen Rüttgers
Anita Schäfer
Heinz Schemken
Dr. Andreas Schockenhoff
Wilhelm-Josef Sebastian
Rudolf Seiters
Margarete Späte
Dr. Rita Süssmuth
Angelika Volquartz
Andrea Voßhoff
Peter Weiß (Emmendingen)
Annette Widmann-Mauz
Heinz Wiese (Ehingen)
Hans-Otto Wilhelm (Mainz)
Elke Wülfing

(D)

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Marieluise Beck (Bremen)
Volker Beck (Köln)
Angelika Beer
Matthias Berninger
Annelie Buntenbach
Dr. Thea Dückert
Franziska Eichstädt-Bohlig
Dr. Uschi Eid
Hans-Josef Fell
Andrea Fischer (Berlin)
Rita Grießhaber
Winfried Hermann
Kristin Heyne

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer

(A)

Michaele Hustedt
Monika Knoche
Dr. Angelika Köster-Loßack
Steffi Lemke
Dr. Helmut Lippelt
Dr. Reinhard Loske
Klaus Wolfgang Müller (Kiel)
Kerstin Müller (Köln)
Winfried Nachtwei
Christa Nickels
Cem Özdemir
Simone Probst
Claudia Roth (Augsburg)
Christine Scheel
Irmingard Schewe-Gerigk
Rezzo Schlauch
Albert Schmidt (Hitzhofen)
Werner Schulz (Leipzig)
Christian Simmert
Christian Sterzing
Hans-Christian Ströbele
Dr. Antje Vollmer
Ludger Volmer
Helmut Wilhelm (Amberg)
Margareta Wolf (Frankfurt)

F.D.P.

Hildebrecht Braun (Augsburg)
Ernst Burgbacher
Gisela Frick
Paul K. Friedhoff
Dr. Wolfgang Gerhardt
Hans-Michael Goldmann
Dr. Karlheinz Guttmacher
Walter Hirche
Dr. Werner Hoyer
Ulrich Irmer
Dr. Klaus Kinkel
Gudrun Kopp
Ina Lenke
Sabine Leutheusser-Schnarrenberger
Dirk Niebel
Günther Friedrich Nolting
Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
Gerhard Schüßler
Dr. Irmgard Schwaetzer
Dr. Hermann Otto Solms
Dr. Max Stadler
Carl-Ludwig Thiele
Dr. Dieter Thomae
Jürgen Türk

PDS

Petra Bläss
Maritta Böttcher
Eva Bulling-Schröter
Roland Claus
Heidemarie Ehlert
Dr. Heinrich Fink
Dr. Ruth Fuchs
Wolfgang Gehrcke-Reymann
Dr. Klaus Grehn
Dr. Gregor Gysi
Dr. Barbara Höll
Carsten Hübner
Ulla Jelpke
Sabine Jünger
Gerhard Jüttemann
Dr. Evelyn Kenzler
Dr. Heidi Knake-Werner
Rolf Kutzmutz
Heidi Lippmann-Kasten
Ursula Lötzer
Dr. Christa Luft
Heidemarie Lüth
Kersten Naumann
Rosel Neuhäuser
Christine Ostrowski
Petra Pau
Dr. Uwe-Jens Rössel
Christina Schenk
Gustav-Adolf Schur
Dr. Ilja Seifert

(C)

Enthalten

CDU/CSU

Dr. Wolf Bauer
Klaus Brähmig
Elmar Müller (Kirchheim)
Hans-Peter Repnik
Dr. Wolfgang Schäuble

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Antje Hermenau

Entschuldigt wegen Übernahme einer Verpflichtung im Rahmen ihrer Mitgliedschaft in den Parlamentarischen Versammlungen des Europarates und der WEU, der NAV, der OSZE oder der IPU

Abgeordnete(r)

Behrendt, Wolfgang, SPD
Hornung, Siegfried, CDU/CSU
Neumann (Gotha), Gerhard, SPD
Zierer, Benno, CDU/CSU
Bindig, Rudolf, SPD
Lörcher, Christa, SPD
Schloten, Dieter, SPD
Bühler (Bruchsal), Klaus, CDU/CSU
Maaß (Wilhelmshaven), Erich, CDU/CSU
von Schmude, Michael, CDU/CSU
Dr. Hornhues, Karl-Heinz, CDU/CSU
Müller (Berlin), Manfred Walter, PDS
Dr. Wodarg, Wolfgang, SPD

(B) (D)

Wir stimmen jetzt erneut namentlich ab. Dabei möchte ich Sie noch einmal bitten, auf Ihre Stimmkarten zu schauen und darauf zu achten – manch einer greift in das Fach daneben –, daß Sie die eigene Stimmkarte einwerfen.

Wir stimmen jetzt ab über den Änderungsantrag des Abgeordneten Hans-Joachim Otto und weiterer Abgeordneter auf Drucksache 14/1261. Damit wird beantragt, den Abschnitt II der Beschlußempfehlung wie folgt zu fassen:

> Der Entwurf eines Stelenfeldes von Peter Eisenman (Eisenman II) wird realisiert.

Die Alternative hier ist also, daß nur Satz 1 der Beschlußempfehlung aufrechterhalten bleibt und der Satz 2 – Ort der Information – gestrichen wird.

Es ist namentliche Abstimmung verlangt. Ich bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, die vorgesehenen Plätze einzunehmen. – Sind die Urnen besetzt? – Dann eröffne ich die Abstimmung.

Ist noch jemand anwesend, der seine Stimme in diesem Wahlgang nicht abgegeben hat? – Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich jetzt die Abstimmung.

Ich bitte wieder, mit der Auszählung zu beginnen, und unterbreche die Sitzung bis zur Bekanntgabe des Ergebnisses.

(Unterbrechung von 14.02 bis 14.06 Uhr)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer: Die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet.

Ich gebe das von den Schriftführern und Schriftführerinnen ermittelte **Ergebnis der namentlichen Abstimmung** über den Änderungsantrag des Abgeordneten Hans-Joachim Otto und weiterer Abgeordneter auf Drucksache 14/1261 bekannt: Abgegebene Stimmen 544. Mit Ja haben gestimmt 161, mit Nein haben gestimmt 373. Es gab 10 Enthaltungen. Dieser Änderungsantrag ist damit abgelehnt worden.

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer

(A)

Endgültiges Ergebnis

Abgegebene Stimmen: 544;
davon:

ja: 161
nein: 373
enthalten: 10

Ja

SPD

Ernst Bahr
Hans-Günter Bruckmann
Hans Büttner (Ingolstadt)
Dr. Peter Wilhelm Danckert
Manfred Hampel
Rolf Hempelmann
Uwe Hiksch
Jann-Peter Janssen
Konrad Kunick
Waltraud Lehn
Dr. Christine Lucyga
Winfried Mante
Jutta Müller (Völklingen)
Christian Müller (Zittau)
Renate Rennebach
Thomas Sauer
Siegfried Scheffler
Dr. Konstanze Wegner
Reinhard Weis (Stendal)
Dr. Rainer Wend
Lydia Westrich

CDU/CSU

(B)

Peter Altmaier
Dietrich Austermann
Norbert Barthle
Dr. Heribert Blens
Dr. Norbert Blüm
Jochen Borchert
Dr. Wolfgang Bötsch
Dr. Ralf Brauksiepe
Paul Breuer
Dr. Hans Georg Faust
Ulf Fink
Dr. Heiner Geißler
Michael Glos
Hermann Gröhe
Manfred Grund
Gottfried Haschke (Großhennersdorf)
Norbert Hauser (Bonn)
Ursula Heinen
Joachim Hörster
Hubert Hüppe
Peter Jacoby
Dr.-Ing. Rainer Jork
Steffen Kampeter
Dr. Dietmar Kansy
Eckart von Klaeden
Dr. Helmut Kohl
Dr. Martina Krogmann
Dr. Hermann Kues
Karl Lamers
Dr. Norbert Lammert
Karl-Josef Laumann
Ursula Lietz
Wolfgang Lohmann (Lüdenscheid)
Julius Louven
Dr. Michael Luther
Dr. Martin Mayer (Siegertsbrunn)
Wolfgang Meckelburg
Meinolf Michels
Claudia Nolte
Günter Nooke
Franz Obermeier
Anton Pfeifer
Dr. Friedbert Pflüger
Ruprecht Polenz
Marlies Pretzlaff
Dr. Bernd Protzner
Thomas Rachel
Hans-Peter Repnik
Dr. Heinz Riesenhuber
Volker Rühe
Dr. Jürgen Rüttgers
Dr. Wolfgang Schäuble
Heinz Schemken
Andreas Schmidt (Mühlheim)
Reinhard Freiherr von Schorlemer
Clemens Schwalbe
Dr. Christian Schwarz-Schilling
Rudolf Seiters
Werner Siemann
Margarete Späte
Andreas Storm
Dorothea Störr-Ritter
Matthäus Strebl
Dr. Rita Süssmuth
Gunnar Uldall
Andrea Voßhoff
Dr. Theodor Waigel
Peter Weiß (Emmendingen)
Gerald Weiß (Groß-Gerau)
Annette Widmann-Mauz
Heinz Wiese (Ehingen)
Elke Wülfing

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Matthias Berninger
Andrea Fischer (Berlin)
Monika Knoche
Steffi Lemke
Klaus Wolfgang Müller (Kiel)
Christa Nickels
Simone Probst
Claudia Roth (Augsburg)
Irmingard Schewe-Gerigk
Christian Sterzing
Hans-Christian Ströbele

F.D.P.

Hildebrecht Braun (Augsburg)
Ernst Burgbacher
Jörg van Essen
Gisela Frick
Paul K. Friedhoff
Rainer Funke
Dr. Wolfgang Gerhardt
Hans-Michael Goldmann
Dr. Karlheinz Guttmacher
Walter Hirche
Dr. Werner Hoyer
Ulrich Irmer
Dr. Klaus Kinkel
Dr. Heinrich L. Kolb
Gudrun Kopp
Ina Lenke
Sabine Leutheusser-Schnarrenberger
Dirk Niebel
Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
Dr. Günter Rexrodt
Dr. Edzard Schmidt-Jortzig
Gerhard Schüßler
Dr. Irmgard Schwaetzer
Marita Sehn
Dr. Hermann Otto Solms
Dr. Max Stadler
Carl-Ludwig Thiele
Dr. Dieter Thomae
Jürgen Türk
Dr. Guido Westerwelle

PDS

Petra Bläss
Maritta Böttcher
Roland Claus
Heidemarie Ehlert
Dr. Heinrich Fink
Dr. Ruth Fuchs
Wolfgang Gehrcke-Reymann
Dr. Klaus Grehn
Dr. Gregor Gysi
Dr. Barbara Höll
Ulla Jelpke
Sabine Jünger
Gerhard Jüttemann
Dr. Evelyn Kenzler
Dr. Heidi Knake-Werner
Rolf Kutzmutz
Ursula Lötzer
Dr. Christa Luft
Heidemarie Lüth
Kersten Naumann
Rosel Neuhäuser
Christine Ostrowski
Petra Pau
Dr. Uwe-Jens Rössel
Christina Schenk
Gustav-Adolf Schur
Dr. Ilja Seifert

Nein

SPD

Brigitte Adler
Gerd Andres
Rainer Arnold
Hermann Bachmaier
Dr. Hans-Peter Bartels
Eckhardt Barthel (Berlin)
Klaus Barthel (Starnberg)
Ingrid Becker-Inglau
Dr. Axel Berg

(C)

Hans-Werner Bertl
Friedhelm Julius Beucher
Petra Bierwirth
Lothar Binding (Heidelberg)
Kurt Bodewig
Klaus Brandner
Anni Brandt-Elsweier
Willi Brase
Dr. Eberhard Brecht
Rainer Brinkmann (Detmold)
Bernhard Brinkmann (Hildesheim)
Ursula Burchardt
Dr. Michael Bürsch
Hans Martin Bury
Marion Caspers-Merk
Wolf-Michael Catenhusen
Dr. Herta Däubler-Gmelin
Christel Deichmann
Karl Diller
Rudolf Dreßler
Detlef Dzembritzki
Dieter Dzewas
Sebastian Edathy
Ludwig Eich
Marga Elser
Peter Enders
Annette Faße
Lothar Fischer (Homburg)
Gabriele Fograscher
Iris Follak
Rainer Fornahl
Hans Forster
Lilo Friedrich (Mettmann)
Harald Friese
Anke Fuchs (Köln)

(D)

Arne Fuhrmann
Monika Ganseforth
Konrad Gilges
Iris Gleicke
Uwe Göllner
Renate Gradistanac
Angelika Graf (Rosenheim)
Dieter Grasedieck
Monika Griefahn
Wolfgang Grotthaus
Karl-Hermann Haack (Extertal)
Hans-Joachim Hacker
Klaus Hagemann
Christel Hanewinckel
Alfred Hartenbach
Klaus Hasenfratz
Nina Hauer
Hubertus Heil
Reinhold Hemker
Dr. Barbara Hendricks
Gustav Herzog
Monika Heubaum
Reinhold Hiller (Lübeck)
Gerd Höfer
Jelena Hoffmann (Chemnitz)
Walter Hoffmann (Darmstadt)
Iris Hoffmann (Wismar)
Frank Hofmann (Volkach)
Ingrid Holzhüter
Christel Humme
Barbara Imhof

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer

Gabriele Iwersen
Renate Jäger
Ilse Janz
Dr. Uwe Jens
Volker Jung (Düsseldorf)
Johannes Kahrs
Sabine Kaspereit
Susanne Kastner
Hans-Peter Kemper
Klaus Kirschner
Marianne Klappert
Siegrun Klemmer
Hans-Ulrich Klose
Fritz Rudolf Körper
Karin Kortmann
Anette Kramme
Nicolette Kressl
Volker Kröning
Angelika Krüger-Leißner
Horst Kubatschka
Ernst Küchler
Helga Kühn-Mengel
Ute Kumpf
Werner Labsch
Christine Lambrecht
Brigitte Lange
Christian Lange (Backnang)
Detlev von Larcher
Christine Lehder
Dr. Elke Leonhard
Götz-Peter Lohmann (Neubrandenburg)
Erika Lotz
Dieter Maaß (Herne)
Tobias Marhold
Lothar Mark
Ulrike Mascher
Christoph Matschie
Ingrid Matthäus-Maier
Heide Mattischeck
Ulrike Mehl
Ulrike Merten
Angelika Mertens
Dr. Jürgen Meyer (Ulm)
Ursula Mogg
Christoph Moosbauer
Michael Müller (Düsseldorf)
Andrea Maria Nahles
Volker Neumann (Bramsche)
Dr. Edith Niehuis
Dr. Rolf Niese
Dietmar Nietan
Günter Oesinghaus
Eckhard Ohl
Leyla Onur
Holger Ortel
Adolf Ostertag
Kurt Palis
Albrecht Papenroth
Dr. Willfried Penner
Dr. Martin Pfaff
Georg Pfannenstein
Johannes Pflug
Joachim Poß
Karin Rehbock-Zureich
Margot von Renesse
Bernd Reuter
Reinhold Robbe
René Röspel
Dr. Ernst Dieter Rossmann
Michael Roth (Heringen)
Dr. Hansjörg Schäfer
Gudrun Schaich-Walch
Rudolf Scharping
Bernd Scheelen
Otto Schily
Horst Schmidbauer (Nürnberg)
Ulla Schmidt (Aachen)
Silvia Schmidt (Eisleben)
Dagmar Schmidt (Meschede)
Wilhelm Schmidt (Salzgitter)
Regina Schmidt-Zadel
Heinz Schmitt (Berg)
Carsten Schneider
Dr. Emil Schnell
Walter Schöler
Olaf Scholz
Fritz Schösser
Gerhard Schröder
Gisela Schröter
Dr. Mathias Schubert
Brigitte Schulte (Hameln)
Reinhard Schultz (Everswinkel)
Volkmar Schultz (Köln)
Ilse Schumann
Dr. R. Werner Schuster
Dietmar Schütz (Oldenburg)
Dr. Angelica Schwall-Düren
Rolf Schwanitz
Bodo Seidenthal
Erika Simm
Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk
Dr. Cornelie Sonntag-Wolgast
Wieland Sorge
Wolfgang Spanier
Dr. Margrit Spielmann
Jörg-Otto Spiller
Dr. Ditmar Staffelt
Ludwig Stiegler
Rolf Stöckel
Rita Streb-Hesse
Dr. Peter Struck
Joachim Stünker
Joachim Tappe
Jörg Tauss
Jella Teuchner
Wolfgang Thierse
Franz Thönnes
Uta Titze-Stecher
Adelheid Tröscher
Hans-Eberhard Urbaniak
Rüdiger Veit
Simone Violka
Ute Vogt (Pforzheim)
Hans Georg Wagner
Hedi Wegener
Wolfgang Weiermann
Gert Weisskirchen (Wiesloch)
Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker
Hans-Joachim Welt
Hildegard Wester
Dr. Margrit Wetzel
Dr. Norbert Wieczorek
Helmut Wieczorek (Duisburg)
Jürgen Wieczorek (Leipzig)
Dieter Wiefelspütz
Heino Wiese (Hannover)
Klaus Wiesehügel
Brigitte Wimmer (Karlsruhe)
Engelbert Wistuba
Barbara Wittig
Verena Wohlleben
Hanna Wolf (München)
Waltraud Wolff (Zielitz)
Heidemarie Wright
Peter Zumkley

CDU/CSU

Ilse Aigner
Günter Baumann
Brigitte Baumeister
Meinrad Belle
Dr. Sabine Bergmann-Pohl
Otto Bernhardt
Renate Blank
Peter Bleser
Sylvia Bonitz
Wolfgang Börnsen (Bönstrup)
Wolfgang Bosbach
Klaus Brähmig
Hartmut Büttner (Schönebeck)
Dankward Buwitt
Cajus Caesar
Manfred Carstens (Emstek)
Leo Dautzenberg
Hubert Deittert
Albert Deß
Renate Diemers
Thomas Dörflinger
Maria Eichhorn
Rainer Eppelmann
Anke Eymer
Ilse Falk
Ingrid Fischbach
Dirk Fischer (Hamburg)
Axel E. Fischer (Karlsruhe-Land)
Herbert Frankenhauser
Dr. Gerhard Friedrich (Erlangen)
Erich G. Fritz
Jochen-Konrad Fromme
Hans-Joachim Fuchtel
Norbert Geis
Georg Girisch
Dr. Reinhard Göhner
Peter Götz
Dr. Wolfgang Götzer
Kurt-Dieter Grill
Carl-Detlev Freiherr von Hammerstein
Gerda Hasselfeldt
Hansgeorg Hauser (Rednitzhembach)
Siegfried Helias
Hans Jochen Henke
Ernst Hinsken
Klaus Hofbauer
Martin Hohmann
Klaus Holetschek
Josef Hollerith
Georg Janovsky
Irmgard Karwatzki
Volker Kauder
Ulrich Klinkert
Manfred Kolbe
Norbert Königshofen
Hartmut Koschyk
Thomas Kossendey
Rudolf Kraus
Dr. Karl A. Lamers (Heidelberg)
Dr. Paul Laufs
Vera Lengsfeld
Peter Letzgus
Walter Link (Diepholz)
Dr. Manfred Lischewski
Erwin Marschewski
Dr. Michael Meister
Dr. Angela Merkel
Hans Michelbach
Dr. Gerd Müller
Bernward Müller (Jena)
Friedhelm Ost
Eduard Oswald
Norbert Otto (Erfurt)
Dr. Peter Paziorek
Beatrix Philipp
Ronald Pofalla
Dr. Peter Ramsauer
Helmut Rauber
Christa Reichard (Dresden)
Erika Reinhardt
Klaus Riegert
Franz Romer
Hannelore Rönsch (Wiesbaden)
Kurt Rossmanith
Adolf Roth (Gießen)
Norbert Röttgen
Dr. Christian Ruck
Anita Schäfer
Hartmut Schauerte
Gerhard Scheu
Dietmar Schlee
Bernd Schmidbauer
Christian Schmidt (Fürth)
Dr.-Ing. Joachim Schmidt (Halsbrücke)
Hans Peter Schmitz (Baesweiler)
Dr. Andreas Schockenhoff
Dr. Rupert Scholz
Dr. Erika Schuchardt
Diethard W. Schütze (Berlin)
Wilhelm-Josef Sebastian
Horst Seehofer
Heinz Seiffert
Johannes Singhammer
Bärbel Sothmann
Carl-Dieter Spranger
Wolfgang Steiger
Dr. Wolfgang Freiherr von Stetten
Max Straubinger
Thomas Strobl
Michael Stübgen
Dr. Susanne Tiemann
Edeltraut Töpfer
Dr. Hans-Peter Uhl
Arnold Vaatz
Angelika Volquartz
Hans-Otto Wilhelm (Mainz)
Klaus-Peter Willsch

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer

Werner Wittlich
Dagmar Wöhrl
Aribert Wolf
Wolfgang Zeitlmann
Wolfgang Zöller

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Marieluise Beck (Bremen)
Volker Beck (Köln)
Angelika Beer
Annelie Buntenbach
Dr. Thea Dückert
Franziska Eichstädt-Bohlig
Dr. Uschi Eid
Hans-Josef Fell
Rita Grießhaber
Winfried Hermann
Kristin Heyne
Michaele Hustedt
Dr. Angelika Köster-Loßack
Dr. Helmut Lippelt
Dr. Reinhard Loske
Kerstin Müller (Köln)
Winfried Nachtwei
Cem Özdemir
Christine Scheel
Rezzo Schlauch
Werner Schulz (Leipzig)
Christian Simmert
Dr. Antje Vollmer
Ludger Volmer
Sylvia Ingeborg Voß
Helmut Wilhelm (Amberg)
Margareta Wolf (Frankfurt)

F.D.P.

Ulrich Heinrich
Birgit Homburger
Jürgen Koppelin
Günter Friedrich Nolting

Enthalten

SPD

Stephan Hilsberg
Dirk Manzewski
Horst Schild

CDU/CSU

Dr. Wolf Bauer
Elmar Müller (Kirchheim)
Wolfgang Schulhoff

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Antje Hermenau

PDS

Eva Bulling-Schröter
Carsten Hübner
Heidi Lippmann-Kasten

Entschuldigt wegen Übernahme einer Verpflichtung im Rahmen ihrer Mitgliedschaft in den Parlamentarischen Versammlungen des Europarates und der WEU, der NAV, der OSZE oder der IPU

Abgeordnete(r)

Behrendt, Wolfgang, SPD
Bindig, Rudolf, SPD
Bühler (Bruchsal), Klaus, CDU/CSU
Dr. Hornhues, Karl-Heinz, CDU/CSU
Hornung, Siegfried, CDU/CSU
Lörcher, Christa, SPD
Maaß (Wilhelmshaven), Erich, CDU/CSU
Müller (Berlin), Manfred, PDS
Neumann (Gotha), Gerhard, SPD
Schloten, Dieter, SPD
von Schmude, Michael, CDU/CSU
Dr. Wodarg, Wolfgang, SPD
Zierer, Benno, CDU/CSU

Wir stimmen jetzt noch einmal namentlich ab, und zwar über Abschnitt II der Beschlußempfehlung des Ausschusses für Kultur und Medien auf Drucksache 14/1238, Gestaltung des Mahnmals nach dem Entwurf eines Stelenfeldes von Peter Eisenman mit einem Ort der Information.

Das ist jetzt die Schlußabstimmung über den Gestaltungsentwurf II. Es war namentliche Abstimmung verlangt. Sind die vorgesehenen Plätze besetzt? – Dann eröffne ich die Abstimmung.

Ist noch jemand anwesend, der seine Stimme nicht abgegeben hat? – Das ist nicht der Fall.

Ich schließe damit die Abstimmung und bitte, mit der Auszählung zu beginnen. Das Ergebnis wird Ihnen dann mitgeteilt werden.

Bis dahin unterbreche ich noch einmal die Sitzung. Es wäre aber schön, wenn Sie hierbleiben könnten, damit wir dann gemeinsam das Gesamtergebnis hören können.

(Unterbrechung von 14.11 Uhr bis 14.16 Uhr)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer: Die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet.

Ich gebe Ihnen das von den Schriftführern und Schriftführerinnen ermittelte **Ergebnis der namentlichen Abstimmung** über den Gestaltungsvorschlag bekannt: Abgegebene Stimmen 537. Mit Ja haben gestimmt 314, mit Nein haben gestimmt 209, Enthaltungen gab es 14.

Damit ist die Entscheidung über die Gestaltung des Mahnmals gefallen. Der Deutsche Bundestag hat sich für den Entwurf eines Stelenfeldes von Peter Eisenman, verbunden mit einem Ort der Information, entschieden.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der PDS sowie bei Abgeordneten der F.D.P.)

Endgültiges Ergebnis

Abgegebene Stimmen: 534;
davon:

ja:	312
nein:	207
enthalten:	13
ungültig:	2

Ja

SPD

Brigitte Adler
Gerd Andres
Rainer Arnold
Hermann Bachmaier
Ernst Bahr
Dr. Hans-Peter Bartels
Eckhardt Barthel (Berlin)
Klaus Barthel (Starnberg)
Ingrid Becker-Inglau
Hans-Werner Bertl
Friedhelm Julius Beucher
Petra Bierwirth
Lothar Binding (Heidelberg)
Klaus Brandner
Anni Brandt-Elsweier
Willi Brase
Dr. Eberhard Brecht
Rainer Brinkmann (Detmold)
Bernhard Brinkmann (Hildesheim)
Hans-Günter Bruckmann
Ursula Burchardt
Dr. Michael Bürsch
Hans Martin Bury
Marion Caspers-Merk
Wolf-Michael Catenhusen
Dr. Peter Wilhelm Danckert
Dr. Herta Däubler-Gmelin
Christel Deichmann
Karl Diller
Rudolf Dreßler
Detlef Dzembritzki
Dieter Dzewas
Sebastian Edathy
Ludwig Eich
Marga Elser
Peter Enders
Annette Faße
Lothar Fischer (Homburg)
Gabriele Fograscher
Rainer Fornahl
Hans Forster
Lilo Friedrich (Mettmann)
Harald Friese

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer

(A)

Anke Fuchs (Köln)
Arne Fuhrmann
Monika Ganseforth
Konrad Gilges
Iris Gleicke
Uwe Göllner
Renate Gradistanac
Angelika Graf (Rosenheim)
Dieter Grasedieck
Monika Griefahn
Wolfgang Grotthaus
Karl-Hermann Haack (Extertal)
Hans-Joachim Hacker
Klaus Hagemann
Manfred Hampel
Christel Hanewinckel
Alfred Hartenbach
Klaus Hasenfratz
Nina Hauer
Hubertus Heil
Reinhold Hemker
Rolf Hempelmann
Dr. Barbara Hendricks
Gustav Herzog
Monika Heubaum
Uwe Hiksch
Reinhold Hiller (Lübeck)
Gerd Höfer
Walter Hoffmann (Darmstadt)
Iris Hoffmann (Wismar)
Frank Hofmann (Volkach)
Ingrid Holzhüter
Christel Humme

(B)

Barbara Imhof
Gabriele Iwersen
Jann-Peter Janssen
Ilse Janz
Dr. Uwe Jens
Volker Jung (Düsseldorf)
Sabine Kaspereit
Susanne Kastner
Hans-Peter Kemper
Klaus Kirschner
Marianne Klappert
Siegrun Klemmer
Hans-Ulrich Klose
Fritz Rudolf Körper
Karin Kortmann
Anette Kramme
Nicolette Kressl
Volker Kröning
Angelika Krüger-Leißner
Horst Kubatschka
Ernst Küchler
Helga Kühn-Mengel
Ute Kumpf
Konrad Kunick
Christine Lambrecht
Brigitte Lange
Christian Lange (Backnang)
Detlev von Larcher
Christine Lehder
Dr. Elke Leonhard
Götz-Peter Lohmann (Neubrandenburg)
Erika Lotz
Dr. Christine Lucyga
Dieter Maaß (Herne)
Tobias Marhold
Lothar Mark
Ulrike Mascher
Christoph Matschie
Ingrid Matthäus-Maier
Heide Mattischeck
Ulrike Mehl
Ulrike Merten
Angelika Mertens
Dr. Jürgen Meyer (Ulm)
Ursula Mogg
Christoph Moosbauer
Michael Müller (Düsseldorf)
Jutta Müller (Völklingen)
Andrea Nahles
Volker Neumann (Bramsche)
Dr. Edith Niehuis
Dr. Rolf Niese
Dietmar Nietan
Günter Oesinghaus
Eckhard Ohl
Leyla Onur
Holger Ortel
Adolf Ostertag
Kurt Palis
Albrecht Papenroth
Georg Pfannenstein
Johannes Pflug
Joachim Poß
Karin Rehbock-Zureich
Margot von Renesse
Renate Rennebach
Bernd Reuter
Reinhold Robbe
René Röspel
Dr. Ernst Dieter Rossmann
Michael Roth (Heringen)
Thomas Sauer
Dr. Hansjörg Schäfer
Gudrun Schaich-Walch
Rudolf Scharping
Bernd Scheelen
Siegfried Scheffler
Otto Schily
Horst Schmidbauer (Nürnberg)
Ulla Schmidt (Aachen)
Silvia Schmidt (Eisleben)
Dagmar Schmidt (Meschede)
Wilhelm Schmidt (Salzgitter)
Regina Schmidt-Zadel
Heinz Schmitt (Berg)
Carsten Schneider
Walter Schöler
Olaf Scholz
Fritz Schösser
Gerhard Schröder
Gisela Schröter
Dr. Mathias Schubert
Brigitte Schulte (Hameln)
Reinhard Schultz (Everswinkel)
Volkmar Schultz (Köln)
Ilse Schumann
Dr. R. Werner Schuster
Dietmar Schütz (Oldenburg)
Dr. Angelica Schwall-Düren
Rolf Schwanitz
Bodo Seidenthal
Erika Simm
Dr. Cornelie Sonntag-Wolgast
Wieland Sorge
Wolfgang Spanier
Dr. Margrit Spielmann
Jörg-Otto Spiller
Dr. Ditmar Staffelt
Ludwig Stiegler
Rolf Stöckel
Rita Streb-Hesse
Dr. Peter Struck
Joachim Stünker
Joachim Tappe
Jörg Tauss
Jella Teuchner
Wolfgang Thierse
Franz Thönnes
Uta Titze-Stecher
Adelheid Tröscher
Hans-Eberhard Urbaniak
Rüdiger Veit
Simone Violka
Ute Vogt (Pforzheim)
Hans Georg Wagner
Hedi Wegener
Dr. Konstanze Wegner
Wolfgang Weiermann
Gert Weisskirchen (Wiesloch)
Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker
Hans-Joachim Welt
Dr. Rainer Wend
Hildegard Wester
Lydia Westrich
Dr. Margrit Wetzel
Dr. Norbert Wieczorek
Helmut Wieczorek (Duisburg)
Jürgen Wieczorek (Leipzig)
Dieter Wiefelspütz
Heino Wiese (Hannover)
Klaus Wiesehügel
Brigitte Wimmer (Karlsruhe)
Engelbert Wistuba
Barbara Wittig
Verena Wohlleben
Hanna Wolf (München)
Waltraud Wolff (Zielitz)
Heidemarie Wright
Peter Zumkley

CDU/CSU

Peter Altmaier
Rainer Eppelmann
Dr. Heiner Geißler
Ursula Heinen
Hans Jochen Henke
Eckart von Klaeden
Dr. Martina Krogmann
Dr. Friedbert Pflüger
Ruprecht Polenz
Hans-Peter Repnik
Dr. Wolfgang Schäuble

(C)

Dr. Christian Schwarz-Schilling
Dr. Rita Süssmuth

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Marieluise Beck (Bremen)
Volker Beck (Köln)
Angelika Beer
Matthias Berninger
Annelie Buntenbach
Dr. Thea Dückert
Franziska Eichstädt-Bohlig
Dr. Uschi Eid
Hans-Josef Fell
Andrea Fischer (Berlin)
Rita Grießhaber
Winfried Hermann
Kristin Heyne
Michaele Hustedt
Monika Knoche
Dr. Angelika Köster-Loßack
Steffi Lemke
Dr. Helmut Lippelt
Dr. Reinhard Loske
Klaus Wolfgang Müller (Kiel)
Kerstin Müller (Köln)
Winfried Nachtwei
Christa Nickels
Cem Özdemir
Simone Probst
Claudia Roth (Augsburg)
Christine Scheel
Irmingard Schewe-Gerigk

(D)

Rezzo Schlauch
Albert Schmidt (Hitzhofen)
Werner Schulz (Leipzig)
Christian Simmert
Christian Sterzing
Hans-Christian Ströbele
Dr. Antje Vollmer
Ludger Volmer
Helmut Wilhelm (Amberg)
Margareta Wolf (Frankfurt)

F.D.P.

Hans-Michael Goldmann
Ulrich Irmer
Ina Lenke
Sabine Leutheusser-Schnarrenberger
Dr. Irmgard Schwaetzer
Dr. Max Stadler

PDS

Petra Bläss
Maritta Böttcher
Eva Bulling-Schröter
Roland Claus
Heidemarie Ehlert
Dr. Heinrich Fink
Dr. Ruth Fuchs
Wolfgang Gehrcke
Dr. Klaus Grehn
Dr. Gregor Gysi

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer

(A)

Dr. Barbara Höll
Carsten Hübner
Ulla Jelpke
Sabine Jünger
Gerhard Jüttemann
Dr. Evelyn Kenzler
Dr. Heidi Knake-Werner
Rolf Kutzmutz
Heidi Lippmann
Ursula Lötzer
Dr. Christa Luft
Heidemarie Lüth
Kersten Naumann
Rosel Neuhäuser
Christine Ostrowski
Petra Pau
Dr. Uwe-Jens Rössel
Christina Schenk
Gustav-Adolf Schur
Dr. Ilja Seifert

Nein

SPD

Dr. Axel Berg
Hans Büttner (Ingolstadt)
Iris Follak
Jelena Hoffmann (Chemnitz)
Renate Jäger
Johannes Kahrs
Werner Labsch
Waltraud Lehn
Winfried Mante
Christian Müller (Zittau)
Horst Schild
Dr. Emil Schnell

(B)

CDU/CSU

Ilse Aigner
Dietrich Austermann
Norbert Barthle
Günter Baumann
Brigitte Baumeister
Meinrad Belle
Dr. Sabine Bergmann-Pohl
Otto Bernhardt
Renate Blank
Peter Bleser
Dr. Norbert Blüm
Sylvia Bonitz
Jochen Borchert
Wolfgang Börnsen (Bönstrup)
Dr. Wolfgang Bötsch
Klaus Brähmig
Dr. Ralf Brauksiepe
Paul Breuer
Hartmut Büttner (Schönebeck)
Dankward Buwitt
Cajus Caesar
Manfred Carstens (Emstek)
Leo Dautzenberg
Hubert Deittert
Albert Deß
Renate Diemers
Thomas Dörflinger
Maria Eichhorn
Anke Eymer
Ilse Falk
Dr. Hans Georg Faust
Ulf Fink
Ingrid Fischbach
Dirk Fischer (Hamburg)
Axel E. Fischer (Karlsruhe-Land)
Herbert Frankenhauser
Dr. Gerhard Friedrich (Erlangen)
Erich G. Fritz
Jochen-Konrad Fromme
Hans-Joachim Fuchtel
Norbert Geis
Georg Girisch
Michael Glos
Dr. Reinhard Göhner
Peter Götz
Dr. Wolfgang Götzer
Kurt-Dieter Grill
Hermann Gröhe
Manfred Grund
Carl-Detlev Freiherr von Hammerstein
Gottfried Haschke (Großhennersdorf)
Gerda Hasselfeldt
Norbert Hauser (Bonn)
Hansgeorg Hauser (Rednitzhembach)
Siegfried Helias
Ernst Hinsken
Klaus Hofbauer
Martin Hohmann
Klaus Holetschek
Josef Hollerith
Joachim Hörster
Peter Jacoby
Georg Janovsky
Dr.-Ing. Rainer Jork
Steffen Kampeter
Dr. Dietmar Kansy
Irmgard Karwatzki
Volker Kauder
Ulrich Klinkert
Dr. Helmut Kohl
Manfred Kolbe
Norbert Königshofen
Hartmut Koschyk
Thomas Kossendey
Rudolf Kraus
Dr. Hermann Kues
Karl Lamers
Dr. Karl A. Lamers (Heidelberg)
Dr. Paul Laufs
Karl-Josef Laumann
Vera Lengsfeld
Peter Letzgus
Ursula Lietz
Walter Link (Diepholz)
Dr. Manfred Lischewski
Wolfgang Lohmann (Lüdenscheid)
Julius Louven
Dr. Michael Luther
Erwin Marschewski
Dr. Martin Mayer (Siegertsbrunn)
Dr. Michael Meister
Dr. Angela Merkel
Hans Michelbach
Meinolf Michels
Dr. Gerd Müller
Bernward Müller (Jena)
Claudia Nolte
Franz Obermeier
Friedhelm Ost
Eduard Oswald
Norbert Otto (Erfurt)
Dr. Peter Paziorek
Anton Pfeifer
Beatrix Philipp
Ronald Pofalla
Marlies Pretzlaff
Dr. Bernd Protzner
Thomas Rachel
Dr. Peter Ramsauer
Helmut Rauber
Christa Reichard (Dresden)
Erika Reinhardt
Klaus Riegert
Dr. Heinz Riesenhuber
Franz Romer
Hannelore Rönsch (Wiesbaden)
Kurt Rossmanith
Adolf Roth (Gießen)
Norbert Röttgen
Dr. Christian Ruck
Dr. Jürgen Rüttgers
Anita Schäfer
Hartmut Schauerte
Heinz Schemken
Gerhard Scheu
Dietmar Schlee
Bernd Schmidbauer
Christian Schmidt (Fürth)
Dr.-Ing. Joachim Schmidt (Halsbrücke)
Andreas Schmidt (Mühlheim)
Hans Peter Schmitz (Baesweiler)
Dr. Andreas Schockenhoff
Dr. Rupert Scholz
Reinhard Freiherr von Schorlemer
Dr. Erika Schuchardt
Wolfgang Schulhoff
Diethard W. Schütze (Berlin)
Clemens Schwalbe
Wilhelm-Josef Sebastian
Horst Seehofer
Heinz Seiffert
Rudolf Seiters
Werner Siemann
Johannes Singhammer
Bärbel Sothmann
Margarete Späte
Carl-Dieter Spranger
Wolfgang Steiger
Dr. Wolfgang Freiherr von Stetten

(C)

Andreas Storm
Dorothea Störr-Ritter
Max Straubinger
Matthäus Strebl
Thomas Strobl
Michael Stübgen
Dr. Susanne Tiemann
Edeltraut Töpfer
Dr. Hans-Peter Uhl
Gunnar Uldall
Arnold Vaatz
Andrea Voßhoff
Dr. Theodor Waigel
Gerald Weiß (Groß-Gerau)
Annette Widmann-Mauz
Heinz Wiese (Ehingen)
Hans-Otto Wilhelm (Mainz)
Klaus-Peter Willsch
Werner Wittlich
Dagmar Wöhrl
Aribert Wolf
Elke Wülfing
Wolfgang Zeitlmann
Wolfgang Zöller

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Sylvia Ingeborg Voß

F.D.P.

Hildebrecht Braun (Augsburg)
Ernst Burgbacher
Jörg van Essen
Gisela Frick
Paul K. Friedhoff
Rainer Funke
Dr. Wolfgang Gerhardt
Dr. Karlheinz Guttmacher
Birgit Homburger
Dr. Klaus Kinkel
Dr. Heinrich L. Kolb
Gudrun Kopp
Jürgen Koppelin
Dirk Niebel
Günther Friedrich Nolting
Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
Dr. Günter Rexrodt
Marita Sehn
Carl-Ludwig Thiele
Dr. Dieter Thomae
Jürgen Türk

(D)

Enthalten

SPD

Stephan Hilsberg
Dirk Manzewski

CDU/CSU

Dr. Wolf Bauer
Dr. Heribert Blens

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer

Hubert Hüppe
Dr. Norbert Lammert
Wolfgang Meckelburg
Elmar Müller (Kirchheim)
Günter Nooke

F.D.P.

Dr. Werner Hoyer
Gerhard Schüßler
Dr. Hermann Otto Solms
Dr. Guido Westerwelle

Ungültig

SPD

Dr. Willfried Penner

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Antje Hermenau

Entschuldigt wegen Übernahme einer Verpflichtung im Rahmen ihrer Mitgliedschaft in den Parlamentarischen Versammlungen des Europarates und der WEU, der NAV, der OSZE oder der IPU

Abgeordnete(r)

Behrendt, Wolfgang, SPD
Hornung, Siegfried, CDU/CSU
Neumann (Gotha), Gerhard, SPD
Zierer, Benno, CDU/CSU
Bindig, Rudolf, SPD
Lörcher, Christa, SPD
Schloten, Dieter, SPD
Bühler (Bruchsal), Klaus, CDU/CSU
Maaß (Wilhelmshaven), Erich, CDU/CSU
von Schmude, Michael, CDU/CSU
Dr. Hornhues, Karl-Heinz, CDU/CSU
Müller (Berlin), Manfred Walter, PDS
Dr. Wodarg, Wolfgang, SPD

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über Abschnitt III der Beschlußempfehlung. Da geht es um die Gründung einer Stiftung. Wer stimmt dafür? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Abschnitt III ist mit Mehrheit des Hauses bei einigen Gegenstimmen und auch Enthaltungen angenommen worden.

Wir kommen jetzt zum Buchstaben C der Beschlußempfehlung. Ich gehe davon aus, daß die Anträge auf den Drucksachen 14/941, 14/942, 14/944, 14/965 und 14/981 entsprechend der Beschlußempfehlung für erledigt erklärt werden. – Das ist der Fall.

Wir sind damit am Schluß unserer Tagesordnung.

Ich berufe die nächste Sitzung des Deutschen Bundestages auf Mittwoch, den 30. Juni 1999, 9 Uhr ein.

Ich wünsche allen Kolleginnen und Kollegen eine gute Heimkehr.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß: 14.18 Uhr)

(A) (C)

Anlagen zum Stenographischen Bericht

Anlage 1

Liste der entschuldigten Abgeordneten

Abgeordnete(r)		entschuldigt bis einschließlich
Altmann (Aurich), Gila	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	25.6.99
Balt, Monika	PDS	25.6.99
Behrendt, Wolfgang	SPD	25.6.99 *
Bindig, Rudolf	SPD	25.6.99 *
Dr. Böhmer, Maria	CDU/CSU	25.6.99
Brüderle, Rainer	F.D.P.	25.6.99
Brunnhuber, Georg	CDU/CSU	25.6.99
Bühler (Bruchsal), Klaus	CDU/CSU	25.6.99 *
Bulmahn, Edelgard	SPD	25.6.99
Deligöz, Ekin	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	25.6.99
Ernstberger, Petra	SPD	25.6.99
Fischer (Frankfurt), Joseph	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	25.6.99
Formanski, Norbert	SPD	25.6.99
Friedrich (Altenburg), Peter	SPD	25.6.99
Gebhardt, Fred	PDS	25.6.99
Göring-Eckhardt, Katrin	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	25.6.99
Graf (Friesoythe), Günter	SPD	25.6.99
Großmann, Achim	SPD	25.6.99
Hempel, Frank	SPD	25.6.99
Hintze, Peter	CDU/CSU	25.6.99
Höfken, Ulrike	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	25.6.99
Dr. Hornhues, Karl-Heinz	CDU/CSU	25.6.99 *
Hornung, Siegfried	CDU/CSU	25.6.99 *
Ibrügger, Lothar	SPD	25.6.99
Kanther, Manfred	CDU/CSU	25.6.99
Kolbow, Walter	SPD	25.6.99
Dr. Küster, Uwe	SPD	25.6.99
Lensing, Werner	CDU/CSU	25.6.99
Lörcher, Christa	SPD	25.6.99 *
Maaß (Wilhelmshaven), Erich	CDU/CSU	25.6.99 *
Marquardt, Angela	PDS	25.6.99
Metzger, Oswald	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	25.6.99
Möllemann, Jürgen W.	F.D.P.	25.6.99
Müller (Berlin), Manfred	PDS	25.6.99 *
Müntefering, Franz	SPD	25.6.99
Neumann (Gotha), Gerhard	SPD	25.6.99 *
Opel, Manfred	SPD	25.6.99
Dr. Pick, Eckhart	SPD	25.6.99
Raidel, Hans	CDU/CSU	25.6.99
Reiche, Katherina	CDU/CSU	25.6.99
Ronsöhr, Heinrich-Wilhelm	CDU/CSU	25.6.99
Rübenkönig, Gerhard	SPD	25.6.99
Schloten, Dieter	SPD	25.6.99 *
von Schmude, Michael	CDU/CSU	25.6.99 *
Schönfeld, Karsten	SPD	25.6.99
Schreiner, Ottmar	SPD	25.6.99
Schuhmann (Delitzsch), Richard	SPD	25.6.99
Spranger, Carl-Dieter	CDU/CSU	25.6.99
Dr. Thalheim, Gerald	SPD	25.6.99
Trittin, Jürgen	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	25.6.99
Weisheit, Matthias	SPD	25.6.99
Weißgerber, Gunter	SPD	25.6.99
Wettig-Danielmeier, Inge	SPD	25.6.99
Wissmann, Matthias	CDU/CSU	25.6.99
Dr. Wodarg, Wolfgang	SPD	25.6.99 *
Würzbach, Peter Kurt	CDU/CSU	25.6.99
Zierer, Benno	CDU/CSU	25.6.99 *
Dr. Zöpel, Christoph	SPD	25.6.99

(B) (D)

* für die Teilnahme an Sitzungen der Parlamentarischen Versammlung des Europarates

Anlage 2

Erklärungen nach § 31 GO

zur Abstimmung über die Beschlußempfehlung des Ausschusses für Kultur und Medien (Drucksache 14/1238)

– zu dem Antrag der Abgeordneten Renate Jäger, Dr. Mathias Schubert, Ernst Bahr, weiterer Abgeordneter der Fraktion der SPD, der Abgeordneten Norbert Barthle, Dr. Sabine Bergmann-Pohl, Dirk Fischer (Hamburg), weiterer Abgeordneter der Fraktion der CDU/CSU, sowie der Abgeordneten Ulrich Heinrich und Dr. Edzard Schmidt-Jortzig

Errichtung eines Mahnmals für die ermordeten Juden Europas (Drucksache 14/941)

(A)

– zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Elke Leonhard, Andrea Nahles, Dr. Eckhart Pick, weiterer Abgeordneter der Fraktion der SPD, der Abgeordneten Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Dr. Wolfgang Gerhardt, Dr. Hermann Otto Solms, weiterer Abgeordneter der Fraktion der F.D.P., sowie der Abgeordneten Dr. Gregor Gysi, Petra Bläss, Heinrich Fink, weiterer Abgeordneter der Fraktion der PDS

Errichtung eines Denkmals für die ermordeten Juden Europas (Drucksache 14/942)

– zu dem Antrag der Abgeordneten Gert Weisskirchen (Wiesloch), Eckhardt Barthel (Berlin), Hans-Werner Bertl, weiterer Abgeordneter der Fraktion der SPD, der Abgeordneten Dr. Rita Süssmuth der Abgeordneten Volker Beck (Köln), Gila Altmann (Aurich), Marieluise Beck (Bremen), weiterer Abgeordneter der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sowie der Abgeordneten Sabine Leutheusser-Schnarrenberger

Errichtung eines Denkmals für die ermordeten Juden Europas (Drucksache 14/943)

– zu dem Antrag der Abgeordneten Michael Roth (Heringen), Karin Kortmann, Nina Hauer, weiterer Abgeordneter der SPD sowie der Abgeordneten Dr. Antje Vollmer, Cem Özdemir, Dr. Uschi Eid, weiterer Abgeordneter der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

(B)

Errichtung eines Denkmals für die ermordeten Juden Europas und eines „Hauses der Erinnerung“ (Drucksache 14/944)

– zu dem Antrag der Abgeordneten Annette Widmann-Mauz, Dr. Martina Korgmann, Usula Heinen und weiterer Abgeordneter der Fraktion der CDU/CSU

Errichtung eines Mahnmals für die Opfer der nationalsozialistischen Verbrechen gegen die Menschlichkeit (Drucksache 14/965)

– zu dem Antrag der Abgeordeten Wilhelm-Josef Sebastian, Hans-Otto Wilhelm (Mainz), Dr. Gerd Müller und weiterer Abgeordeter der Fraktion der CDU/CSU

Errichtung eines zentralen Mahnmals (Drucksache 14/981)

Beatrix Philipp *(CDU/CSU)*: Wenn Denkmäler und Mahnmale in unserer Zeit überhaupt eine Berechtigung haben, dann, so meine ich, müssen sie etwas bewirken, für sich selbst sprechen. Sie müssen für das Inhaltliche, an das erinnert oder/und gemahnt werden soll, sensibilisieren. Das ist der mindeste Anspruch, den ich stelle. Und „Eisenman“, mit und ohne Ergänzung, die im übrigen selbst von Befürwortern für unabdingbar gehalten wird, wird diesem Anspruch nicht gerecht. Wir können noch zehn Jahre länger darüber akademisch diskutieren – uns muß interessieren, was der Mensch auf der Straße, der, der Berlin besucht, möglicherweise aus dem Ausland kommend, empfindet! Uns muß interessieren, was Menschen nach vielen Jahren der Existenz eines solchen Mahnmals denken und empfinden.

(C)

„Eisenman“ wird das Gegenteil von dem erreichen, was allen gemeinsames Anliegen ist. Das Monumentale, das von ihm gewollt ist, wird das genaue Gegenteil bewirken: Es wird den Menschen „erdrücken“, nicht sensibilisieren, wenn er sich denn überhaupt der „Begegnung“ aussetzt und sie nicht bewußt meidet. Den wir vielleicht in erster Linie erreichen wollen, den jungen Menschen, der wird sich der Konfrontation möglicherweise entziehen; Tendenzen dazu gibt es heute schon, leider!

Damit wird aber auch das grundsätzliche Ziel, der von mir erwähnte Mindestanspruch, nicht erreicht, nämlich im Betrachter, im Besucher etwas zu bewegen und ihn zu sensibilisieren. Im Gegenteil, wer ein wenig von Psychologie weiß, wird nicht bestreiten, daß das Mahnmal „à la Eisenman“ aggressiv macht bzw. machen wird. Gegen wen sich diese Aggression dann richten wird, kann ich nur vermuten. Aber der Gedanke daran, beunruhigt mich sehr; er macht mir fast angst.

Wenn die Zielgruppe, an die sich das Mahnmal in erster Linie richtet, die Jugend ist, dann – so meine ich – muß es etwas geben, das die junge Generation – und zwar viele junge zukünftige Generationen – ermutigt, sie „mitnimmt“, sie anspricht, das ihr aber auch das Gefühl gibt, durch das Erfahrene, etwa durch „Mittun“ etwas bewirken, verändern oder auch verhindern zu können. Wir spüren alle – so hoffe ich – die Verpflichtung, unsere Jugendlichen vom zunehmenden bloßen Konsumieren weg zum Handeln, das heißt, zum Mittun, anzuregen. Nutzt es ihnen oder auch uns, nur zu erinnern? Ich meine; erinnern reicht nicht aus! Es muß mit und in den Menschen etwas bewegt werden, etwas „emotionalisiert“ werden, im besten Sinne des Wortes, etwa im Sinne von erschrecken, aufwühlen, erschüttern, schaudern. Dieses geschieht am besten – und das wird niemand bestreiten können – an authentischen Orten. Und daß das in hervorragender Weise an und in den mehr als 40 Berliner Gedenkstätten in besonders bemerkenswerter Weise geschieht, bestreitet eigentlich niemand.

(D)

Bei den vielen Besuchen Berlins – vor und nach dem Bau und auch dem Fall der Mauer – gab es für mich, aber auch für viele, mit denen ich gemeinsam in Berlin war, etwas, das weit über Berlins und Deutschlands Grenzen hinaus wegweisend und beispielhaft war und ist, nämlich die Konzeption, die den Berliner Gedenkstätten zugrunde liegt. Sie zeichnet sich aus durch Vielfalt, Authentizität, durch Sensibilität auch in der Auswahl der Mittel und dadurch, daß sie bei den Menschen tatsächlich etwas bewirkt.

Ich glaube, daß beim Besucher entstehende Fragen an diesen Gedenkstätten sich recht einfach beantworten lassen. Sie geben individuelle Antworten zum Beispiel auf die Soziologenfrage: Was macht das mit mir? Nämlich das Gefühl des „Nie wieder“ entstehen zu lassen, das durch Erschüttern bewußt gemachte Erkennen des Unglaublichen, durch Gedenken und Erinnern hervorgerufene Aufmerksamkeit und auch das Entstehen von Ver-

(A) antwortungsbewußtsein. Schließlich bewirken sie ein Gefühl der Demut und Scham und ein „Nach-Denken“, auch die Bereitschaft, „Anfängen zu wehren“. Mit diesen Gefühlen und Empfindungen sollte man die Menschen – und gerade die jungen – nicht alleinlassen.

Wenn überhaupt: Am nächsten käme dem von mir eingangs erwähnten Anspruch der „Schröder-Entwurf“, der aber meines Erachtens keine Chance hat, eine Mehrheit in diesem Hause zu bekommen.

Nachdem ich diversen Pressemitteilungen entnehmen konnte, daß der Zentralrat der Sinti und Roma die Zusage der Bundesregierung auf ein „eigenes“ Mahnmal vor dem Südeingang des Reichstages einfordert – und das zeitgleich –, zeichnet sich für mich eine unerträgliche Entwicklung ab. Ich bin deshalb gegen jedes Mahnmal. Vielmehr setze ich mich für eine Ausstattung der vorhandenen Gedenkstätten mit ausreichenden Mitteln ein. Ich meine, es muß etwas geben, das in die Zukunft gerichtet ist und zum aktiven Mitmachen einlädt. Wer die Anfänge des deutsch-französischen Jugendwerkes kennt, wer heute sieht, was daraus hat werden können, wer die Anfänge des deutsch-polnischen Jugendwerkes kennt und zur Kenntnis nimmt, daß wir uns damit wirklich auf einem guten Weg befinden, der, so meine ich, würde ein wirkliches Zeichen setzen, wenn er auf ein monumentales, „erschlagendes“, aggressiv machendes Mahnmal mit unbekannten Baukosten und auch noch unbekannten Folgekosten verzichtet und das Geld in ein gut ausgestattetes Jugendwerk investierte.

Und noch eins: Ein so monumentales Bauwerk, wie das geplante, ist in höchstem Maße auf Akzeptanz angewiesen. (B) Daß schon im Vorfeld, nicht nur durch die Dauer der Diskussion – diese hielt und halte ich für gut –, sondern auch durch Verfahrensfragen, durch unterschiedliche Interpretationen, durch „Ein- und Ausstieg“ von Beteiligten usw. deutlich wurde, daß das, was man ursprünglich beabsichtigte, künstlerisch und ästhetisch nicht zu verwirklichen ist, sollte uns zum Umdenken veranlassen.

Es gibt einen wahren Satz: „Wer A sagt, muß nicht B sagen, wenn er erkennt, daß A falsch war.“ Ich meine, wir sollten heute mutig genug sein, nein zu sagen. Wir wenden uns heute besser in dieser zentralen Frage der Zukunft zu, nehmen das Geld, das aus dem Grundstücksverkauf, das für Bau- und Unterhaltungs- bzw. Folgekosten aufzubringen ist und gründen ein deutsch-israelisches Jugendwerk.

Ich wünschte mir, daß das, was Bartoszewski einmal als Traum bezeichnete, bezogen auf das Verhältnis von Polen und Deutschen, auch von uns geträumt wird. Er träumte von einer Zeit, in der sie nur dies füreinander wären „ganz normale Menschen“. Dem würde ein großzügig ausgestattetes deutsch-israelisches Jugendwerk dienen, von den Menschen – und gerade den jungen – auch als Auftrag begriffen. Dieses würde überdies die Konzeption der authentischen über 1 000 Gedenkstätten in der Bundesrepublik sinnvoll ergänzen.

Dr.-Ing. Dietmar Kansy *(CDU/CSU):* In Respekt vor dem Anliegen der Initiatoren und der bisher geleisteten Arbeit des Förderkreises des Landes Berlin und der Bundesregierung halte ich das gesamte Abstimmungs- (C) verfahren im Deutschen Bundestag für nicht akzeptabel, da der Deutsche Bundestag erst zu einem Zeitpunkt zu einer Entscheidung aufgerufen wurde, als wesentliche Weichenstellungen bereits erfolgt waren. Ich hätte es hingenommen, wenn die bisherigen Auslober die Verantwortung bis zum Schluß behalten hätten.

Eine nunmehr erbetene Mitwirkung an der Entscheidung als Mitglied des Deutschen Bundestages wäre nach meiner Auffassung nur verantwortbar, wenn eine maßgebliche Mitwirkung des Deutschen Bundestages bereits bei der Erstellung der Auslobungsunterlagen und später im Beurteilungsgremium erfolgt wäre. Allein zu diesem Zeitpunkt wäre eine echte Mitwirkung an grundsätzlichen Weichenstellungen möglich gewesen. Dies läßt sich nach meiner Auffassung auch nicht durch die heutige Abstimmungskette nachholen.

Da aber weder ständige Stimmenthaltung noch ständiges Nein-Stimmen meinem Anliegen gerecht würden und Nichtbeteiligung an den Abstimmungen nur Verzicht auf nachträgliche Einflußnahme bedeutet hätte, werde ich entsprechend dem Verlauf der Debatte und der Abstimmungen an den Abstimmungen teilnehmen.

Wolfgang Dehnel *(CDU/CSU):* Ich lehne die vorliegenden Entwürfe ab und fordere dagegen von der Bundesregierung: Erstens. Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich für den Bau eines punktuellen Holocaust-Denkmals und somit gegen ein Flächendenkmal, wie es die bisherigen Entwürfe darstellen, einzusetzen. Der Bau eines solchen Holocaust-Denkmals bedarf einer neuen Ausschreibung. (D)

Zweitens. Es sollte alles dafür getan werden, die bereits bestehenden Gedenkstätten zu erhalten. Dazu zählen auch das Jüdische Museum sowie das Dokumentations- und Begegnungszentrum der Stiftung Topographie des Terrors.

Begegnungsaufenthalte von Schülern und Studenten sollten mit den Mitteln finanziert werden, die für den Bau und den Unterhalt eines kostenintensiven Flächendenkmals vorgesehen sind.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, für die Realisierung der genannten Vorhaben angemessene Mittel aus dem Bundeshaushalt bereitzustellen.

Begründung:

Zu 1. Wie die Mehrheit der Bürger unseres Landes erachten wir die intensive Auseinandersetzung mit dem Holocaust als notwendig. Unsere Schamgefühle werden auch über die nächsten Generationen hinweg durch kein Denkmal aus der Welt zu schaffen sein, schon gar nicht durch monumentale Betonanhäufungen, wie sie die Entwürfe von Eisenman/Serra vorsehen. Vielmehr wirken diese künstlich, aufgesetzt und verkrampft.

Ein Denkmal für die Holocaust-Opfer sollte die Überlebenden anrühren und somit den Seelen der Ermordeten gerecht werden. Ebenso wenig geeignet für solch ein riesiges Flächendenkmal ist der Platz, der sich neben und damit in Konkurrenz zu dem Brandenburger Tor befindet, da in diesem Fall die Betrachter hinter den

(A) vorgesehenen Betonwänden isoliert würden. Deshalb sollte der Ort offen gestaltet werden, damit dieser auch für Veranstaltungen des Gedenkens und der Begegnung genutzt werden kann. Für das Denkmal und die Platzgestaltung sollten des weiteren nur Materialien verwendet werden, die an die Zeit des Holocaust erinnern. Das wären zum Beispiel für das Denkmal Stacheldraht oder gebrochener Granit sowie für den Platz graues oder bzw. und rotes Pflaster.

Zu 2. Die bereits bestehenden Gedenkstätten und Museen machen der jüngeren Generation, die nicht mehr unmittelbar von diesem furchtbaren Geschehen betroffen ist, das Grauen nachvollziehbarer. Durch intensive Forschung und Pflege dieser Mahnmale wird gleichsam ein aktives – und nicht nur plakatives – Erinnern ermöglicht.

Rainer Fornahl (SPD): Seit über zehn Jahren wird in der Bundesrepublik Deutschland über die Errichtung eines zentralen Denkmals für die ermordeten Juden Europas diskutiert, ja gestritten. Das war und ist vor dem Hintergrund des Umgangs der Deutschen mit der Zeit des Nationalsozialismus auch notwendig.

Als ein im Osten Deutschlands geborener und in der ehemaligen DDR aufgewachsener Deutscher habe ich sehr bewußt und schmerzlich die Erfahrung eines gespaltenen Umgangs der Deutschen mit ihrer Hauptverantwortung für ungeheuerliche Verbrechen an den Völkern Europas und ganz besonders an den europäischen Juden miterlebt. Deshalb habe ich nach der Wiedervereinigung Deutschlands ausgesprochene Genugtuung (B) darüber empfunden, daß sich das wieder zusammengefundene deutsche Volk auch auf einen gemeinsamen Weg der Verantwortung für die Verbrechen des nationalsozialistischen Deutschlands an den europäischen Juden, aber auch für ungezählte weitere Verbrechen an politischen, religiösen und behinderten Opfern, an sozial Verfemten, an sowjetischen Kriegsgefangenen und an ungezählten Angehörigen der slawischen Völker gemacht hat.

Das Deutschland von heute gedenkt und erinnert mit einem Mahnmal in der Hauptstadt der Bundesrepublik Deutschland, in der Mitte von Berlin, der Opfer, der Taten und des unwiederbringlichen Verlustes von Millionen Menschen.

Daneben stehen aber mit großer Bedeutung für das dauerhafte Erinnern die authentischen Stätten des Grauens und der Entwicklung und Vorbereitung des Terrors. Der derzeitige Zustand dieser Mahn- und Gedenkstätten erfordert heute und zukünftig erhebliche Anstrengungen für die würdige Sicherung und Fortführung der Stätten des Erinnerns an die Opfer des nationalsozialistischen Deutschlands. Dies muß als eine nationale Aufgabe verstanden werden.

Zum Dritten steht die Aufgabe der immerwährenden Auseinandersetzung und Aufklärung zu Ursachen, Vorbedingungen und Strukturen, die zu Rassenhaß und Völkermord führen, insbesondere mit Blick auf die jetzige junge und künftige Generationen.

(C) Millionenfacher Mord, ethnische Vertreibungen, schlimmste Menschenrechtsverletzungen in jüngster Vergangenheit und Gegenwart auf unserer Erde, aber auch Fremdenfeindlichkeit und Ansätze von Rassenhaß in unserer Gesellschaft führen mit aller Deutlichkeit vor Augen, daß der Kampf um „Nie wieder“, um Toleranz und Verständnis, Aufklärung und Bereitschaft zu Frieden und Humanität allergrößte Bedeutung hat. Daran mitzutun sind Politiker und Bürgerschaft des ganzen Landes aufgerufen. Diesem, meiner tiefen inneren Überzeugung entsprechenden Anliegen entspricht grundsätzlich die heute zur Abstimmung vorliegende Beschlußempfehlung des Ausschusses für Kultur und Medien (Drucksache 14/1238).

Bezüglich der Ausgestaltung eines Mahnmals für die ermordeten Juden Europas kann ich zu dem Entwurf von Eisenman weder emotional noch rational einen Zugang finden. Monstrosität der Taten und Monumentalität des Mahnmales begegnen sich in einer für mich nicht erschließbaren Weise.

Deshalb werde ich die Alternative 2, ein Mahnmal mit der Formulierung einer Mahnung in hebräischer Sprache, unterstützen. Hier wird ganz direkt und klar dem Grundanliegen entsprochen.

Dr. Eberhard Brecht *(SPD):* Der Bundestag ist keine Jury. Er ist nicht das kompetente Gremium, das über die künstlerische Umsetzung eines politischen Auftrages zur Erinnerung und Mahnung an die ermordeten Juden Europas entscheiden sollte.

(D) Es gab leider keine Mehrheit im Deutschen Bundestag für einen Beschlußvorschlag, der sich auf die grundsätzliche Entscheidung über die Errichtung eines Mahnmals beschränkte. In einer solchen Entscheidung hätten die Randbedingungen wie der genaue Ort, der Kostenrahmen, der Baubeginn, die Zusammensetzung der Jury und die Prozedur des Verfahrens festgelegt werden können.

Nach der heftigen Diskussion über die Qualität der Modelle, die durch die erste Ausschreibung favorisiert wurden, wäre es ratsam gewesen, ein zweites Wettbewerbsverfahren zu eröffnen.

Thomas Dörflinger *(CDU/CSU):* Im 50. Jahr des Bestehens der Bundesrepublik Deutschland findet die Verpflichtung von Staat und Gesellschaft, der während der Zeit des Nationalsozialismus begangenen Verbrechen insbesondere gegen das jüdische Volk im Sinne einer zukunftsweisenden Mahnung dauerhaft zu gedenken, meine uneingeschränkte Zustimmung.

Diesem Auftrag werden wir durch den Bau eines Mahnmals nicht gerecht. Ich teile die Auffassung Michael Wolfssohns, daß man an den vorhandenen historischen Stätten der Opfer gedenken sollte. Es gibt eine ganze Reihe von Facetten, die diesen Auftrag zusätzlich in der Weise mit Leben erfüllen können, daß er sich nicht nur in der punktuellen Betrachtung eines Bauwerks erschöpft, sondern zur nachhaltigen Auseinandersetzung mit dem Holocaust provoziert.

(A) In diesem Zusammenhang wäre über eine im Lehrplan erhaltene Verpflichtung zum Besuch eines Konzentrationslagers ebenso nachzudenken wie an die verstärkte Erforschung der lokalen Vergangenheit begleitet etwa durch Stipendienförderung seitens der Kommunen. Teile des nationalsozialistischen Gesellschaftssystems warten noch heute auf eine durchgreifende wissenschaftliche Aufarbeitung. Dies gilt etwa für die Rolle der Justiz in der NS-Zeit.

Geschichtswissenschaft, die ihren Auftrag richtigerweise darin begreift, aus den Erkenntnissen über die Vergangenheit die notwendigen Schlüsse für die Gestaltung der Zukunft zu ziehen, ist letztlich nie abgeschlossen. Ihr wohnt der systemimmanente Auftrag inne, nachhaltig über Themen zu arbeiten. Der Auftrag der Geschichte heißt Wissen, Forschen und Lernen. Diesem Auftrag wird der Bau eines Mahnmals nicht gerecht.

Aus den genannten Gründen kann ich dem Bau eines Holocaust-Mahnmals in Berlin meine Zustimmung nicht geben.

Gudrun Roos *(SPD):* An die während der Naziherrschaft verübten Verbrechen gegen die Menschlichkeit und den Völkermord muß immer wieder erinnert werden. Wir müssen auch meines Erachtens der nachfolgenden Generation Gelegenheit geben, sich mit diesem Teil unserer Geschichte auseinanderzusetzen.

Die bestehenden Gedenkstätten können dies leisten bzw. anstoßen.

Wegen fehlender finanzieller Mittel sind jedoch viele (B) dieser Gedenkstätten kaum in der Lage, die Gebäude, Einrichtungen etc. zu pflegen, zu renovieren und damit zu erhalten.

Solange dies so ist, sehe ich mich außerstande, der Bereitstellung von Mitteln für ein neues Denkmal zuzustimmen.

Gustav Herzog und Birgit Roth *(Speyer) (SPD):* Anläßlich der Abstimmung des Deutschen Bundestages über die Errichtung eines Holocaust-Mahnmales

Ich erkläre, daß ich dem Antrag der Gruppe von Abgeordneten zustimmen werde, die auf die Errichtung eines weiteren Holocaust-Mahnmales in Berlin verzichten wollen.

Ich bin davon überzeugt, daß es keine eindrucksvollere Erfahrung und Begegnung mit dem Grauen der Vernichtung der Juden geben kann als einen Besuch der tatsächlichen Stätten des Schreckens während der nationalsozialistischen Herrschaft. Bei all meinen Besuchen in ehemaligen Konzentrationslagern war es das Wissen darum, an einem Ort zu sein, dem von der Geschichte ein derart furchtbarer Platz zugewiesen wurde, der mich tief beeindruckt hat. Ich meine, daß kein wie auch immer gestaltetes, neu zu errichtendes Mahnmal eine ähnliche Wirkung haben könnte. Kein künstlich geschaffenes Werk – auch kein Kunstwerk – kann dem unsagbaren Leid der Vielen eine Gestalt geben.

Die in Berlin und an anderen authentischen Orten der Verbrechen errichteten Gedenkstätten sind geeignete Institutionen der Erinnerungskultur und sollten mit – ihrer (C) Bedeutung und Würde angemessen – finanziellen Mitteln erhalten und bewahrt werden. Sie bedürfen keiner Einrichtung, die zu ihnen in Konkurrenz treten würde.

Dr. Wolfgang Freiherr von Stetten *(CDU/CSU):* Es ist sicher nicht sinnvoll, darüber zu streiten, ob es in Deutschland unter eintausend oder weit über tausend Gedenkstätten, Mahnmale, Gedenktafeln u.ä. gibt, weil dies kein vergleichbares Thema ist. Zum Vergleich können höchstens in Betracht kommen die über 60 Stätten in Deutschland, die von hauptamtlichen Leitern betreut werden und damit geschichtlich geleitet sind. Sie bieten für Menschen neben dem Visuellen auch das geschriebene oder gesprochene Wort zur Erklärung, und ich halte das für wichtig.

In Berlin haben wir u.a. vier herausragende Beispiele: die „Neue Wache“, die „Topographie des Terrors“, eine außergewöhnliche Gedenkstätte, die noch erweitert wird, das Jüdische Museum, das der „geistige“ Erbauer, Herr Daniel Libeskind, auch als Holocaust-Denkmal verstanden haben will, das noch mit Leben erfüllt werden muß und bei dem bereits über zwei Dutzend Betonstelen stehen, und die Wannsee-Villa, eine ungewöhnliche Dokumentation. Eine hübsche Villa von außen, in der vor fast 60 Jahren der Vernichtungsbefehl gefertigt wurde.

Ich bin wegen der 60 Gedenkstätten und der vier Dokumentationen in Berlin vom Grundsatz her der Meinung, daß wir dort kein weiteres Mahnmal benötigen, auch deswegen, weil die bisherigen Gedenkstätten, allein die 12 großen Konzentrations- und Vernichtungslager in Europa jährlich von 3,3 Millionen Menschen (D) besucht werden, unabhängig von Yad Vashem mit 1,5 Millionen Besuchern, dem Holocaust Memorial Museum in Washington mit 1 Million Besuchern, dem Anne Frank-Haus mit über einer halben Million Besuchern und der „Neuen Wache“ mit fast 3 Millionen Besuchern. Von Interesselosigkeit und Gleichgültigkeit kann bei einer solchen Besucherzahl keine Rede sein.

Ich kann auch der Argumentation nicht folgen, in Deutschland seien das alles Gedenkstätten, wo nur ein Teil der schrecklichen Taten durchgeführt worden sei, deswegen benötige man ein zentrales Denkmal in Deutschland. Und dabei wurde u.a. das schreckliche Wort gebraucht, man brauche dieses Denkmal für „das Volk der Täter“. Damit könnte leicht versucht werden, die Deutschen pauschal zu Mördern zu stempeln, weil es einige zehntausend waren. Selbst wenn es einige hunderttausend gewesen wären, wäre es immer noch weniger als 1% der deutschen Bevölkerung.

Wer – und ich wiederhole: Millionen Menschen tun es jährlich – ein Konzentrationslager wie Dachau, Buchenwald, Sachsenhausen, Auschwitz oder jetzt auch die „Topographie des Terrors“ besucht hat oder besuchen wird, wird das Grauen und die Unmenschlichkeit, die geschehen ist, nie vergessen. Dies können 2 700 Betonstelen nicht vermitteln und auch nicht ergänzen.

Michel Friedman und Ignatz Bubis haben sinngemäß gesagt: „Juden brauchen dieses Denkmal nicht, die Deutschen brauchen es.“ Dr. Friedman fügte hinzu:

„Wer stark ist, muß für das Denkmal sein.“ Ich habe ihm in einem Brief widersprochen und behaupte das Gegenteil: „Wer stark ist, wendet sich gegen den Gigantismus, selbst wenn er dadurch in Gefahr gerät, in die Ecke des Antisemitismus gestellt zu werden.“

Es ist nicht nur meine persönliche tiefe Überzeugung, daß dieses Mahnmal spaltet und nicht versöhnt, sondern die Überzeugung sehr vieler. Ich will nur Sie, Herr Minister Naumann, nennen, als Sie vor der Wahl laut WELT sogar Parallelen zogen zu den Bauten von Albert Speer und gesagt haben: „Soll das Super-Mahnmal im Zentrum der Hauptstadt Zweifel an der deutschen Identität buchstäblich ins Monumentale steigern?“ Und dann haben Sie nach der Wahl mit einem Kurswechsel um 180 Grad dem noch eins draufgesetzt mit der hundert Meter langen, als Klagemauer stilisierten Bibliothek.

Ich will auch nur eine von vielen jüdischen Stimmen, die gegen das Mahnmal sind, die des großen Geigers Isaak Stern, zitieren. Er hatte sich 1945 geschworen, nie wieder nach Deutschland zu kommen, und besuchte nun als 78jähriger Berlin. Er antwortete am 10. April 1999 im „Tagesspiegel“ Berlin auf die Frage: „Sie haben in Berlin das zukünftige jüdische Museum und die ‚Topographie‘ des Terrors“ besichtigt. Wie haben Sie diese Orte empfunden?“ Stern: „Ich habe viele Holocaust-Gedenkstätten besichtigt und kann nur sagen, daß der Besuch der ‚Topographie des Terrors‘ eine der erschreckendsten Erfahrungen war, die ich gemacht habe: kein einziges Bild, kein Klangdokument, nur der Raum, kalter, grauer Granit, ohne Zentrum. Daß nur ein paar hundert Kilometer entfernt gerade Hunderttausende vertrieben werden, machte mich für die Sache besonders bitter. Und denken Sie an Sachsenhausen – nur eine halbe Stunde von Berlin entfernt –, das sind authentische Orte, an denen Erinnerung stattfinden sollte, weil hier die schrecklichen Dinge wirklich passiert sind. Deutschland zu zwingen, ein weiteres Mahnmal im Herzen Berlins zu bauen, ist – wie sag ich’s höflich? – geschmacklos. Ich bin nicht sicher, ob das nicht auf lange Sicht den angestrebten Zweck zunichte machen würde.“

Dem habe ich nichts hinzuzufügen, außer dem: Wenn wir aus inneren und äußeren Zwängen aus einer Verwirklichung eines Mahnmals nicht mehr herauskommen, dann lassen Sie uns mit Würde Abschied nehmen von der Monumentalität. Pflegen wir die vorhandenen Mahn- und Denkmale, unterstützen wir die Museen und lassen Sie uns gemeinsam entweder die Schröder/Schneider-Variante anpacken, umrahmt von Hunderten von europäischen Bäumen aus allen betroffenen europäischen Ländern, oder auch den Plantanenhain, mit der Sandplatte von Eberhard Fiebig. Auf diese Variante hat Ekkehart Krippendorf mit sehr guten Argumenten gestern in der „Süddeutschen Zeitung“ hingewiesen.

Bäume symbolisieren Hoffnung und Zukunft, sie sind lebendig und nicht tot und nüchtern und kalt wie 2 700 Betonstelen. Wir sollten bei unserer Entscheidung an die Zukunft denken.

Dr. Reinhard Göhner *(CDU/CSU):* Nach der langjährigen intensiven Debatte um Sinn und Zweck des Mahnmals, um seine politische Botschaft und ihre beste Ausdrucksform wäre die Ablehnung eines Mahnmals durch den Bundestag ein falsches Signal in die deutsche und die internationale Öffentlichkeit. Eine solche Entscheidung würde als Verweigerung des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus aufgenommen werden; das kann nicht unser politischer Wille sein.

Es kann dabei nicht Sache des Bundestages sein, über die konkrete künstlerische Ausgestaltung eines solchen Mahnmals zu befinden. Das politische Votum des Bundestags muß der Errichtung des Mahnmals als solchem gelten. Sich mit einzelnen Entwürfen zu beschäftigen, sie zu begutachten und positiv oder negativ zu bewerten, ist dagegen nicht die Aufgabe des Parlaments. Die Verantwortung für die Durchführung des Bundestagsbeschlusses sollte bei der Bundesregierung liegen, nicht beim Gesetzgeber.

Über ganz Deutschland verstreut liegen die Stätten des nationalsozialistischen Terrors; zahlreiche Forschungsstätten, Bibliotheken und Ausstellungen – ebenfalls im ganzen Bundesgebiet – befassen sich in aufklärender Absicht mit den Verbrechen des Nationalsozialismus. Was wir deshalb nicht benötigen, ist ein groß angelegtes „Haus des Erinnerns“ als Teil des Mahnmals. Es wäre mangels Beständen entweder halb leer – und deshalb eine Peinlichkeit –, oder es müßte sich Großteile der bestehenden Einrichtungen gleicher Art einverleiben; das stünde in krassem Widerspruch zum Föderalismus. Es darf kein hauptstädtisches Monopol in der Aufarbeitung der deutschen NS-Geschichte geben. Es geht bei der Errichtung eines zentralen Mahnmals nicht um Volkspädagogik, nicht um Information und Aufklärung. Es geht um das „Mahnen“, um das Erinnern und Gedenken in eins mit dem Bekenntnis zu den ethischen und politischen Konsequenzen, die wir aus diesem Erinnern ziehen. Ein solches Mahnmal ist ein Symbol unseres Bekenntnisses zur Verantwortung für Vergangenheit und Gegenwart. Es wird die kollektive Erinnerung der Deutschen an die Zeit des Nationalsozialismus symbolisieren. Jede Ummantelung durch didaktische Verpakkungen in einem „Haus des Erinnerns“ oder völlig unklar definierten „Orten der Information“ relativiert seinen spezifischen Charakter als Denkmal.

Entscheidet der Bundestag im Lauf der Debatte doch über die konkrete Gestalt des Mahnmals, stimme ich hilfsweise dem Antrag 14/941 zu, nach dem das Mordverbot in den Mittelpunkt zu stellen ist. Dieser Vorschlag nach einer Idee von Richard Schröder macht am besten den Sinn und Zweck des Mahnmals deutlich und faßt die politisch-moralische Botschaft zusammen. Das Mordverbot ist der entscheidende humane Kern, auf den es ankommt und ankommen muß.

Dr. Friedbert Pflüger *(CDU/CSU):* Zunächst möchte ich meinem Kollegen Norbert Lammert herzlich für seine bewegende Rede, die beste in unserer heutigen Debatte, danken. Er hat eindrucksvolle Gedanken vorgetragen, denen ich mich anschließe.

Erlauben Sie mir, einige wenige Gedanken vorzutragen, die mich in den letzten Jahren der Debatte um das Holocaust-Mahnmal bewegt haben:

(A) Wichtig für mich war eine Freundin in Hannover, Jüdin. Sie starb vor wenigen Tagen im Alter von 35 Jahren an einer tödlichen Krankheit. Einige Wochen zuvor haben meine Frau und ich sie das letzte Mal gesehen. Von der Krankheit bereits schwer gezeichnet hatte sie doch noch ihren wachen Verstand und ihr großes Herz. Sie beschwor mich wiederholt, mich im Deutschen Bundestag für das Mahnmal Eisenmans einzusetzen: „Wir brauchen ein Mahnmal mitten in der Stadt, denn mitten aus den Städten sind die Juden verschleppt worden."

In der Tat, wir wollen die bestehenden Gedenkstätten, Museen und Denkmäler, die uns an das grauenhafte Geschehen der Shoah erinnern, ehren und weiter unterstützen, aber wir brauchen außerdem – 50 Jahre nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland, 10 Jahre nach dem Fall der Mauer und im Moment, wo der Deutsche Bundestag nach Berlin zurückkehrt – auch ein zentrales Denkmal mitten in unserer Hauptstadt, einen Ort würdigen Gedenkens an das Unvorstellbare.

Normalerweise versuchen Völker, ihre Missetaten und Verfehlungen zu beschönigen, zu verschweigen oder zu verdrängen. Ich weiß von keinem einzigen Fall, wo ein Volk bisher bereit war, nach langjähriger quälender Diskussion aufgrund eines Beschlusses der Volksvertretung den Verbrechen des eigenen Volkes ein Mahnmal zu setzen. Beschwert uns das nun? Laufen wir gebückt mit Asche auf dem Haupt durch die Welt, ohne Stolz, auf ewig mit einem Makel behaftet, den wir zu allem Überfluß noch selbst durch ein vermeintlich monumentales Mahnmal verstärken? Belasten wir kommende Generationen durch ein ewiges „mea culpa", obwohl doch die Jungen gar nichts mehr damit zu tun haben? (B)

Das Mahnmal zeigt im Gegenteil, daß wir heute ein demokratisches, selbstbewußtes Land sind, das die Kraft und die Reife hat, sich seiner Geschichte zu stellen. Das Mahnmal ist keine Last. Ich empfinde es als Befreiung und nicht zuletzt auch als eine Art Kompaß für den Weg in eine freiheitliche Zukunft, in der sich so etwas wie der Holocaust nicht mehr wiederholt. Der neue Reichstag mit der großartigen Kuppel, die bald zum Sinnbild unseres Parlamentarismus werden wird, das Brandenburger Tor, die Neue Wache und nun das Holocaust-Denkmal – zusammen sind dies die Symbole, auf denen wir unsere neue Hauptstadt bauen, eine gute Verbindung aus Geschichte, Gegenwart und Blick in die Zukunft. Ich freue mich auf das neue Berlin.

Reicht es denn nicht, so wird eingewandt, daß wir in der Neuen Wache unter den Linden der Opfer „von Krieg und Gewaltherrschaft" gedenken? Richard Schröder hat in einer offenen Fraktionssitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion diesem Argument zu Recht entgegnet, daß wir die Verfolgungsverbrechen nicht hinter den Kriegsopfern verstecken sollten.

Es geht darum, die Opfer zu ehren, die Juden an erster Stelle, nicht nur, weil sie die stärkste Gruppe unter den Verfolgten darstellten, sondern weil hier ein ganzes Volk ausgerottet werden sollte – mit einer alles andere übertreffenden Radikalität. Und dennoch ist dem Historiker Christian Meier zuzustimmen, daß Terror und Vernichtung sich neben den Juden auch auf Roma und Sinti, auf Geisteskranke, Homosexuelle, Zeugen Jehovas, die polnische Elite, Millionen russischer Kriegsgefangener, Sozialisten und Kommunisten und andere Gruppen bezog. Deshalb werde ich für die Erweiterung der Widmung für die Einbeziehung anderer Opfergruppen stimmen. (C)

Sosehr Richard Schröder zuzustimmen ist, wenn er für ein Mahnmal wirbt, so sehr verfehlt sein eigener Vorschlag das selbstgesteckte Ziel. Was hat die Mahnung „Du sollst nicht morden" mit dem spezifischen Massenmord der Nationalsozialisten zu tun? Die Mahnung gilt für jeden Mord. Aber wir wollen nicht z. B. Raubmördern gedenken, sondern eben des Holocaust. Meine Kollegen von Klaeden und Polenz haben zu Recht gezeigt, daß die Beschränkung auf das 5. Gebot dem Holocaust auch seine metaphysische Dimension nimmt, die gerade für die gläubigen Opfer und ihre Angehörigen so wichtig war. Dem Vorschlag Richard Schröders fehlt auch jeder Bezug auf die deutsche Geschichte. Es geht nicht um die Massenmorde in Ruanda, es geht um die Shoah in Deutschland.

Schwer erträglich waren in den letzten Monaten verschiedene Äußerungen der neuen Regierung. Gerhard Schröders „Da muß man gerne hingehen" und Michael Naumanns Vergleich des Eisenman-Entwurfs mit der Architektur Speers sind schon erwähnt worden. Nach diesen Entgleisungen fällt es schwer, den Vorschlag Naumanns, der hier zur Abstimmung steht, ernst zu nehmen. Wenn Eisenmans Stelenfeld wirklich monumentale Speer-Architektur ist, wieso wird diese dann durch Hinzufügung eines „Kognitiven Zentrums", wie immer das im einzelnen aussehen soll, erträglicher? (D)

Ich bin Mitglied des Vorstands des Vereins „Gegen Vergessen, für Demokratie". Dessen Vorsitzender, Hans-Jochen Vogel, hat meines Erachtens völlig zutreffend ausgeführt, daß die furchtbare Dimension des Holocaust es verbietet, das Mahnmal mit einem herkömmlichen Denkmal zu verbinden und dadurch in seiner Aussagekraft zu relativieren.

In diesem Vorschlag Naumanns sehe ich auch eine Zumutung gegenüber dem Künstler. Der hat in einem Interview mit der „Süddeutschen Zeitung" am 21. März 1999 seinem Ärger über die Einmischungen Naumanns Ausdruck verliehen: „Naumanns Initiativen waren nur das Deckmäntelchen für den Protest von Schröder oder sonstwem. Die wollten das Projekt nicht." – Eisenman gefällt der Anbau Naumanns nicht, aber zähneknirschend deutet er an, daß die „Grundidee" ja die eigene bleibe: „Im schlimmsten Fall muß ich halt noch irgendeinen Kiosk einbauen."

Es ist traurig, daß hier heute die Gefahr besteht, daß der Naumann-Zusatz eine Mehrheit findet. Nach meiner festen Überzeugung ist das keine echte Mehrheit. Einige Kollegen der SPD stimmten nur deshalb zu, weil sie dem Staatsminister nach seinen ursprünglichen bombastischen Erweiterungsvorschlägen nun wenigstens einen etwas verkleinerten Zusatz, einen Ort der Information und des Gedenkens, zugestehen wollen. Es geht um Ge-

(A) sichtswahrung für Kanzler Schröders Kulturbeauftragten. Das ist parteipolitisch nachvollziehbar. Aber darf das der Maßstab für unsere Entscheidung sein?

Der Eisenman-Entwurf läßt für jeden alles offen, was er beim Betrachten dieses „Kunstwerks“ empfindet. Das Mahnmal kann damit die enorme Leistung vollbringen, sowohl der Opfer zu gedenken als auch auf die Täter zu verweisen. Der Pfeilerwald schreibt den Besuchern keinen Weg und keine Empfindungen vor (so Sprecher der Findungskommission, der amerikanische Judaist und Anglist James E. Young). Auch deshalb verbieten sich erklärende Zusätze und Belehrungen.

Eisenman II fordert alle, die es sehen, immer aufs neue zur Erinnerung auf. Das „Nie wieder“ bleibt lebendig. Daneben stehen auch Trauer, Betroffenheit, Mitgefühl mit den Opfern und Verachtung für die Täter. Der Einwand, das Mahnmal provoziere neuen Antisemitismus, ja sogar Anschläge, kann nicht der Maßstab für die Entscheidung über das Mahnmal sein. Wollen wir wirklich unser Gedenken an den Holocaust von den vermeintlichen Anschlägen derjenigen abhängig machen, die von neuem einen gewalttätigen Antisemitismus praktizieren? Würden wir nicht grade dann, wenn wir aus Angst vor Anschlägen rechtsradikaler Gruppen das Mahnmal nicht bauten – würden wir nicht dann den schrecklichen Fehler der Weimarer Republik wiederholen und uns einmal mehr gegenüber der Gewalt ducken?

Ruprecht Polenz *und* ***Eckart von Klaeden*** *(CDU/CSU):* In dieser Woche soll der Deutsche Bundestag über die Errichtung eines zentralen Holocaust-
(B) Mahnmals in Berlin entscheiden und damit eine über zehn Jahre dauernde Diskussion zum Abschluß bringen.

Der Zeitpunkt macht Sinn: 50 Jahre Grundgesetz, zehn Jahre Fall der Mauer, der Bundestag nimmt seinen Sitz im Reichstag in Berlin – die Nachkriegszeit ist zu Ende. Damit darf aber kein Schlußstrich oder der Versuch eines geschichtsvergessenen Neuanfangs verbunden sein. Die ganze deutsche Geschichte, auch die Jahre von 1933 bis 1945, gehören fortwirkend zur deutschen Identität. Deshalb brauchen wir Deutsche ein zentrales Holocaust-Denkmal in der Mitte unserer Hauptstadt – zum Gedenken, Erinnern, Mahnen.

Das zentrale Holocaust-Denkmal soll und kann die zahlreichen Mahnmale und Gedenkstätten in Deutschland sowie die authentischen Stätten des Gedenkens und Erinnerns in den ehemaligen Konzentrationslagern nicht ersetzen. Dies gilt allerdings auch umgekehrt. Denn jetzt geht es darum, an einem zentralen Ort der deutschen Hauptstadt eine würdige Auseinandersetzung mit dem unfaßbaren Kapitel der deutschen Geschichte zu ermöglichen und dafür ein Mahnmal zu setzen.

Der Einzigartigkeit dieser Verbrechen wird jedoch ein Mahnmal nicht gerecht, das sich auf das allgemein gültige 5. Gebot „Du sollst nicht morden“ beschränkt, wie es Richard Schröder und Oscar Schneider vorgeschlagen haben. Holocaust war mehr als Mord, mehr als Massenmord. Die Beschränkung auf das 5. Gebot nimmt dem Holocaust seine metaphysische Dimension, die gerade für die gläubigen Opfer und ihre Angehörigen so entsetzlich war und ist. Außerdem fehlt dem Schrö-

(C) der/Schneider-Vorschlag der spezifische Bezug auf unsere eigene Geschichte. Es geht bei diesem Mahnmal eben gerade nicht darum, auch an die Massenmorde in Ruanda oder Kambodscha zu erinnern.

Das Stelenfeld von Peter Eisenman („Eisenman II“) ist zu Recht aus einem mehrstufigen und mit großer Sorgfalt durchgeführten Wettbewerb von einer internationalen Fachjury als bester Vorschlag ausgewählt worden. Gerade in seiner Abstraktheit wird es der gestellten Aufgabe gerecht. „Symbole, die leicht zu verstehen sind, reduzieren das Mahnmal zu einem Konsumprodukt. Das Mahnmal soll keine Katharsis ermöglichen, es öffnet der Gegenwart das Bewußtsein über die Bedeutung des Holocaust in einer anderen Zeit. Es steht dem leicht Erfaßbaren gleichgültig gegenüber, und wenn es eine Botschaft gibt, dann die, daß Symbole nicht möglich sind.“ (Peter Eisenman)

Deshalb wirken auch alle noch so gut gemeinten erklärenden und ergänzenden Zusätze oder Zubauten, wie Staatsminister Naumann sie vorgeschlagen hat, eingrenzend und einschränkend, eben als „pädagogische Geländer“. Der Deutsche Bundestag ist daher gut beraten, das Wettbewerbsergebnis nicht zu verändern. Wir stimmen deshalb für „Eisenman II“.

Falls dieser Entwurf nicht die Mehrheit des Deutschen Bundestages findet, stimmen wir, nicht ohne Bedenken, für die Beschlußempfehlung des Kulturausschusses, das heißt damit auch für den ergänzenden Ort der Information. Die Bedenken dagegen bestehen auch in der zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht ausgeräumten Unklarheit darüber, in welcher räumlichen Verbindung dieser Ort mit dem Stelenfeld stehen wird, wie (D) er sich auf die Größe und Gestaltung des Stelenfeldes letztlich auswirkt und mit welcher inhaltlichen Konzeption die Informationsarbeit in diesem Ort letztlich betrieben werden soll. Eine Ablehnung dieses Konzepts wäre aber, trotz aller Bedenken dagegen, nicht zu vertreten, da sonst im Ergebnis kein Mahnmal realisiert würde.

Anlage 3

Amtliche Mitteilungen

Der Vorsitzende des folgenden Ausschusses hat mitgeteilt, daß der Ausschuß gemäß § 80 Abs. 3 Satz 2 der Geschäftsordnung von einer Berichterstattung zu der nachstehenden Vorlage absieht:

Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

– Unterrichtung durch die Bundesregierung

Abschlußbericht zur Hochwasserkatastrophe an der Oder

– Drucksachen 13/9571, 14/272 Nr. 159 –

– Unterrichtung durch die Bundesregierung

Bericht der Bundesregierung an den Deutschen Bundestag über die Erfahrungen mit dem Vollzug des Umweltauditgesetzes (UAG)

– Drucksachen 13/11127, 14/69 Nr. 1.2 –

Die Vorsitzenden der folgenden Ausschüsse haben mitgeteilt, daß der Ausschuß die nachstehenden EU-Vorlagen bzw. Unterrichtungen durch das Europäische

(A) Parlament zur Kenntnis genommen oder von einer Beratung abgesehen hat.

Auswärtiger Ausschuß

Drucksache 13/11409 Nr. 2.46
Drucksache 13/11409 Nr. 2.53
Drucksache 14/74 Nr. 1.21, 14/189 Nr. 2.1
Drucksache 14/488 Nr. 2.55

Innenausschuß

Drucksache 14/309 Nr. 1.1
Drucksache 14/309 Nr. 2.40
Drucksache 14/342 Nr. 2.50
Drucksache 14/671 Nr. 2.30

Finanzausschuß

Drucksache 12/272 Nr. 60
Drucksache 14/272 Nr. 61
Drucksache 14/272 Nr. 63
Drucksache 14/272 Nr. 64
Drucksache 14/272 Nr. 65

Ausschuß für Wirtschaft und Technologie

Drucksache 14/431 Nr. 1.19
Drucksache 14/431 Nr. 2.26
Drucksache 14/488 Nr. 2.54
Drucksache 14/488 Nr. 2.57
Drucksache 14/488 Nr. 2.59

Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Drucksache 14/488 Nr. 2.1
Drucksache 14/488 Nr. 2.2
Drucksache 14/488 Nr. 2.26

(B)

Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung (C)

Drucksache 14/309 Nr. 2.15
Drucksache 14/309 Nr. 3.1
Drucksache 14/342 Nr. 1.2
Drucksache 14/342 Nr. 1.3
Drucksache 14/342 Nr. 2.40
Drucksache 14/488 Nr. 2.48

Ausschuß für Gesundheit

Drucksache 14/272 Nr. 136
Drucksache 14/342 Nr. 2.23

Ausschuß für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

Drucksache 14/488 Nr. 2.29
Drucksache 14/488 Nr. 2.50
Drucksache 14/488 Nr. 2.66
Drucksache 14/595 Nr. 2.2
Drucksache 14/671 Nr. 1.2

Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Drucksache 14/272 Nr. 165
Drucksache 14/272 Nr. 166
Drucksache 14/272 Nr. 167
Drucksache 14/309 Nr. 1.10
Drucksache 14/488 Nr. 2.27
Drucksache 14/671 Nr. 2.2

Ausschuß für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Drucksache 14/671 Nr. 2.19
Drucksache 14/671 Nr. 2.21

(D)